

Rheinland-Pfalz

Statistisches Landesamt



Statistische Monatshefte

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

1988

Inhalt

Das neue Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz

- 219 Der Landtag Rheinland-Pfalz hat am 6. Juli 1988 das Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz verabschiedet. Hiernach werden erstmals die Kommunalwahlen 1989 nach einem Verhältniswahlssystem mit offenen Listen durchgeführt.

Zeitreihenanalyse und Prognose mit der Box-Jenkins-Methode

- 233 Der methodisch ausgerichtete Beitrag skizziert Grundlagen und Vorgehensweise des von Box und Jenkins entwickelten Verfahrens zur Zeitreihenanalyse.

Milchwirtschaft und Garantiemengenregelung

- 238 Mit dem Beitrag soll der Einfluß der Garantiemengenregelung sowohl auf die Milchanlieferung als auch auf die damit verbundenen Auswirkungen auf Produktions- und Strukturdaten veranschaulicht werden. Dabei werden auch die mit Hilfe des in diesem Heft beschriebenen Prognoseverfahrens ermittelten Schätzwerte für die Milchanlieferung herangezogen.

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1987

- 244 Der Mikrozensus ist eine Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens. 1 % aller bundesdeutschen Haushalte wurden hierfür im März 1987 befragt.

Einkommensstruktur der freien Berufe

- 248 Die Einkommensteuerstatistik weist in Abständen von drei Jahren alle steuerlich erklärten Einkünfte in tiefer wirtschaftlicher Gliederung nach.

Anhang

- 41 * Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
47 * Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

In diesem Heft finden Sie den Beitrag

Neues Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz

Sie können diesen Beitrag als Sonderdruck bestellen

Stückpreis ab 10 Exemplare 40 Pfennig
ab 50 Exemplare 30 Pfennig
ab 100 Exemplare 20 Pfennig
Zuzüglich Porto

Alle Exemplare werden kostenlos abgegeben (bitte frankierten Freiumschlag beifügen)

Bestellung beim Statistischen Landesamt, Postfach, 5427 Bad Ems,
Telefon: Durchwahl (0 26 03) 7 12 45

.....

Sender:

Bitte
frei-
machen

Postkarte

**An das
Statistische Landesamt
Rheinland-Pfalz
Postfach**

5427 Bad Ems

.....

Ich / Wir bestelle (n) Exemplare

Neues Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz

Stückpreis ab 10 Exemplare 40 Pfennig
 ab 50 Exemplare 30 Pfennig
 ab 100 Exemplare 20 Pfennig

zuzüglich Porto.

Anschrift: _____

Datum

Unterschrift

Neues Kommunalwahlrecht verabschiedet

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat am 6. Juli 1988 das Fünfzehnte Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz verabschiedet. Danach werden erstmals die Kommunalwahlen 1989 nach einem Verhältniswahlrecht mit offenen Listen durchgeführt. Gegenüber dem im vorangegangenen Statistischen Monatsheft vom Mai 1988 vorgestellten Gesetzentwurf der Landesregierung enthält das verabschiedete Gesetz drei systemrelevante Änderungen.

Der Gesetzentwurf sah vor, Wahlvorschlägen mit weniger Bewerbern als zu wählenden Ratsmitgliedern Zweit- und Drittstimmen zuzuteilen, bis das Stimmenkontingent erschöpft war. Nach dem verabschiedeten Gesetz wird aus dem Kontingent der ungenutzten Stimmen jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags nur eine Stimme zugeteilt. Von der Zuteilung ausgenommen sind die schon mit der zulässigen Höchstzahl von drei Stimmen gekennzeichneten Bewerber.

Die Versammlung zur Aufstellung der Bewerber kann allerdings nunmehr in geheimer Abstimmung beschließen, daß Bewerber bis zu dreimal im Wahlvorschlag aufgeführt werden. Auf dem Stimmzettel erscheinen die dreimal aufgeführten Bewerber zuerst, die doppelt aufgeführten vor den übrigen Bewerbern. Bei der Zuteilung der Stimmen unverändert angenommener Wahlvorschläge erhalten dreifach aufgeführte Bewerber drei Stimmen, doppelt aufgeführte zwei Stimmen. Auch bei der Vergabe nicht ausgeschöpfter Stimmen werden Mehrfachbenennungen berücksichtigt.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt nach dem Verfahren Hare-Niemeyer. Neu eingefügt wurde die Bestimmung, daß an der Sitzverteilung nur Parteien und Wählergruppen teilnehmen, deren Stimmenzahl die Wahlzahl erreicht. Wahlzahl ist die ganze Zahl, die sich aus der Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien und Wählergruppen des Wahlgebiets geteilt durch 33 ergibt.

Die dem Wähler im Gesetzentwurf eingeräumten Mitwirkungsmöglichkeiten blieben unverändert. Er hat so viele Stimmen, wie Rats- bzw. Kreistagsmitglieder zu wählen sind und kann diese auf verschiedene Weise nutzen:

- nur den Wahlvorschlag kennzeichnen und diesen damit unverändert annehmen,
- sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Stimmen einer Liste zukommen lassen, diesen Wahlvorschlag aber in der Bewerberreihenfolge verändern, indem er bis zu drei Stimmen auf einzelne Bewerber konzentriert,

- innerhalb seines Stimmenkontingents auch Bewerber verschiedener Listen bis zu dreimal ankreuzen. ug

Mehr über dieses Thema auf Seite 219

Immer mehr Ledigen-Haushalte

Die Zahl der Privathaushalte stieg in Rheinland-Pfalz von April 1986 bis März 1987 um mehr als 34 000 auf 1 531 000, obwohl die Bevölkerungszahl in diesem Zeitraum um knapp 3 000 zurückgegangen ist. Der Anstieg beruhte auf der wachsenden Anzahl der Einpersonenhaushalte, die in dieser Zeit um über 28 000 oder nahezu 7 % zugenommen hat. Sie machen jetzt fast 30 % aller Haushalte aus.

Der seit mehreren Jahren zu beobachtende zunehmende Trend der Ledigen-Haushalte ist überwiegend auf die steigende Anzahl der 20- bis 30jährigen Singles zurückzuführen, deren Anteil an den Einpersonenhaushalten 1970 noch 9 % betragen hatte und nun auf fast 17 % gestiegen ist. Dagegen ist die Gruppe der 60jährigen und älteren, die am häufigsten alleine leben, von 62 % im Jahre 1970 auf 56 % im März 1987 zurückgegangen. di

Mehr über dieses Thema auf Seite 244

Grundlagen und Anwendung der Box-Jenkins-Methode

Quantitative Verfahren zur Analyse von statistischen Zeitreihendaten unterscheiden sich durch die Art und Weise, in der das Zustandekommen der einzelnen Zeitreihenwerte erklärt wird. Die Annahmen über das zugrundeliegende Modell haben sowohl Auswirkungen auf die Datenmuster, die damit abgebildet werden können, als auch auf die Eigenschaften der Schätz- und Prognosewerte. Dabei hat sich das Verfahren von Box und Jenkins als theoretisch schlüssig und sehr flexibel erwiesen.

Gemäß dem Vorgehen von Box und Jenkins sind nach einer Phase der Identifikation, in der anhand statistischer Funktionen die Dimension des Modells festgelegt wird, die Modellparameter zu schätzen. Bevor das Modell für Prognosezwecke Anwendung findet, durchläuft es noch eine Testphase. Ausgehend vom einfachsten Fall einer stationären Zeitreihe erfolgt eine Erweiterung des Modells, um auch trend- und saisonbehaftete Zeitreihen erfassen zu können. Dies führt zu einem multiplikativen ARIMA-Modell.

Nach der Darstellung der theoretischen Grundlagen wird das Modell zur Prognose der rheinland-pfälzischen Milchlieferungen an Molkereien herangezogen. od

Mehr über dieses Thema auf Seite 233

Milchanlieferung deutlich reduziert

Im Milchwirtschaftsjahr 1987/88 verringerten die Milcherzeuger in Rheinland-Pfalz ihre Molkereianlieferung gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 94 000 t oder 10 %. Mit dieser Veränderung reagierten die rheinland-pfälzischen Erzeuger auf die im Rahmen der Garantiemengenregelung drastischen Kürzungen der ihnen zugeteilten abgabefreien Mengen. Nachdem die Kuhhalter im ersten Quotenjahr (1984) zunächst über eine Absenkung der Milchleistung, im weiteren Verlauf

des Jahres 1985 dann über einen verstärkten Abbau der Kuhbestände bei wieder ansteigender Milchleistung versuchten, ihre Erzeugung der Quote anzupassen, reagierten sie im vierten Quotenjahr sowohl mit einem deutlichen Abbau der Kuhbestände um 6,7 % auf 201 600 Tiere als auch mit einer erneuten Verringerung der Milchleistung.

Abgesehen von Veränderungen bei den anderen Kategorien des Rinderbestandes haben sich seit Einführung der Garantiemengenregelung auch durch die Produktionsbegrenzung beeinflusste Verschiebungen der Bestandsgrößenstruktur ergeben. Zwischen 1984 und 1986 war mit einem Zuwachs an Haltern mit Herden von 40 und mehr Kühen von nur 4,4 % im Vergleich zum vorherigen Zweijahreszeitraum eine extrem schwache Entwicklung hin zu diesen größeren Beständen zu verzeichnen.

Seit Dezember 1987 weist der Kuhbestand keine nennenswerte Veränderung mehr auf. Daneben ist die Milchleistung im Mai wieder auf das Niveau des Vorjahres gestiegen, sodaß sich die Lage stabilisiert zu haben scheint. Insgesamt lieferten die Erzeuger jedoch aufgrund des 1987 noch höheren Kuhbestandes im April und Mai des beginnenden fünften Quotenjahres 8,4 % weniger Milch als in den vergleichbaren Vorjahresmonaten an. hü

Mehr über dieses Thema auf Seite 238

Abbau der Kuhbestände gebremst

Der seit Juni 1984 anhaltende Abbau der Kuhbestände ist jetzt offensichtlich zum Stillstand gekommen. Nachdem die Milcherzeuger aufgrund der drastischen Quotenkürzungen die Zahl der gehaltenen Kühe 1987 um 6,7 % verringerten, wurde im Juni 1988 mit 201 000 Kühen gegenüber Dezember des Vorjahres keine nennenswerte Veränderung mehr festgestellt.

Der Rinderbestand insgesamt liegt gegenüber Dezember mit rund 580 500 Tieren nur unwesentlich höher (+ 0,3 %). Im Vergleich zum Juni des Vorjahres weist er einen weiteren Rückgang um 3,5 % auf. Dabei hat allerdings der Bestand an Nutz- und Zuchtfärsen (+ 12 %), an über zwei Jahre alten Bullen (+ 4,8 %) sowie an Ammen- und Mutterkühen (+ 2,6 %) zugenommen. Die Zahl der Rinderhalter ist weiterhin rückläufig. Zur Zeit gibt es in Rheinland-Pfalz 19 000, darunter rund 13 000 Milchkuhhalter.

Der bei der Viehzählung im Juni ebenfalls erhobene Schafbestand (154 000) wurde binnen Jahresfrist nur unwesentlich ausgedehnt. hü

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Juni 1988		
Indexbezeichnung	1980=100	Veränderung zu Juni 1987 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke,Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	118,2	0,2
Bekleidung, Schuhe	123,6	1,2
Wohnungsmieten	131,4	2,2
Energie (ohne Kraftstoffe)	102,9	- 2,9
Möbel, Haushaltsgeräte u.a. Güter für die Haushaltsführung	121,9	1,2
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	124,2	1,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122,0	1,7
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	120,5	1,3
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	136,6	3,0
Gesamtlebenshaltung	122,6	1,1
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	122,2	0,9
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	123,9	1,4
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern		
Gesamtlebenshaltung	122,4	0,8

Den monatlichen Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet werden wir künftig regelmäßig an dieser Stelle veröffentlichen.

Die Redaktion

Frühjahrskopfsalat und Spargel lieferten bereits gute Erträge

Die überwiegend fröhsummerliche Witterung im Juni mit ausreichenden Niederschlägen sorgte in Rheinland-Pfalz für gute Wachstumsbedingungen bei den Frühgemüsearten. Bei Frühjahrskopfsalat wurden sehr gute Flächenleistungen von 250 dt je Hektar erzielt, 30 dt mehr als 1987. Auch der Wachstumsstand von Herbst- und Sommerkopfsalat läßt weitere gute Erträge erwarten. Für die frühen Kohlarten wird mit leicht überdurchschnittlichen Erträgen gerechnet.

Gut verlaufen ist in diesem Jahr auch die Ernte des Spargels, der bekanntlich bis zum 24. Juni gestochen wird. Mit 37 dt lag der Hektarertrag knapp über dem mehrjährigen Durchschnitt und deutlich höher als im zu kühlen Vorjahr. hü

Landwirtschaftliche Grundstücke billiger Hektarpreise zwischen 78 500 DM im Landkreis Ludwigshafen und 7 000 DM im Landkreis Kusel

Im Jahre 1987 wechselten in Rheinland-Pfalz 5 614 landwirtschaftliche Grundstücke mit einer Mindestgröße von 10 Ar den Eigentümer. Bei einer veräußerten Fläche von insgesamt 3 186 ha wurde ein Umsatz von 78 Mill. DM erzielt. Erneut ging die Zahl der verkauften Grundstücke gegenüber dem Vorjahr zurück, und zwar um fast 12 %. Die veräußerte Fläche sank um nahezu ein Zehntel, wobei sich der Gesamtkaufwert um ein Sechstel verminderte. Der Kaufwert je Hektar landwirtschaftlicher Fläche ermäßigte sich um 7,6 % auf 24 500 DM. Billiger waren landwirtschaftliche Grundstücke nur vor 1981. Knapp 48 % aller Kauffälle betrafen Grundstücke von 0,25 bis 1 ha, 38 % lagen in der Größenklasse 0,1 bis 0,25 ha und ein Siebtel war größer als 1 ha. Die Flächengröße je Kauffall belief sich im Mittel auf 0,57 ha.

In den Landkreisen lagen die Hektarerträge in Ludwigshafen (78 500 DM), Bad Dürkheim (61 800 DM), Alzey-Worms (51 300 DM) und Mainz-Bingen (50 200 DM) am höchsten. Überdurchschnittliche Kaufwerte ergaben sich auch in den Landkreisen Germersheim (44 700 DM), Südliche Weinstraße (38 200 DM) und Mayen-Koblenz (33 000 DM). Am billigsten waren die Ländereien in den Landkreisen Kusel (7 000 DM), Birkenfeld (9 100 DM), Cochem-Zell und dem Westerwaldkreis (je 10 400 DM). br

kurz + aktuell

Elektroartikel billiger Verbraucherpreise im Juni

Obwohl sich die rheinland-pfälzischen Benzinpreise im Juni gegenüber dem Vormonat leicht erhöhten, lagen sie immer noch um bis zu 5 % unter denen vor Jahresfrist. Dieselkraftstoff verbilligte sich dagegen nur minimal. Mit einem Durchschnittspreis in den Berichtsgemeinden des Landes von 32,25 DM waren 100 l Heizöl ein Zehntel preiswerter als vor einem Jahr.

Beachtliche Preisreduzierungen konnten bei Artikeln der Unterhaltungsindustrie festgestellt werden. So mußten die Verbraucher für Videobänder, Videorecorder, Tonbandkassetten, Farbfernseher und Radios merklich weniger als vor einem Jahr bezahlen. Auch Elektrogeräte, wie Kühlschränke, Boiler, Staubsauger, Waschmaschinen und Bügeleisen, waren billiger.

Unter den Lebens- und Genußmitteln wurden Eier, Pflanzenöl, Schweinekoteletts, Schokolade und insbesondere Kaffee preiswerter als im Juni 1987 angeboten. Deutlich teurer waren frischer Kabeljau, frische und tiefgekühlte Rotbarschfilets, Milch und Apfelsaft. Auch für Gemüse mußte die Hausfrau teilweise erheblich mehr bezahlen. br

Jahresverdienste 1987 der Industriearbeiter um 3 %, der Industrieangestellten um 3,9 % gestiegen

Im Jahre 1987 waren in Rheinland-Pfalz die durchschnittlichen Bruttojahresverdienste der Industriearbeiter einschließlich der Arbeiter im Hoch- und Tiefbau mit 40 393 DM um 3 % höher als ein Jahr zuvor. Eingeschlossen sind hierbei u. a. das 13. Monatsgehalt, Gratifikationen und Urlaubsgeld. Die Jahresverdienste der männlichen Arbeiter stiegen um 2,5 % auf 42 654 DM, die der weiblichen um 4 % auf 28 736 DM. Die Bruttojahresverdienste der Industrieangestellten betrugen im Mittel 60 170 DM (+ 3,9 %). Männliche Angestellte verdienten 66 094 DM (+ 3,9 %), weibliche 42 601 DM (+ 4,8 %).

Im Handel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhten sich im gleichen Zeitraum die Jahresverdienste der Angestellten um durchschnittlich 4,4 % auf 40 676 DM. Männliche Angestellte kamen bei + 3,1 % auf 48 382 DM, weibliche Angestellte auf 33 549 DM (+ 5,7 %).

Da der Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen im Jahre 1987 nur um 0,1 % anstieg, entsprechen die ermittelten nominalen Verdienststeigerungen nahezu völlig den realen. ze

Das neue Wahlsystem bei Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz

Der folgende Beitrag stellt das neue Wahlsystem bei Kommunalwahlen nach Verabschiedung des Landesgesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz durch den Landtag vor. Wegen der lebhaften Nachfrage nach Informationen über die beabsichtigten Änderungen des Wahlsystems wurde bereits in der Mai-Ausgabe 1988 über den Gesetzentwurf der Landesregierung berichtet. Die wichtigsten Änderungen gegenüber dem Gesetzentwurf sind unter „kurz + aktuell“ angesprochen.

Der aktualisierte Beitrag kann auch als Sonderdruck vom Statistischen Landesamt bezogen werden.

Kommunalwahlen 1989 werden nach einem Verhältniswahlrecht mit offenen Listen durchgeführt

Der Landtag Rheinland-Pfalz hat am 6. Juli 1988 das Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz verabschiedet¹⁾. Danach werden erstmals bei den Kommunalwahlen 1989 die Gemeinderäte, Verbandsgemeinderäte, Stadträte und Kreistage nach einem Verhältniswahlrecht mit offenen Listen gewählt. Die Angleichung der Zahl der dem Wähler zur Verfügung stehenden Stimmen an die Zahl der Ratsmitglieder, verbunden mit den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens, setzt den Wähler in die Lage, die Wahlvorschläge der Parteien und Wählergruppen in seinem Sinne zu verändern und seinen eigenen Vorstellungen von der personellen Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane Ausdruck zu verleihen. Kumulieren bedeutet, daß der Wähler mehrere Stimmen auf einen Bewerber konzentrieren kann, panaschieren, daß der Wähler innerhalb seines Stimmenkontingents auch Bewerber anderer Listen ankreuzen kann.

Die Bestimmungen gelten nicht für die Wahl zum Bezirkstag des Bezirksverbandes Pfalz, der nach bisherigem Recht gewählt wird.

Mehrheitswahl ist weiterhin möglich

Wird kein oder nur ein Wahlvorschlag eingereicht, so wird die Wahl wie bisher nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl ohne Bindung an vorgeschlagene Bewerber durchgeführt. Hierbei können auf dem Stimmzettel doppelt so viele Bewerber aufgeführt werden, als Ratsmitglieder zu wählen sind (§ 22 Kommunalwahlgesetz – KWG –). Kumulieren ist nicht zugelassen. Findet Mehrheitswahl statt, so sind die Bewerber in der Reihenfolge der für sie abgegebenen Stimmen gewählt (§ 43 KWG).

Bei Verhältniswahl entspricht die Zahl der Stimmen der Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder

Wird nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt, das ist der Fall, wenn mehr als ein gültiger Wahlvorschlag eingereicht wurde, so hat der Wähler so viele Stimmen, wie Rats- bzw. Kreistagsmitglieder zu wählen sind (§ 32 Abs. 1 Nr. 1, § 53 KWG).

Die Zahl der Ratsmitglieder ist in § 29 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GemO), die der Kreistagsmitglieder für die Kreistage in § 22 Abs. 2 der Landkreisordnung (LKO) geregelt.

1) Landesgesetz zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes und der Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz vom 22. Juli 1988 (GVBl. Nr. 18, S. 135)

Der Wähler hat demnach in Gemeinden (Ortsgemeinden, Verbandsgemeinden, verbandsfreien Gemeinden, großen kreisangehörigen Städten und kreisfreien Städten)

bis zu		300 Einwohnern	5 Stimmen
mit mehr als	300 bis	500 Einwohnern	7 Stimmen
mit mehr als	500 bis	1 000 Einwohnern	11 Stimmen
mit mehr als	1 000 bis	2 500 Einwohnern	15 Stimmen
mit mehr als	2 500 bis	5 000 Einwohnern	19 Stimmen
mit mehr als	5 000 bis	7 500 Einwohnern	21 Stimmen
mit mehr als	7 500 bis	10 000 Einwohnern	23 Stimmen
mit mehr als	10 000 bis	15 000 Einwohnern	27 Stimmen
mit mehr als	15 000 bis	20 000 Einwohnern	31 Stimmen
mit mehr als	20 000 bis	30 000 Einwohnern	35 Stimmen
mit mehr als	30 000 bis	40 000 Einwohnern	39 Stimmen
mit mehr als	40 000 bis	60 000 Einwohnern	43 Stimmen
mit mehr als	60 000 bis	80 000 Einwohnern	47 Stimmen
mit mehr als	80 000 bis	100 000 Einwohnern	51 Stimmen
mit mehr als	100 000 bis	150 000 Einwohnern	55 Stimmen
mit mehr als		150 000 Einwohnern	59 Stimmen

in Landkreisen

bis zu		60 000 Einwohnern	33 Stimmen
mit mehr als	60 000 bis	80 000 Einwohnern	37 Stimmen
mit mehr als	80 000 bis	125 000 Einwohnern	41 Stimmen
mit mehr als	125 000 bis	150 000 Einwohnern	45 Stimmen
mit mehr als		150 000 Einwohnern	49 Stimmen

Maßgebende Einwohnerzahl für die Kommunalwahlen 1989 ist, abweichend von § 130 GemO und § 66 LKO, die von den Meldebehörden zum 30. Juni 1988 nach den zu diesem Zeitpunkt geltenden melderechtlichen Vorschriften fortgeschriebene Zahl der Personen mit Hauptwohnung²⁾.

Mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Wähler bei der Zusammensetzung der kommunalen Vertretungsorgane durch Kumulieren und Panaschieren

Die verschiedenen Möglichkeiten der Stimmabgabe sind in § 32 Absatz 1 Nrn. 2 bis 6 KWG geregelt. Der Wähler kann

- nur den Wahlvorschlag kennzeichnen und diesen damit unverändert annehmen,
- sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Stimmen einer Liste zukommen lassen, diesen Wahlvorschlag aber in der Bewerberreihenfolge verändern, indem er bis zu drei Stimmen auf einzelne Bewerber konzentriert, das heißt kumuliert,
- innerhalb seines Stimmenkontingents auch Bewerber verschiedener Listen bis zu dreimal ankreuzen, das heißt panaschieren.

Er kann seine Stimmen nur Bewerbern geben, deren Namen im Stimmzettel aufgeführt sind.

Wählerfreundliche Auslegungs- und Heilungsvorschriften begrenzen Ungültigkeit der Stimmen

Sehr wählerfreundliche Auslegungs- und Heilungsvorschriften verhindern, daß die dem Wähler zugestan-

dene Stimmenzahl zusammen mit den Möglichkeiten, die Wahlvorschläge zu verändern, zu einem hohen Anteil ungültiger Stimmen führen. Neben den allgemeinen, auch in allen anderen Wahlgesetzen normierten Bestimmungen über die Ungültigkeit von Stimmzetteln, zum Beispiel dem Verbot nichtamtlicher Herstellung und dem Verbot, andere Kennzeichnungen als die der Kandidaten auf dem Stimmzettel anzubringen, kennt das Gesetz im Grunde nur zwei Fälle, die die Anerkennung der Stimmabgabe verhindern:

- wenn ein Wähler panaschiert und die ihm zur Verfügung stehende Stimmenzahl überschritten hat (§ 37 Abs. 4 Satz 1 KWG),
- wenn nicht erkennbar ist, welchen Kandidaten der Wähler seine Stimmen zukommen lassen wollte; insbesondere wenn er mehrere Wahlvorschläge angekreuzt und keine Einzelstimmen vergeben hat (§ 37 Abs. 3 Satz 1 i. V. m. Abs. 1 Nr. 2 KWG).

Alle weiteren Varianten der Stimmabgabe werden als gültig behandelt, selbst dann, wenn der Wähler innerhalb eines Wahlvorschlags kumuliert und dabei die ihm zustehende Stimmenzahl überschritten hat.

Einzelstimme hat Vorrang vor Listenstimme

Bei der Auswertung der Stimmen ist zwischen der Kennzeichnung des Wahlvorschlags in der Kopfleiste des Stimmzettels mit der „Listenstimme“ und der Vergabe von Einzelstimmen an Bewerber zu unterscheiden.

Es gilt der Grundsatz, daß die Einzelstimme Vorrang vor der „Listenstimme“ hat. Hat der Wähler bereits durch die Kennzeichnung von Bewerbern seine gesamten Stimmen vergeben, so gilt das Ankreuzen des Wahlvorschlags mit der „Listenstimme“ nicht als Vergabe von Stimmen. Das Ankreuzen eines Wahlvorschlags ist, abgesehen von der unveränderten Annahme der Liste nur dann von Bedeutung, wenn der Wähler Bewerber gekennzeichnet und dabei seine volle Stimmenzahl nicht verbraucht hat.

Kennzeichnet der Wähler einen Wahlvorschlag in der Kopfleiste mit der „Listenstimme“ und verzichtet er auf die Vergabe von Einzelstimmen, das heißt die Kennzeichnung einzelner Bewerber, so gibt er damit zu erkennen, daß er diesen Wahlvorschlag unverändert annehmen will. Bei der Stimmenauszählung wird deshalb jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen Bewerber eine Stimme zugeteilt (§ 32 Abs. 1 Nr. 6 Sätze 1 und 2 i. V. m. § 37 Abs. 1 Satz 3 KWG). Wird hierbei das Stimmenkontingent infolge von Streichungen oder zu geringer Bewerberzahl auf dem Stimmzettel nicht ausgeschöpft, so verzichtet der Wähler auf seine weiteren Stimmen (§ 37 Abs. 6 KWG).

Eine unveränderte Annahme des Wahlvorschlags liegt nicht vor, wenn der Wähler in einem oder mehreren Wahlvorschlägen Bewerbern Stimmen gibt (§ 32 Abs. 1 Nr. 6 Satz 4 KWG).

²⁾ Landesgesetz über die maßgebende Einwohnerzahl für die Kommunalwahlen 1989 vom 5. Juli 1988 (GVBl. Nr. 16, S. 121).

Schöpft der Wähler hierbei seine Stimmzahl aus, so bleibt die Kennzeichnung eines Wahlvorschlags unberücksichtigt (§ 37 Abs. 3 Satz 2 KWG).

Hat der Wähler seine Stimmzahl nicht ausgeschöpft und einen Wahlvorschlag mit der „Listenstimme“ gekennzeichnet, so gilt diese Kennzeichnung als Vergabe der nicht genutzten Stimmen. In diesem Fall wird jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten mit Ausnahme der vom Wähler gestrichenen und der bereits mit der zulässigen Höchstzahl von drei Einzelstimmen gekennzeichneten Bewerber eine Stimme zugeteilt. Enthält der Wahlvorschlag weniger Bewerber, als Ratsmitglieder zu wählen sind, so verzichtet der Wähler auf seine weiteren Stimmen (§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 i. V. m. § 37 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 KWG).

Hat der Wähler seine Stimmzahl nicht ausgeschöpft und keinen oder mehrere Wahlvorschläge mit der „Listenstimme“ gekennzeichnet, so verzichtet er ebenfalls auf die weiteren Stimmen (§ 37 Abs. 6 KWG).

Vergibt der Wähler in nur einem Wahlvorschlag mehr als die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen, so sind solange, bis die dem Wähler zustehende Stimmzahl nicht mehr überschritten ist, in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von unten nach oben Stimmen unberücksichtigt zu lassen, und zwar

1. zunächst die Stimmen für Bewerber mit nur einer Stimme,
2. dann eine der beiden Stimmen für Bewerber, denen der Wähler zwei Stimmen gegeben hat,
3. dann die andere Stimme der Bewerber, denen der Wähler zwei Stimmen gegeben hat,
4. schließlich die Stimmen für Bewerber, denen der Wähler drei Stimmen gegeben hat, nach den vorgenannten Grundsätzen (§ 37 Abs. 4 Satz 2 KWG).

Gibt der Wähler einem Bewerber mehr als drei Stimmen, so gelten nur drei Stimmen als abgegeben. Die über drei hinaus kumulierten Mehrstimmen sind nicht ungültig, sondern werden nur als nicht abgegeben behandelt. Dies hat einerseits zur Folge, daß die zuviel abgegebenen Stimmen bei Unterschreiten der Stimmzahl zum Auffüllen verwendet werden können und andererseits durch solche Stimmen das Stimmenkontingent nicht überschritten werden kann, was bei der Kennzeichnung von Bewerbern in mehreren Wahlvorschlägen, wie oben erwähnt, zur Ungültigkeit der Stimmabgabe führen würde (§ 37 Abs. 2 KWG).

Die Kennzeichnung mehrerer Wahlvorschläge bleibt bei der Stimmenauswertung in jedem Falle unberücksichtigt (§ 37 Abs. 3 Satz 1 KWG).

Mehrfachbenennungen von Bewerbern sind möglich

Die Versammlung zur Aufstellung der Bewerber kann in geheimer Abstimmung beschließen, ob und welche Bewerber bis zu dreimal im Wahlvorschlag benannt wer-

den (§ 17 Abs. 2 Satz 2, § 18 Abs. 1 Satz 2 KWG). Auf dem Stimmzettel erscheinen die dreimal aufgeführten Bewerber zuerst, vor den zweimal aufgeführten, diese wiederum vor den übrigen Bewerbern (§ 15 Abs. 3 Satz 3 KWG). Nimmt der Wähler einen Wahlvorschlag unverändert an, so erhalten dreifach aufgeführte Bewerber drei, zweimal aufgeführte Bewerber zwei Stimmen (§ 32 Abs. 1 Nr. 6 Satz 3 KWG). Auch bei der Zuteilung nicht ausgeschöpfter Stimmen werden Mehrfachbenennungen berücksichtigt (§ 37 Abs. 5 Satz 3 KWG).

Die Mehrfachbenennung stellt eine Art „Vorkumulieren“ durch die Partei dar. Der Wahlvorschlagsträger kann damit sowohl beabsichtigen, Bewerber bei der Gesamtstimmvergabe zu begünstigen, als auch Stimmen für die Partei zu retten, die bei einer zu geringen Bewerberzahl im Rahmen der Gesamtstimmvergabe verloren gehen würden.

Sitzverteilung erfolgt nach dem Verfahren Hare-Niemeyer

Die Verteilung der Sitze auf die Wahlvorschläge erfolgt nach dem Verfahren Hare-Niemeyer. An der Sitzverteilung nehmen nur Parteien und Wählergruppen teil, deren Stimmzahl die Wahlzahl erreicht. Die Wahlzahl ist die ganze Zahl, die sich aus der Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien und Wählergruppen des Wahlgebiets geteilt durch 33 ergibt (§ 41 Abs. 2 KWG). Die Wahlzahl führt zu einer Sperrwirkung mit der Obergrenze von 3,03 %.

Um die auf einen Wahlvorschlag entfallenden Sitze zu ermitteln, werden die insgesamt zu vergebenden Sitze mit der Gesamtzahl der für die Bewerber des Wahlvorschlags abgegebenen Stimmen multipliziert und durch die Gesamtzahl der für die Bewerber aller an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge dividiert.

Mathematisch geschrieben lautet der Verteilungsmodus:

$$\frac{\text{Zahl der Ratssitze} \times \text{Gesamtzahl der Stimmen des Wahlvorschlags} \dots}{\text{Gesamtzahl der Stimmen der an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge}}$$

Jeder Wahlvorschlag erhält zunächst soviele Sitze, wie ganze Zahlen auf ihn entfallen. Danach zu vergebende Sitze werden in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile zugeteilt. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das Los.

Führt die absolute Stimmenmehrheit eines Wahlvorschlags nicht auch zur absoluten Mehrheit der Sitze, so wird das reine Proportionalverfahren dahingehend modifiziert, daß vor der Vergabe der Sitze auf die höchsten Zahlenbruchteile zunächst dem Wahlvorschlag, auf den mehr als die Hälfte der für die Bewerber aller Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen entfallen, ein weiterer Sitz zugeteilt wird (§ 41 Abs. 1 KWG).

Die auf eine Liste entfallenen Sitze werden den einzelnen Bewerbern nach der Reihenfolge der Höhe ihrer Stimmzahlen zugewiesen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag (§ 41 Abs. 4 KWG).

Ersatzpersonen sind die nicht berufenen Bewerber des Wahlvorschlags. Ihre Reihenfolge richtet sich ebenfalls nach der Anzahl der auf sie entfallenen Stimmen (§ 45 Abs. 2 KWG).

Wahlgebiet kann in Wahlbereiche eingeteilt werden

Um eine ausgewogene Vertretung örtlicher Interessen zu ermöglichen, kann die Vertretungskörperschaft in Gemeinden mit mehr als 5 000 Einwohnern mit Zweidrittelmehrheit ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl das Wahlgebiet in Wahlbereiche unterteilen.

Bei einer Einwohnerzahl von mehr als 5 000 bis 10 000 Einwohnern beträgt die Mindestzahl der Wahlbereiche zwei, die Höchstzahl vier, von 10 000 bis 40 000 Einwohnern können vier oder fünf Wahlbereiche gebildet werden, bei mehr als 40 000 Einwohnern fünf bis zehn (§ 9 Abs. 2 Satz 1, Absätze 3 und 4 KWG).

Ist das Wahlgebiet in Wahlbereiche eingeteilt, so ist von der für die Kandidatenaufstellung im gesamten Wahlgebiet zuständigen Versammlung für jeden Wahlbereich ein eigener Wahlvorschlag (Wahlbereichsliste) aufzustellen (§ 17 Abs. 4 KWG). Damit können Parteien und Wählergruppen bei der Aufstellung der Bewerber örtliche, bei größeren Wahlgebieten auch regionale Gegebenheiten und Interessen besser berücksichtigen. Der Stimmzettel enthält soviele Bewerber, wie Ratsmitglieder zu wählen sind, und ist innerhalb des Wahlgebiets, dessen Vertretungsorgan gewählt wird, von Wahlbereich zu Wahlbereich verschieden.

Bei der Abgrenzung der Wahlbereiche sind die örtlichen Verhältnisse und der räumliche Zusammenhang zu berücksichtigen. Die Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlbereiche soll nicht mehr als 25 % nach oben oder unten betragen. Bei der Abgrenzung der Wahlbereiche für die Wahlen zu den Verbandsgemeinderäten und den Kreistagen sind die Gemeindegrenzen einzuhalten. Das bedeutet, daß Gemeindegrenzen nicht durchschnitten werden dürfen, wohl aber das Gebiet einer Gemeinde in Wahlbereiche eingeteilt werden kann (§ 9 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 KWG).

Bei der Zuteilung der Sitze werden die auf eine Partei oder Wählergruppe im Wahlgebiet entfallenen Mandate ihren Wahlvorschlägen nach dem Verhältnis der in den einzelnen Wahlbereichen für die Bewerber ihrer Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen nach dem Verfahren Hare-Niemeyer zugeteilt (§ 42 Abs. 1 bis 3 KWG). Mathematisch geschrieben ergibt sich die Zahl der auf einen Wahlbereich entfallenden Sitze aus:

$$\frac{\text{Sitze des Wahlvorschlags im Wahlgebiet} \times \text{Stimmen der Bewerber des Wahlvorschlags im Wahlbereich}}{\text{Gesamtzahl der Stimmen aller Bewerber des Wahlvorschlags im Wahlgebiet}}$$

Ist ein Bewerber auf mehreren Wahlbereichswahlvorschlägen gewählt worden, so wird ihm der Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleichen Stimmenzahlen wird ihm der

Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er an früherer Stelle im Wahlvorschlag benannt ist (§ 42 Abs. 4 KWG).

Eingehende Unterrichtung der Wahlhelfer und frühzeitige organisatorische Überlegungen zur Stimmabgabe sind unerlässlich

Die vorausgegangenen Ausführungen und die im Anhang dargestellten Beispiele für die Stimmenaushwertung zeigen, daß das Bestreben des Gesetzgebers, dem Wähler die größtmöglichen Freiheitsrechte einzuräumen zugleich aber – wie es dem demokratischen Prinzip entspricht – möglichst viele Stimmen gültig zu erhalten, zu teilweise komplizierten Auslegungs- und Heilungsvorschriften führte. Sie machen eine ungültige Stimmabgabe nahezu unmöglich und sichern weitgehend die Ausschöpfung des Stimmenpotentials des einzelnen Wählers. Die örtlichen Wahlvorstände und die mit der Überprüfung des Wahlergebnisses befaßten Wahlorgane sind bei der Bewertung der Stimmabgabe und der Ermittlung des Ergebnisses allerdings in erheblichem Maße gefordert, zumal bereits die Auszählung von Stimmzetteln mit zweifelsfrei kumulierten oder panaschierten Stimmen relativ zeitraubend ist. Die eingehende Unterweisung der Wahlhelfer ist daher unerlässlich.

Daneben sind frühzeitig organisatorische Maßnahmen zur Sicherung eines reibungslosen Ablaufs der Stimmabgabe zu planen.

Dem Wähler muß das Wahlsystem transparent gemacht werden

Die neuen Möglichkeiten der Stimmabgabe und deren Auswirkungen müssen dem Wähler durch intensive Aufklärungsarbeit transparent und verständlich gemacht werden. Dies gilt vor allem für die Folgen des Panaschierens. Bei dem neuen Wahlsystem handelt es sich in erster Linie um ein Verhältniswahlrecht. Viele Wähler, die panaschieren, werden das Wahlrecht für ein Personenwahlrecht halten und annehmen, daß die einem bestimmten Kandidaten zuerkannten Stimmen nur diesem und nicht gleichzeitig seiner Partei zukommen. Ihnen muß deutlich gemacht werden, daß die Panaschierstimmen immer der Partei und nicht einmal in jedem Falle der Partei und dem Kandidaten nützen. Die Partei allein profitiert nämlich von Panaschierstimmen, wenn der präferierte Kandidat kein Mandat erreicht.

Dr. Manfred Unglaub

Anhang

- Für das Wahlsystem relevante Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes
- Stimmzettelmuster
- Beispiele für die Stimmenaushwertung
- Berechnungsbeispiel zur Sitzverteilung
- Beispiel für die Einteilung eines Wahlgebietes in Wahlbereiche

Für das Wahlsystem relevante Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes¹⁾

§ 15 – Aufstellung und Verbindung von Wahlvorschlägen

(1) Wahlvorschläge können von Parteien im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes oder von Wählergruppen aufgestellt werden. Jede Partei oder Wählergruppe darf nur einen Wahlvorschlag einreichen. Ist das Wahlgebiet in Wahlbereiche aufgeteilt, kann für jeden Wahlbereich ein Wahlvorschlag eingereicht und eine Ersatzliste nach § 45 Abs. 3 bestimmt werden.

(2) Die Verbindung von Wahlvorschlägen (Listenverbindung) muß dem Wahlleiter durch die Vertrauenspersonen spätestens am 16. Tage vor der Wahl bis 18 Uhr schriftlich erklärt werden. Der Listenverbindung muß die Mehrheit der Unterzeichner der einzelnen Wahlvorschläge schriftlich zustimmen. Die Wahlvorschläge derselben Partei oder Wählergruppe für Wahlbereiche sind verbunden.

(3) *Die Wahlvorschläge dürfen höchstens doppelt so viele Bewerber enthalten wie Ratsmitglieder zu wählen sind. Im Wahlvorschlag kann derselbe Bewerber bis zu dreimal aufgeführt werden. Im Wahlvorschlag erscheinen die dreifach aufgeführten Bewerber zuerst und die doppelt aufgeführten Bewerber vor den übrigen Bewerbern.*

§ 17 – Aufstellung von Bewerbern durch eine Partei oder eine mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe

(1) Als Bewerber einer Partei kann in einem Wahlvorschlag nur benannt werden, wer in einer Mitgliederversammlung zur Wahl von Bewerbern oder in einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung hierzu gewählt worden ist. Mitgliederversammlung zur Wahl von Bewerbern ist eine Versammlung der im Zeitpunkt ihres Zusammentritts im Wahlgebiet wahlberechtigten Mitglieder der Partei. Besondere Vertreterversammlung ist eine Versammlung der von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte gewählten Vertreter. Allgemeine Vertreterversammlung ist eine nach der Satzung der Partei (§ 6 des Parteiengesetzes) allgemein für bevorstehende Wahlen von einer derartigen Mitgliederversammlung aus ihrer Mitte bestellte Versammlung.

(2) Die Bewerber und die Vertreter für die Vertreterversammlung werden in geheimer Abstimmung gewählt. *Die Vertreterversammlung oder Mitgliederversammlung beschließt in geheimer Abstimmung darüber, ob und welche Bewerber bis zu dreimal im Wahlvorschlag aufgeführt werden sollen und setzt in gleicher Weise die Reihenfolge aller Bewerber unter Beachtung von § 15 Absatz 3 Satz 3 fest.* Die Wahlen dürfen frühestens 44 Monate, für die Vertreterversammlung frühestens 35 Monate nach Beginn der Wahlzeit des Gemeinderats stattfinden; dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat außerhalb der allgemeinen Kommunalwahlen neu gewählt wird.

(3) Das Nähere über die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung, über die Einberufung und Beschlußfähigkeit der Mitglieder- oder Vertreterversammlung sowie über das Verfahren für die Wahl der Bewerber und für die Festlegung der Reihenfolge der Bewerber regeln die Parteien durch ihre Satzungen.

(4) Bestehen im Wahlgebiet mehrere Wahlbereiche, so sind die Bewerber, ihre Reihenfolge und eventuelle Mehrfachbenennungen für alle Wahlvorschläge der Partei in einer Versammlung der wahlberechtigten Mitglieder der Partei im Wahlgebiet oder in einer Versammlung der von den wahlberechtigten Mitgliedern der Partei im Wahlgebiet aus ihrer Mitte gewählten Vertreter zu bestimmen.

(5) *Eine Ausfertigung der Niederschrift über die Wahl der Bewerber, über die Festlegung der Reihenfolge der Bewerber und eventuelle Mehrfachbenennungen mit Angaben über Ort und Zeit der Versammlung, über die Form der Einladung und über die Zahl der erschienenen Mitglieder sowie über das Ergebnis der Abstimmung ist mit dem Wahlvorschlag einzureichen. Hierbei haben die Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte Teilnehmer gegenüber dem Wahlleiter an Eides Statt zu versichern, daß die Aufstellung der Bewerber sowie die Festlegung der Reihenfolge in geheimer Abstimmung erfolgt sind. Der Wahlleiter ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides Statt zuständig; er gilt insoweit als Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.*

(6) Die Absätze 1 bis 5 gelten für mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppen entsprechend.

§ 18 – Aufstellung von Bewerbern durch eine nicht mitgliedschaftlich organisierte Wählergruppe

(1) Als Bewerber einer nicht mitgliedschaftlich organisierten Wählergruppe kann in einem Wahlvorschlag nur benannt werden, wer in einer Versammlung von im Zeitpunkt ihres Zusammentritts wahlberechtigten Personen des Wahlgebiets, zu der die Wählergruppe im Wahlgebiet öffentlich eingeladen hatte, in geheimer Abstimmung hierzu gewählt worden ist. *Die Versammlung beschließt in geheimer Abstimmung darüber, ob und welche Bewerber bis zu dreimal im Wahlvorschlag aufgeführt werden sollen und setzt in gleicher Weise die Reihenfolge aller Bewerber unter Beachtung von § 15 Absatz 3 Satz 3 fest.* Zwischen der öffentlichen Einladung und der Versammlung müssen mindestens drei und dürfen höchstens 14 Tage liegen.

(2) *Über die Wahl der Bewerber, über die Festlegung der Reihenfolge der Bewerber und eventuelle Mehrfachbenennungen ist eine Niederschrift mit Angaben über Form und Zeit der öffentlichen Einladung, über Ort und Zeit der Versammlung sowie über die Zahl der erschienenen Wahlberechtigten und das Ergebnis der Abstimmung anzufertigen; sie muß von mindestens fünf Versammlungsteilnehmern unterzeichnet sein. Eine Ausfertigung der Niederschrift ist mit dem Wahlvorschlag einzureichen. Hierbei haben die Leiter der Versammlung und zwei von dieser bestimmte Teilnehmer gegenüber dem Wahlleiter an Eides Statt zu versichern, daß die Aufstellung der Bewerber, die Festlegung der Reihenfolge und eventuelle Mehrfachbenennungen in geheimer Abstimmung erfolgt sind. § 17 Abs. 4 und Abs. 5 Satz 3 gilt entsprechend.*

§ 29 – Stimmzettel bei Verhältniswahl

(1) Die Stimmzettel werden im Falle der Verhältniswahl amtlich hergestellt. Sie müssen für jeden Stimmbezirk von einheitlichem Papier und gleicher Größe sein.

(2) Die Stimmzettel enthalten die zugelassenen Wahlvorschläge in der Reihenfolge ihrer öffentlichen Bekanntmachung (§§ 23, 24 Abs. 1 und 2) unter Angabe des Kennwortes sowie des Namens und Vornamens der Bewerber jedes Wahlvorschlags. Auf dem Stimmzettel werden höchstens so viele wählbare Personen aufgeführt, wie Ratsmitglieder zu wählen sind. *Wenn Bewerber im Wahlvorschlag mehrfach aufgeführt werden, verringert sich die Zahl der höchstens aufzuführenden wählbaren Personen entsprechend.*

§ 32 – Stimmabgabe bei Verhältniswahl

(1) *Bei Verhältniswahl wird unter Beachtung der nachstehenden Bestimmungen gewählt:*

- 1. Der Wähler hat so viele Stimmen, wie Mitglieder des Gemeinderats zu wählen sind.*
- 2. Der Wähler kann seine Stimmen nur Bewerbern geben, deren Namen im Stimmzettel aufgeführt sind.*
- 3. Der Wähler kann innerhalb der ihm zustehenden Stimmenzahl einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben (kumulieren).*
- 4. Der Wähler kann seine Stimmen innerhalb der ihm zustehenden Stimmenzahl Bewerbern aus verschiedenen Wahlvorschlägen geben (panaschieren).*
- 5. Der Wähler vergibt seine Stimmen durch Ankreuzen oder eine andere eindeutige Kennzeichnung.*
- 6. Der Wähler kann durch Kennzeichnung eines Wahlvorschlags diesen unverändert annehmen (Listenstimme). In diesem Fall wird jedem auf dem Stimmzettel aufgeführten Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten eine Stimme zugeteilt. Bei Mehrfachbenennungen erhalten dreifach aufgeführte Bewerber drei Stimmen, doppelt aufgeführte Bewerber zwei Stimmen. Eine unveränderte Annahme des Wahlvorschlags liegt nicht vor, wenn der Wähler in einem oder mehreren Wahlvorschlägen einzelnen Bewerbern Stimmen gibt.*

1) Die Änderungen sind durch Kursivdruck hervorgehoben.

(2) Der Wähler faltet in der Wahlzelle den Stimmzettel so, daß bei der Stimmabgabe andere Personen nicht erkennen können, wie er gewählt hat, und legt den Stimmzettel in die Wahlurne.

(3) Der Wähler kann seine Stimmen nur einmal und nur persönlich abgeben. Eine Vertretung ist unzulässig. Ein Wähler, der des Lesens unkundig oder durch körperliche Gebrechen gehindert ist, den Stimmzettel zu kennzeichnen, zu falten oder in die Wahlurne zu legen, kann sich einer Person seines Vertrauens bedienen.

§ 37 – Ungültige Stimmabgabe bei Verhältniswahl – Auslegungsregeln

(1) Bei Verhältniswahl ist die Stimmabgabe ungültig, wenn der Stimmzettel

1. als nicht amtlich hergestellt erkennbar oder für ein anderes Wahlgebiet oder einen anderen Wahlbereich gültig ist,
2. keine Kennzeichnung enthält,
3. den Willen des Wählers nicht zweifelsfrei erkennen läßt,
4. einen Zusatz oder Vorbehalt enthält. Streichungen von Bewerbernamen gelten nicht als Vorbehalt oder Zusatz. Bewerber, deren Namen vom Wähler gestrichen wurden, werden keine Stimmen zugeteilt.

(2) Hat der Wähler einem Bewerber mehr als drei Stimmen gegeben, so gelten auf den Bewerber nur drei Stimmen als abgegeben.

(3) Die Kennzeichnung mehrerer Wahlvorschläge bleibt unberücksichtigt, gleichgültig, ob der Wähler Bewerbern Stimmen gibt oder nicht. Hat der Wähler seine Stimmenzahl ausgeschöpft, bleibt auch die Kennzeichnung eines Wahlvorschlags unberücksichtigt.

(4) Hat der Wähler, gleichgültig ob er einen Wahlvorschlag gekennzeichnet hat oder nicht, insgesamt mehr als die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen vergeben, so ist die Stimmabgabe ungültig, wenn Bewerber in mehreren Wahlvorschlägen gekennzeichnet wurden. Hat der Wähler in nur einem Wahlvorschlag mehr als die ihm zur Verfügung stehenden Stimmen vergeben, so gilt folgendes: Bis die dem Wähler zustehende Stimmenzahl nicht mehr überschritten ist, sind in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von unten nach oben unberücksichtigt zu lassen

1. zunächst die Stimmen für Bewerber mit nur einer Stimme,
2. dann eine der beiden Stimmen für Bewerber, denen der Wähler zwei Stimmen gegeben hat,
3. dann die andere Stimme der Bewerber nach Nummer 2,
4. schließlich die Stimmen für Bewerber, denen der Wähler drei Stimmen gegeben hat, nach den Grundsätzen der Nummern 2 und 3.

(5) Hat der Wähler seine Stimmenzahl nicht ausgeschöpft und einen Wahlvorschlag gekennzeichnet, gilt die Kennzeichnung des Wahlvorschlags als Vergabe der nicht ausgeschöpften Stimmen. In diesem Fall wird jedem Bewerber in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten mit Ausnahme der vom Wähler bereits mit der zulässigen Höchstzahl (§ 32 Abs. 1 Nr. 3) gekennzeichneten Bewerber eine Stimme zugeteilt. Bei der Zuteilung sind Mehrfachbenennungen zu berücksichtigen.

(6) Hat der Wähler seine Stimmenzahl nicht ausgeschöpft und keinen oder mehrere Wahlvorschläge gekennzeichnet, so verzichtet er auf die weiteren Stimmen.

§ 41 – Verteilung der Sitze bei Verhältniswahl

(1) Die Zuteilung der Sitze auf die einzelnen Parteien und Wählergruppen erfolgt wie folgt: Die Zahl der insgesamt zu vergebenden Sitze, vervielfacht mit der Gesamtzahl der für die Bewerber des einzelnen Wahlvorschlags abgegebenen Stimmen, wird durch die Gesamtzahl der für die Bewerber aller Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen geteilt. Jeder Wahlvorschlag erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf ihn entfallen. Danach zu vergebende Sitze sind in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbrücheile zuzuteilen. Bei gleichen Zahlenbruchteilen entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahl-

ausschusses zu ziehende Los. Erhält bei der Verteilung der Sitze nach den Sätzen 1 bis 4 der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe, auf den mehr als die Hälfte der für die Bewerber aller Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen entfallen ist, nicht mehr als die Hälfte der zu vergebenden Sitze, wird ihm von den nach Zahlenbruchteilen zu vergebenden Sitzen abweichend von den Sätzen 3 und 4 zunächst ein weiterer Sitz zugeteilt. Danach zu vergebende Sitze werden wieder nach den Sätzen 3 und 4 zugeteilt.

(2) An der Zuteilung der Sitze nehmen die Parteien und Wählergruppen nicht teil, deren Stimmenzahl die Wahlzahl nicht erreicht; dies gilt auch im Falle der Listenverbindung (§ 15 Abs. 2). Die Wahlzahl ist die ganze Zahl, die sich ergibt aus der Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien und Wählergruppen der Gemeinde geteilt durch 33.

(3) Die auf eine Listenverbindung entfallenden Sitze werden nach dem Verfahren gemäß Absatz 1 auf die verbundenen Wahlvorschläge aufgeteilt.

(4) Die einem Wahlvorschlag zugefallenen Sitze werden den darin enthaltenen Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Stimmenzahlen zugewiesen. Haben mehrere Bewerber die gleiche Stimmenzahl erhalten, entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.

§ 42 – Verteilung der Sitze bei Verhältniswahl in einem Wahlgebiet mit mehreren Wahlbereichen

(1) Die im Wahlgebiet zu vergebenden Sitze werden den Parteien und Wählergruppen nach Maßgabe des § 41 Abs. 1 zugeteilt.

(2) Die einer Partei oder Wählergruppe nach Absatz 1 im Wahlgebiet zugefallenen Sitze werden ihren Wahlvorschlägen nach dem Verhältnis der in den einzelnen Wahlbereichen für die Bewerber ihrer Wahlvorschläge abgegebenen Stimmen, vervielfacht mit der Zahl der im Wahlgebiet auf sie entfallenen Sitze, geteilt durch die Gesamtzahl der im Wahlgebiet für die Bewerber dieses Wahlvorschlags abgegebenen Stimmen zugeteilt. § 41 Abs. 1 Satz 2 bis 4 gilt entsprechend.

(3) Für die weitere Verteilung der einem Wahlvorschlag nach Absatz 2 zugefallenen Sitze gilt § 41 Abs. 4 entsprechend.

(4) Ist ein Bewerber auf mehreren Wahlbereichswahlvorschlägen gewählt worden, so wird ihm der Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er die meisten Stimmen erhalten hat. Bei gleicher Stimmenzahl wird ihm der Sitz in dem Wahlbereich zugeteilt, in dem er an früherer Stelle im Wahlvorschlag benannt ist. Bei Nennung in den Wahlvorschlägen an gleicher Stelle entscheidet das vom Vorsitzenden des Wahlausschusses zu ziehende Los.

§ 45 – Ersatzleute

(1) Lehnt ein Gewählter die Wahl ab oder scheidet er durch Tod, Verzicht, Verlust der Wahlberechtigung oder Wählbarkeit, durch Ungültigkeitserklärung der Wahl oder aus anderen Gründen aus, ist eine Ersatzperson einzuberufen.

(2) Bei Verhältniswahl sind die nicht berufenen Bewerber des Wahlvorschlags Ersatzleute. Ihre Reihenfolge richtet sich nach der Anzahl der auf sie entfallenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Reihenfolge der Benennung im Wahlvorschlag.

(3) Ist das Wahlgebiet in Wahlbereiche unterteilt, gilt Absatz 2 entsprechend. Ist danach der Wahlbereichswahlvorschlag erschöpft, dann rückt der als nächster berufene Bewerber eines anderen Wahlbereichswahlvorschlags der Partei oder Wählergruppe nach, die bei der Einreichung der Wahlvorschläge als Ersatzliste für diesen Wahlbereich bestimmt wurde. Ansonsten bleibt der Sitz unbesetzt.

(4) Bei Mehrheitswahl (§ 22) ist der nächste noch nicht berufene Bewerber mit der höchsten Stimmenzahl einzuberufen. Im Falle von Stimmengleichheit entscheidet das vom Wahlleiter zu ziehende Los. Die Feststellung der Ersatzperson obliegt dem Wahlleiter.

(5) Der Wahlleiter hat die Ersatzperson gemäß § 44 zu benachrichtigen.

Stimmzettel^{1) 2)} für die Wahl zum Gemeinderat der Gemeinde³⁾ _____

am _____ 19 _____

Sie haben 11⁴⁾ Stimmen!

Sie können die Stimmen wie folgt abgeben:

- Sie können alle 11 Stimmen an Bewerber eines oder mehrerer Wahlvorschläge vergeben, dabei können Sie einem Bewerber – auch einem mehrfach benannten Bewerber – nur bis zu 3 Stimmen geben ☐ ☐ ☐ oder ☐ ☐ ☐ oder ☐ ☐ ☐ ,
oder
- Sie können, wenn Sie nicht alle 11 Stimmen vergeben wollen, in der Kopfleiste einen Wahlvorschlag ankreuzen (X) mit der Folge, daß die restlichen Stimmen den Bewerbern des angekreuzten Wahlvorschlags zugute kommen,
oder
- Sie können auch nur den Wahlvorschlag, den Sie wählen wollen, in der Kopfleiste ankreuzen (X) mit der Folge, daß jedem der aufgeführten Bewerber eine Stimme zugeteilt wird.

Wahlvorschlag 1 Partei A	<input type="radio"/>
1. Mörsberger, Jean	<input type="checkbox"/>
2. Sperber, Babette	<input type="checkbox"/>
3. Kohler, Traudl	<input type="checkbox"/>
4. Sand, Karl	<input type="checkbox"/>
5. Roth, Hans	<input type="checkbox"/>
6. Möbus, Wilhelm	<input type="checkbox"/>
7. Kaspar, Ludwig	<input type="checkbox"/>
8. Haack, Dieter	<input type="checkbox"/>
9. Gabler, Hertha	<input type="checkbox"/>
10. Dr. Renner, Dieter	<input type="checkbox"/>
11. Küffner, Gerhard	<input type="checkbox"/>

Wahlvorschlag 2 Partei B	<input type="radio"/>
1. Preuß, Sebastian	<input type="checkbox"/>
2. Scharfe, Gustl	<input type="checkbox"/>
3. Bubner, Karl	<input type="checkbox"/>
4. Kübel, Gerhard	<input type="checkbox"/>
5. Schletz, Renate	<input type="checkbox"/>
6. Stelzner, Hilde	<input type="checkbox"/>
7. Mösch, Hermann	<input type="checkbox"/>
8. Dr. Hickl, Ernst	<input type="checkbox"/>
9. Drexler, Gabriele	<input type="checkbox"/>
10. Kehlen, Emma	<input type="checkbox"/>
11. Holzmann, Manfred	<input type="checkbox"/>

Wahlvorschlag 3 Partei C	<input type="radio"/>
1. Ruppert, Inge	<input type="checkbox"/>
2. Maisel, Irmgard	<input type="checkbox"/>
3. Haumann, Adelheid	<input type="checkbox"/>
4. Wellhöfer, Elfriede	<input type="checkbox"/>
5. Chaborski, Harlindis	<input type="checkbox"/>
6. Meisner, Hans	<input type="checkbox"/>
7. Bober, Norbert	<input type="checkbox"/>
8. Grüner, August	<input type="checkbox"/>
9. Schmidt, Robert	<input type="checkbox"/>
10. Conrad, Rainer	<input type="checkbox"/>
11. Landgraf, Brigitte	<input type="checkbox"/>

Wahlvorschlag 4 Wählergruppe D	<input type="radio"/>
1. Bayer, Horst	<input type="checkbox"/>
Bayer, Horst	<input type="checkbox"/>
Bayer, Horst	<input type="checkbox"/>
2. Zuleeg, Manfred	<input type="checkbox"/>
Zuleeg, Manfred	<input type="checkbox"/>
3. Schläger, Rudi	<input type="checkbox"/>
4. Liermann, Otto	<input type="checkbox"/>
5. Hartmann, Dieter	<input type="checkbox"/>
6. Wagner, Manfred	<input type="checkbox"/>
7. Kühnlein, Theo	<input type="checkbox"/>
8. Lokies, Ingrid	<input type="checkbox"/>

Stimmzettel nach innen falten!

- 1) Bei Wahlen zum Verbandsgemeinderat und zum Kreistag sind zusätzlich zum Namen und Vornamen der Bewerber auch deren Wohnort anzugeben.
- 2) Bei Wahlen zum Orts-/Gemeinderat können zur besseren Unterscheidung der Bewerber, Gemeindeteil, Straße und Hausnummer angegeben werden. Innerhalb der gleichen Hausnummer kann auch die Angabe „junior-jr.“ oder „senior-sen.“ erfolgen.
- 3) Bei Wahlen zum Verbandsgemeinderat und zum Kreistag die entsprechenden Angaben einsetzen.
- 4) Die nach §29 Abs.2 GemO/§22 Abs.2 LKO maßgebende Zahl der zu wählenden Ratsmitglieder/Kreistagsmitglieder einsetzen.

Beispiel 1:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat nur den Wahlvorschlag 1 gekennzeichnet, aber keinen Bewerbern Stimmen gegeben. Er hat damit den Wahlvorschlag 1 unverändert angenommen. Jedem der 11 Bewerber wird eine Stimme zugeteilt.

§ 32 Abs.1 Nr. 6 Sätze 1 und 2 KWG

Beispiel 2:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
				8. Dr. Hickl, Ernst			
				9. Drexler, Gabriele			
				10. Kehlen, Emma			
				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat nur den Wahlvorschlag 1 gekennzeichnet, aber keinen Bewerbern Stimmen gegeben. Er hat damit den Wahlvorschlag 1, der weniger Bewerber enthält als Ratsmitglieder zu wählen sind, unverändert angenommen. Jedem der 7 Bewerber wird eine Stimme zugeteilt. Auf die weiteren ihm zustehenden 4 Stimmen hat der Wähler verzichtet.

§ 32 Abs.1 Nr. 6 Sätze 1 und 2 KWG

Beispiel 3:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
Mörsberger, Jean				2. Scharfe, Gustl			
Mörsberger, Jean				3. Bubner, Karl			
2. Sperber, Babette				4. Kübel, Gerhard			
Sperber, Babette				5. Schletz, Renate			
3. Kohler, Traudl				6. Stelzner, Hilde			
Kohler, Traudl				7. Mösch, Hermann			
4. Sand, Karl				8. Dr. Hickl, Ernst			
5. Roth, Hans				9. Drexler, Gabriele			
6. Möbus, Wilhelm				10. Kehlen, Emma			
7. Kaspar, Ludwig				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat den Wahlvorschlag 1 gekennzeichnet, aber keinen Bewerbern Stimmen gegeben. Er hat damit den Wahlvorschlag 1 unverändert angenommen. Bei der Verteilung der Stimmen an die Bewerber erhält der dreifach aufgeführte Bewerber Mörsberger 3 Stimmen, die doppelt aufgeführten Bewerberinnen Sperber und Kohler je 2 Stimmen, die übrigen Bewerber des Wahlvorschlags 1 je eine Stimme.

§ 32 Abs.1 Nr. 6 Sätze 1 bis 3 KWG

Beispiel 4:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat den Wahlvorschlag 1 gekennzeichnet und die Bewerber Nr. 2, 4, 9 und 11 gestrichen. Die nicht gestrichenen 7 Bewerber erhalten je 1 Stimme. Den gestrichenen Bewerbern wird keine Stimme zugeteilt. Der Wähler hat auf die restlichen 4 Stimmen verzichtet.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 i.V.m. Abs.1 Nr. 4 Satz 3 KWG

Beispiel 5:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean	X	X	X	1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette	X	X	X	2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl	X			4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig	X			7. Mösch, Hermann	X	X	
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma	X		
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe, Kumulieren und Panaschieren 11 Stimmen vergeben und damit seine Stimmenzahl ausgeschöpft. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags bleibt unberücksichtigt.

§ 37 Abs. 3 Satz 2 KWG

Beispiel 6:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean	3			1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette	3			2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl	X			4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig	X			7. Mösch, Hermann	2		
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma	X		
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Sie entspricht Beispiel 5. Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe, Kumulieren und Panaschieren 11 Stimmen vergeben, aber den Wahlvorschlag nicht gekennzeichnet. Er hat das Kumulieren durch Zahlen eindeutig kenntlich gemacht.

§ 37 Abs. 3 Satz 2 KWG

Beispiel 7:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl	X	X	X
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard	X	X	X
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann	X		
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele	X		
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma	X	X	X
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe und Kumulieren alle 11 ihm zustehenden Stimmen an Bewerber des Wahlvorschlags 2 vergeben. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 bleibt unberücksichtigt.

§ 37 Abs. 3 Satz 2 KWG

Beispiel 8:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X	X	X	3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans	X	X		5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha	X	X		9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe und Kumulieren 7 Stimmen abgegeben. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 gilt als Vergabe der nicht ausgeschöpften 4 Stimmen. Den Bewerbern wird in der Reihenfolge des Wahlvorschlags, mit Ausnahme des vom Wähler bereits mit 3 Stimmen gekennzeichneten Bewerbers, je eine Stimme zugeteilt, also den Bewerbern Mörsberger, Sperber, Sand und Roth.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 KWG

Beispiel 9:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X	X	X	3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans	X	X		5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha	X	X		9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe und Kumulieren 7 Stimmen abgegeben. Da er keinen Wahlvorschlag gekennzeichnet hat, verzichtet er auf seine restlichen 4 Stimmen.

§ 37 Abs. 6 KWG

Beispiel 10:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean	X			1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl	X			4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter							
9. Gabler, Hertha	X	X					
10. Dr. Renner, Dieter							
11. Küffner, Gerhard							

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat im Wahlvorschlag 1 durch Einzelstimmvergabe und Kumulieren Bewerbern 4 Stimmen gegeben und außerdem den Wahlvorschlag 2 angekreuzt. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 2 gilt als Vergabe der nicht ausgeschöpften 7 Stimmen. Sie werden den Bewerbern des Wahlvorschlags 2 zugeteilt. Jeder Bewerber erhält 1 Stimme.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 KWG

Beispiel 11:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				Preuß, Sebastian			
3. Kohler, Traudl				Preuß, Sebastian			
4. Sand, Karl	X	X		2. Scharfe, Gustl			
5. Roth, Hans	X			Scharfe, Gustl			
6. Möbus, Wilhelm	X			3. Bubner, Karl			
7. Kaspar, Ludwig	X			Bubner, Karl			
8. Haack, Dieter				4. Kübel, Gerhard			
9. Gabler, Hertha				Kübel, Gerhard			
10. Dr. Renner, Dieter				5. Schletz, Renate			
11. Küffner, Gerhard				6. Stelzner, Hilde			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat im Wahlvorschlag 1 durch Einzelstimmvergabe und Kumulieren 5 Stimmen an Bewerber vergeben und den Wahlvorschlag 2 gekennzeichnet. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 2 gilt als Vergabe der nicht ausgeschöpften 6 Stimmen. Sie werden den Bewerbern in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten zugeteilt. Hierbei werden Mehrfachbenennungen berücksichtigt, das heißt der Bewerber Preuß erhält 3, der Bewerber Scharfe 2 Stimmen, der Bewerber Bubner 1 Stimme.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 bis 3 KWG

Beispiel 12:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl	X	X	X	4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat einem Bewerber des Wahlvorschlags 1 drei Stimmen gegeben und den Wahlvorschlag 2 gekennzeichnet und in diesem 2 Bewerber gestrichen. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 2 gilt als Vergabe der nicht ausgeschöpften 8 Stimmen. Sie werden den Bewerbern des Wahlvorschlags 2 in der Reihenfolge von oben nach unten mit Ausnahme der gestrichenen Bewerber zugeteilt, d.h. von den nicht gestrichenen Bewerbern des Wahlvorschlags 2 erhalten alle außer Holzmann 1 Stimme.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 i.V.m. Abs.1 Nr. 4 Satz 3 KWG

Beispiel 13:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean	X	X	X	1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X			3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate	X	X	
6. Möbus, Wilhelm	X	X		6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe, Kumulieren und Panaschieren nur 8 Stimmen vergeben. Er hat außerdem die Bewerber 4 und 5 des Wahlvorschlags 1 gestrichen. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 gilt als Vergabe der nicht ausgeschöpften 3 Stimmen. Sie werden den Bewerbern, mit Ausnahme der gestrichenen Bewerber und des Bewerbers 1, der bereits mit der zulässigen Höchstzahl gekennzeichnet wurde, in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von oben nach unten zugeteilt, also je 1 Stimme an die Bewerberinnen Sperber und Kohler sowie an den Bewerber Möbus.

§ 37 Abs. 5 Sätze 1 und 2 i.V.m. Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 KWG

Beispiel 15:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X	X	X	3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm	X			6. Stelzner, Hilde	X	X	X
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann	X		
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe, Kumulieren und Panaschieren 8 Stimmen vergeben und seine Stimmenzahl nicht ausgenutzt. Da er zwei Wahlvorschläge gekennzeichnet hat, ist nicht erkennbar, welchem Wahlvorschlag die restlichen 3 Stimmen zufallen sollen. Der Wähler hat auf 3 Stimmen verzichtet.

§ 37 Abs. 6 KWG

Beispiel 14:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean	X	X	X	1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X			3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate	X	X	
6. Möbus, Wilhelm	X	X		6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe, Kumulieren und Panaschieren nur 8 Stimmen vergeben. Da er keinen Wahlvorschlag in der Kopfleiste gekennzeichnet hat, verzichtet er auf 3 Stimmen.

§ 37 Abs. 6 KWG

Beispiel 16:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
							
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X			3. Bubner, Karl	2		
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans	5			5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann	X		
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter	X			10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred	X		

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe, Kumulieren und Panaschieren nur 9 Stimmen vergeben, da von den dem Bewerber Roth gegebenen 5 Stimmen nur 3 als abgegeben gelten. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags gilt als Vergabe der nicht abgegebenen 2 Stimmen. Sie werden den Bewerbern des Wahlvorschlags 1 in der Reihenfolge von oben nach unten mit Ausnahme der gestrichenen Bewerber zugeteilt, also den Bewerbern Kohler und Sand.

§ 37 Abs. 2 und Abs. 5 i.V.m. Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 KWG

Beispiel 17:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
Mörsberger, Jean	3	3	3	2. Scharfe, Gustl			
Mörsberger, Jean				3. Bubner, Karl			
2. Sperber, Babette	X			4. Kübel, Gerhard			
Sperber, Babette				5. Schletz, Renate			
3. Kohler, Traudl	X	X		6. Stelzner, Hilde			
Kohler, Traudl				7. Mösch, Hermann			
4. Sand, Karl				8. Dr. Hickl, Ernst			
5. Roth, Hans				9. Drexler, Gabriele			
6. Möbus, Wilhelm				10. Kehlen, Emma			
7. Kaspar, Ludwig	X			11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe und Kumulieren nur 7 Stimmen vergeben, da von den 9 auf den Bewerber Mörsberger kumulierten Stimmen nur 3 als abgegeben gelten. Von den nicht ausgeschöpften 4 Stimmen werden der Bewerberin Sperber 2, der Bewerberin Kohler und dem Bewerber Sand je 1 Stimme zugeteilt. (Die Bewerberin Kohler erhält trotz der Mehrfachbenennung nur 1 weitere Stimme zugeteilt, da sie damit bereits die zulässige Höchstzahl von 3 Stimmen erreicht).

§ 37 Abs. 2 i.V.m. Abs. 5 Sätze 1 bis 3 KWG

Beispiel 19:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl	X	X	X	3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard	X	X	X
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann	X	X	
8. Haack, Dieter	X	X	X	8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele	X		
10. Dr. Renner, Dieter	X			10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist ungültig.

Der Wähler hat in mehreren Wahlvorschlägen durch Einzelstimmvergabe, Kumulieren und Panaschieren die ihm zustehende Stimmenzahl um 2 Stimmen überschritten. Da er nicht in einem Wahlvorschlag geblieben ist, ist der Wählerwille nicht zweifelsfrei erkennbar. Die Kennzeichnung des Wahlvorschlags 1 ist für die Bewertung ohne Bedeutung.

§ 37 Abs. 4 Satz 1 KWG

Beispiel 18:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean	X	X	X	1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette	X			2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl	X	X		4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans	X	X	X	5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm	X	X	X	6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig	X			7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter	X	X		8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter	X	X	X	10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard	X			11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist gültig.

Der Wähler hat durch Einzelstimmvergabe und Kumulieren 19 Stimmen vergeben und damit die ihm zustehende Stimmenzahl um 8 überschritten. Da er die Stimmenzahl nur in einem Wahlvorschlag überschritten hat, sind in der Reihenfolge des Wahlvorschlags von unten nach oben so viele Stimmen unberücksichtigt zu lassen, bis die dem Wähler zustehende Stimmenzahl nicht mehr überschritten ist, und zwar zunächst die Stimmen der Bewerber mit nur einer Stimme (Küffner, Kaspar, Sperber), dann eine der beiden Stimmen der Bewerber, auf die der Wähler 2 Stimmen kumuliert hat (Haack, Sand), dann die andere Stimme dieser Bewerber (Haack, Sand) und schließlich nach den vorher genannten Grundsätzen die Stimmen der Bewerber, auf die 3 Stimmen kumuliert wurden (Dr. Renner). Damit entfallen auf die Bewerber Mörsberger 3, Roth 3, Möbus 3 und Dr. Renner 2 Stimmen.

§ 37 Abs. 4 Satz 2 KWG

Beispiel 20:

Wahlvorschlag 1 A-Partei				Wahlvorschlag 2 B-Partei			
1. Mörsberger, Jean				1. Preuß, Sebastian			
2. Sperber, Babette				2. Scharfe, Gustl			
3. Kohler, Traudl				3. Bubner, Karl			
4. Sand, Karl				4. Kübel, Gerhard			
5. Roth, Hans				5. Schletz, Renate			
6. Möbus, Wilhelm				6. Stelzner, Hilde			
7. Kaspar, Ludwig				7. Mösch, Hermann			
8. Haack, Dieter				8. Dr. Hickl, Ernst			
9. Gabler, Hertha				9. Drexler, Gabriele			
10. Dr. Renner, Dieter				10. Kehlen, Emma			
11. Küffner, Gerhard				11. Holzmann, Manfred			

Die Stimmabgabe ist ungültig.

Der Wähler hat zwei Wahlvorschläge gekennzeichnet und keine Einzelstimmen vergeben. Die Kennzeichnung mehrerer Wahlvorschläge bleibt unberücksichtigt, gleichgültig ob der Wähler Bewerbern Stimmen gibt oder nicht. Der Stimmzettel enthält somit keine Kennzeichnung.

§ 37 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. Abs. 3 Satz 1 KWG

Berechnungsbeispiel zur Sitzverteilung

Gemeinde	X
Einwohner	975
Wahlberechtigte	730
Wähler	610 (83,6%)
Ratsmitglieder	11

- Die Ermittlung des Wahlergebnisses erfolgt in vier Schritten
1. Ermittlung der auf die beteiligten Wahlvorschläge entfallenen Stimmen (= Summe der auf die einzelnen Bewerber des jeweiligen Wahlvorschlags entfallenen Stimmen).
 2. Ermittlung der Wahlzahl
 3. Berechnung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze.
 4. Verteilung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Sitze an die Bewerber.

1. Ermittlung der auf die Bewerber und die Wahlvorschläge entfallenen Stimmen

Partei A		Partei B		Partei C		Wählergruppe D	
1. Mörsberger	443	1. Preuß	198	1. Ruppert	19	1. Bayer	366
2. Sperber	238	2. Scharfe	256	2. Maisel	12	2. Zuleeg	247
3. Kohler	185	3. Bubner	126	3. Haumann	17	3. Schläger	96
4. Sand	173	4. Kübel	290	4. Wellhöfer	12	4. Liermann	101
5. Roth	293	5. Schletz	210	5. Chaborski	5	5. Hartmann	121
6. Möbus	356	6. Stelzner	175	6. Meisner	36	6. Wagner	101
7. Kaspar	261	7. Mösch	245	7. Bober	20	7. Kühnlein	89
8. Haack	510	8. Dr. Hickl	83	8. Grüner	15	8. Lokies	92
9. Gabler	196	9. Drexler	57	9. Schmidt	5		
10. Dr. Renner	315	10. Kehlen	42	10. Conrad	16		
11. Küffner	84	11. Holzmann	117	11. Landgraf	23		
A insgesamt	3054	B insgesamt	1799	C insgesamt	180	D insgesamt	1213

2. Ermittlung der Wahlzahl

Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien und Wählergruppen	
Partei A	3054
Partei B	1799
Partei C	180
Wählergruppe D	1213
insgesamt	6246
Wahlzahl = $\frac{\text{Stimmen aller Parteien und Wählergruppen}}{33}$	
	$= \frac{6246}{33}$
	$= 189,27$
Die Wahlzahl 189 wird von den Stimmenzahlen der Parteien A und B sowie der Wählergruppe D erreicht. Die Stimmenzahl der Partei C erreicht die Wahlzahl nicht. An der Sitzverteilung nehmen daher nur die Parteien A und B sowie die Wählergruppe D teil.	

3. Berechnung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenden Sitze

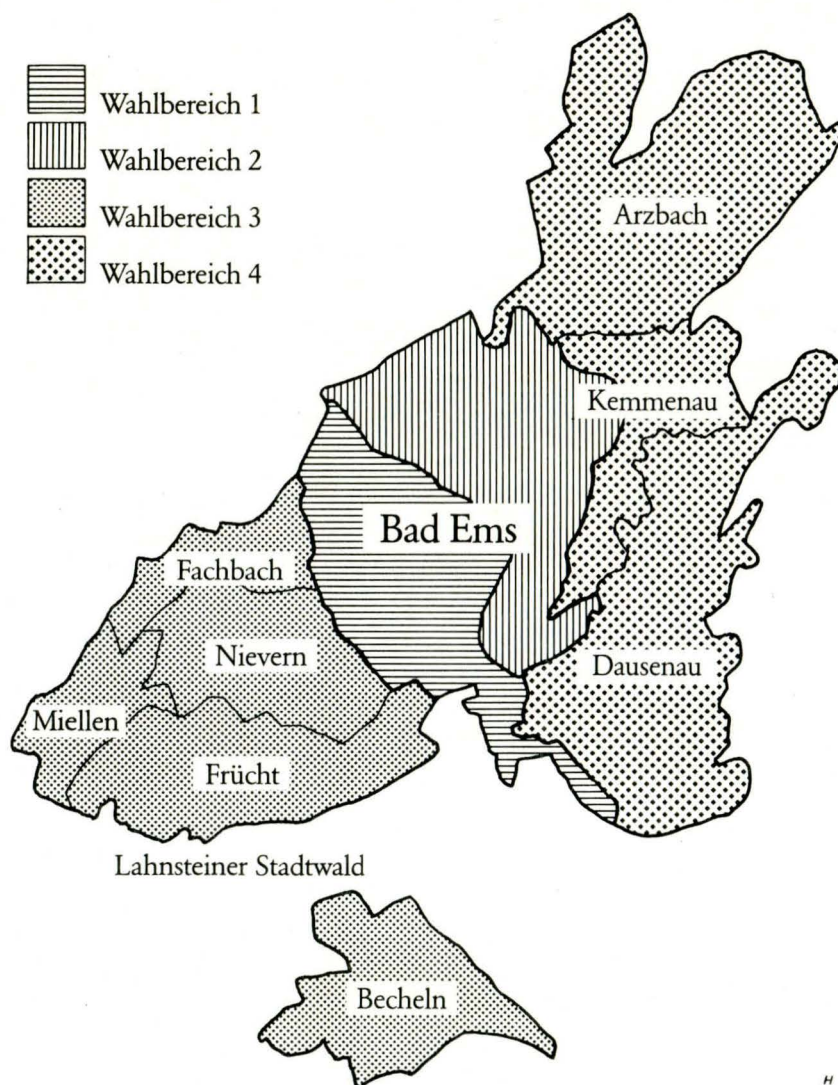
Die Verteilung der Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge erfolgt nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (Hare-Niemeyer):	
Sitze der Partei A = $\frac{\text{insgesamt zu vergebende Sitze} \times \text{Stimmen der Partei A}}{\text{Stimmen der an der Sitzverteilung teilnehmenden Wahlvorschläge}}$	
Sitze der Partei A =	$\frac{11 \times 3054}{6066} = 5,53;$
Sitze der Partei B =	$\frac{11 \times 1799}{6066} = 3,26;$
Sitze der Wählergruppe D =	$\frac{11 \times 1213}{6066} = 2,19.$
Nach ganzen Zahlen wurden nur 10 Sitze vergeben. Der restliche Sitz entfällt auf den höchsten Bruchteil, das heißt auf die Partei A.	
Von den insgesamt zu vergebenden 11 Sitzen entfallen somit auf	
Partei A	6 Sitze
Partei B	3 Sitze
Partei C	0 Sitz
Wählergruppe D	2 Sitze

4. Verteilung der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Sitze an die Bewerber

Partei A	Partei B	Wählergruppe D
Haack Mörsberger Möbus Dr. Renner Roth Kaspar	Kübel Scharfe Mösch	Bayer Zuleeg

Beispiel für eine Einteilung des Wahlgebiets „Verbandsgemeinde Bad Ems“ in Wahlbereiche

Die Verbandsgemeinde Bad Ems mit einer Einwohnerzahl von 17 864 soll in vier Wahlbereiche eingeteilt werden. Die durchschnittliche Bevölkerungszahl der Wahlbereiche beträgt 4 466.



Wahlbereich	Ortsteil / Ortsgemeinde	Bevölkerungszahl	Abweichung von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl
Wahlbereich 1	Bad Ems 1	4 763	+ 6,7 %
Wahlbereich 2	Bad Ems 2	5 049	+ 13,1 %
Wahlbereich 3	Becheln Fachbach Frücht Miellen Nievern	4 127	– 7,6 %
Wahlbereich 4	Arzbach Dausenau Kemmenau	3 925	– 12,1 %

Zeitreihenanalyse und Prognose mit der Box-Jenkins-Methode

Der vorliegende Beitrag steht im Zusammenhang mit einer Analyse der Entwicklung der Milchmengenanlieferung seit Einführung der Garantiemengenregelung, die ebenfalls in diesen Monatsheften erscheinen. Dort kommt ein statistisches Verfahren der Zeitreihenanalyse, die Box-Jenkins-Methode, zur Anwendung, das hier beschrieben werden soll, nicht zuletzt, um die vorgestellten Ergebnisse transparent zu machen und bewerten zu können.

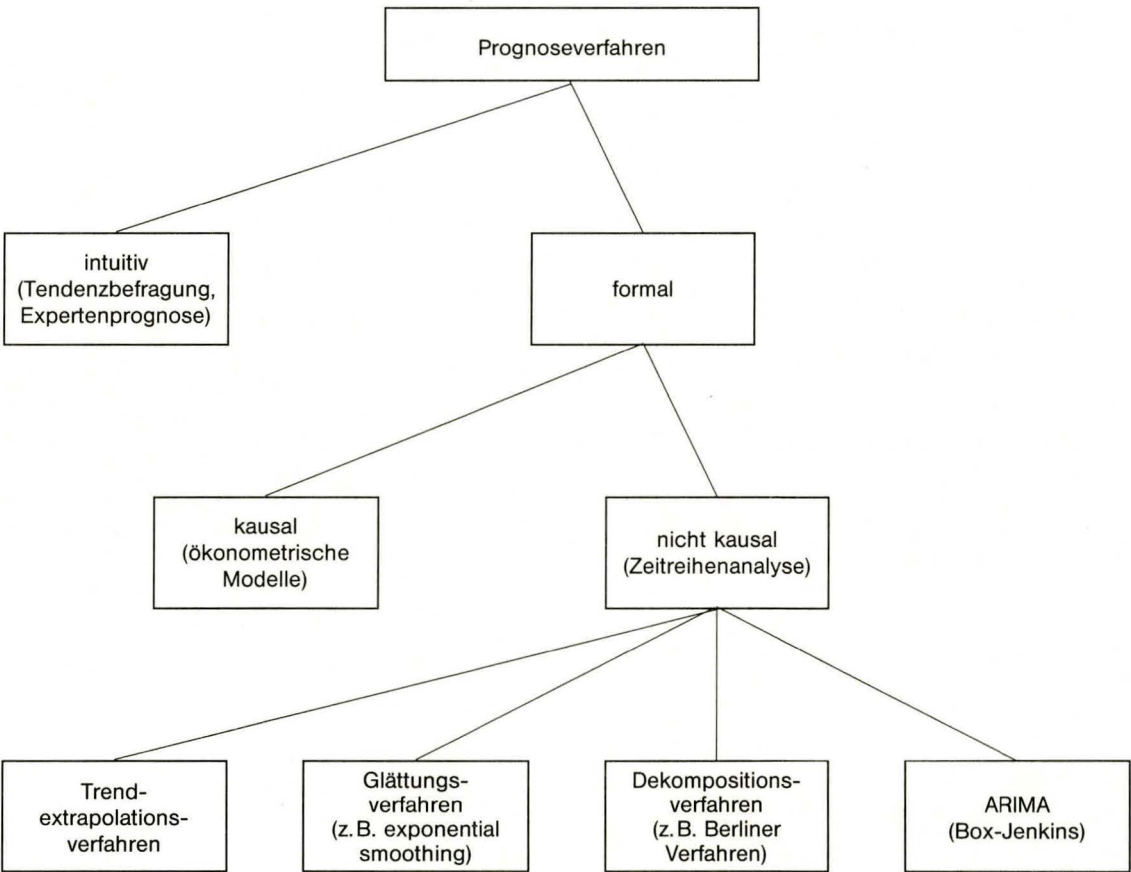
Einordnung des Box-Jenkins-Verfahrens

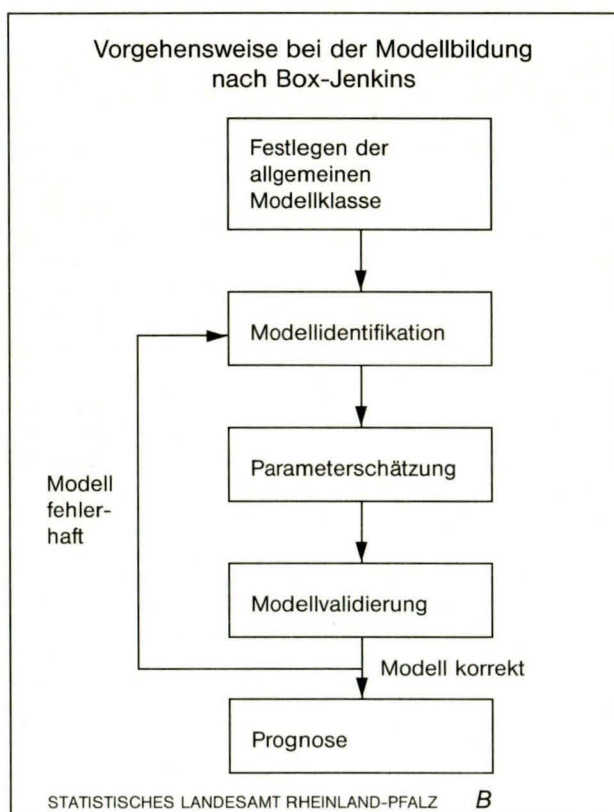
Alle analytischen Verfahren zur Analyse und Prognose von Zeitreihen haben gemeinsam, daß quantifizierbare Information aus der Vergangenheit vorliegt, in einer Modellstruktur erfaßt werden kann und diese Struktur auch in der Zukunft Gültigkeit hat.

Eine wesentliche Unterteilung knüpft sich an die Frage, wie die Ausprägung der zu analysierenden Variablen erklärt werden. Ökonometrische Ansätze versuchen dies durch Auffinden weiterer Variablen, die in einer Ursache-Wirkung-Beziehung zu der betrachteten

Größe stehen. Vermutete Kausalzusammenhänge werden in Form eines Regressionsmodells zum Ausdruck gebracht. Prognosen mit solchen Modellen stehen häufig vor dem Problem, die Entwicklung der Erklärungsgrößen selbst vorhersagen zu müssen. Demgegenüber erklären Zeitreihenverfahren im engeren Sinn den zeitlichen Verlauf eines Merkmals aus sich selbst heraus und schreiben diesen in die Zukunft fort. Trendextrapolationsverfahren nähern die beobachtete Zeitreihe durch Funktionen der verschiedensten Form an, mit der Zeit als Funktionsargument. Dekompositionsverfahren spalten die Zeitreihe auf in eine Trend-, eine Saison- und eine irreguläre Komponente. Glättungsverfahren, wie das exponentielle Glätten, gehen im Prinzip auf die Verwendung gleitender Durchschnitte zurück. Bei der von Box und Jenkins Anfang der siebziger Jahre vorgestellten Methode handelt es sich um eine sehr allgemeine Formulierung autoregressiver Ansätze. Das Verfahren hat sich als ein äußerst flexibles Instrument zur Abbildung von Zeitreihen erwiesen, denen die unterschiedlichsten Datenmuster zugrundeliegen. Die Methodik überzeugt auch durch die theoretisch geschlossene Darstellung, für die im folgenden ein kurzer Abriß gegeben wird.

Klassifizierung von Prognoseverfahren





Parametrische Modelle für stationäre Zeitreihen

Ausgangspunkt ist die Annahme, die beobachtete Zeitreihe y_t , $t = 1, \dots, T$ sei die Realisation eines stochastischen Prozesses, also eine Folge von Zufallszahlen. Dabei sind die einzelnen y_t allerdings nicht rein zufällig, sondern weisen Beziehungen auf, die sich durch statistische Meßzahlen wie Autokorrelationsfunktion, partielle Autokorrelationsfunktion oder spektrale Dichtefunktion (genauere Definition folgt unten) erfassen lassen. Diese Struktur der Zeitreihe gilt es modellmäßig abzubilden, wobei zunächst angenommen wird, die Zeitreihe sei stationär, das heißt, der sie erzeugende Zufallsprozeß sei zeitlich konstant.

Das Modell setzt sich aus zwei Komponenten zusammen:

1. einem autoregressiven Prozeß

$$y_t = \vartheta_1 y_{t-1} + \dots + \vartheta_p y_{t-p} + a_t; \quad a_t \sim N(0, \sigma_a^2),$$

demzufolge der momentane Wert der Zeitreihe eine gewichtete Summe vergangener Werte ist, zuzüglich einem normalverteilten additiven Störterm und

2. einem moving-average Prozeß

$$y_t = a_t - \Theta_1 a_{t-1} - \dots - \Theta_q a_{t-q}.$$

Hier ist y_t eine Funktion der momentanen und zurückliegenden Störgrößen.

Obwohl sich autoregressive Prozesse auch als moving-average Prozesse darstellen lassen und umgekehrt, kombiniert man dennoch beide, um zu Modellen mit einer möglichst geringen Zahl von Parametern zu gelangen. Diese bei der Modellbildung wichtige Maxime wird als Parsimonisches Prinzip bezeichnet.

$$y_t = \vartheta_1 y_{t-1} + \dots + \vartheta_p y_{t-p} + a_t - \Theta_1 a_{t-1} - \dots - \Theta_q a_{t-q}$$

ist somit ein autoregressiver moving-average Prozeß (ARMA(p, q)) mit p autoregressiven und q moving-average Parametern.

Zur Vereinfachung der Schreibweise verwendet man den sogenannten Lag- oder Backshift-Operator B mit der Bedeutung

$$B y_t = y_{t-1}; \quad B^j y_t = y_{t-j}.$$

Das ARMA(p, q)-Modell läßt sich dann schreiben als

$$(1 - \vartheta_1 B - \dots - \vartheta_p B^p) y_t = (1 - \Theta_1 B - \dots - \Theta_q B^q) a_t$$

oder kurz

$$\vartheta(B) y_t = \Theta(B) a_t.$$

Identifikation als erste Phase der Modellbildung

Um zu einem konkreten Modell zu gelangen, muß zunächst festgelegt werden, wieviele AR und / oder MA-Terme aufzunehmen sind. Der Schlüssel hierfür liegt in der Autokorrelationsfunktion und der partiellen Autokorrelationsfunktion der Zeitreihe. Die Autokorrelationsfunktion (AKF) drückt die Beziehung zwischen den Zufallsvariablen eines stochastischen Prozesses aus, zwischen denen ein bestimmter zeitlicher Abstand (Lag), etwa k Perioden, liegt:

$$\rho_k = E[(y_t - \mu)(y_{t-k} - \mu)] / \sigma_y^2; \quad k = 0, 1, 2, \dots,$$

wobei μ den Mittelwert, σ_y^2 die Varianz des Prozesses und E den Erwartungswertoperator bezeichnen. Eine mathematisch äquivalente Darstellung der AKF im Frequenzbereich ist die spektrale Dichtefunktion.

Die partielle Autokorrelationsfunktion (PAKF) ϑ_{kk} , $k = 1, 2, \dots$ gibt die Korrelation zwischen y_t und y_{t-k} an, wenn der Einfluß von $y_{t-1}, \dots, y_{t-k+1}$ eliminiert ist. Da es sich annahmegemäß um einen stationären Prozeß handelt, hängen sowohl die AKF als auch die PAKF nur von k , nicht aber von t ab. Entscheidend ist nun, daß die AKF und die PAKF von autoregressiven Prozessen, moving-average Prozessen und gemischten Prozessen für sie charakteristische Formen aufweisen. Typisch für AR-Prozesse der Ordnung p ist ein langsames Abklingen der Werte der AKF, während die PAKF abrupt bei einer Verzögerung um mehr als p Perioden endet. Diametral gegensätzlich ist das Verhalten eines MA(q)-Prozesses. Nur die ersten q Glieder der AKF nehmen von Null verschiedene Werte an, die PAKF weist einen langsam abnehmenden Verlauf auf. Bei ARMA-Prozessen brechen weder die AKF noch die PAKF abrupt ab. Der genaue Verlauf hängt jeweils von den Werten der Parameter ϑ und Θ ab. Schaubild 1 veranschaulicht dies anhand einiger Beispiele.

Schwierigkeiten bei der praktischen Anwendung dieser Regeln entstehen zum Teil deswegen, weil die aus konkreten Daten geschätzten Verläufe nur annähernd mit den Mustern der theoretischen AKF und PAKF übereinstimmen. Hier entsteht für den Anwender ein gewisser Interpretationsspielraum.

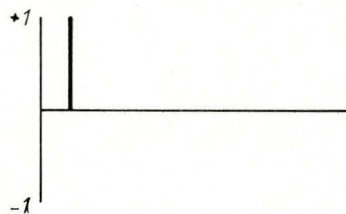
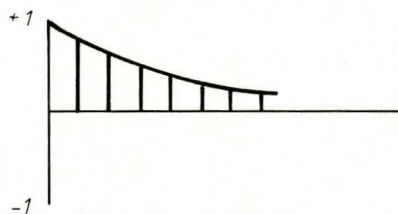
Theoretische Autokorrelationsfunktion und partielle Autokorrelationsfunktion einfacher ARMA-Modelle

Autokorrelationsfunktion

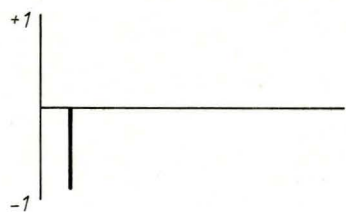
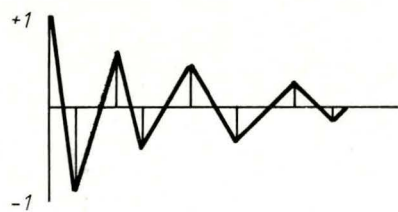
partielle
Autokorrelationsfunktion

ARMA(1,0)

$\vartheta > 0$

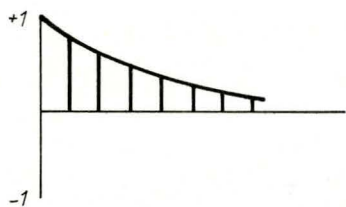
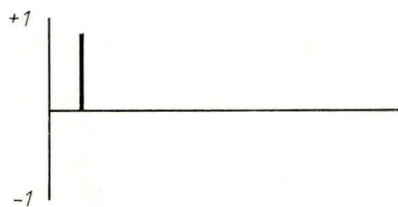


$\vartheta < 0$

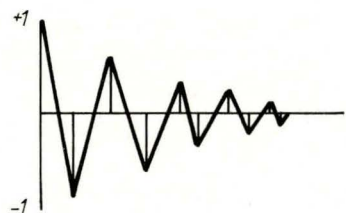
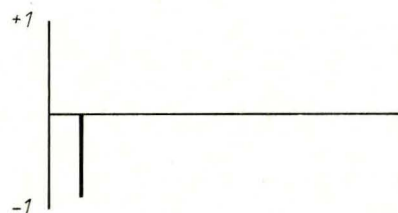


ARMA(0,1)

$\Theta > 0$

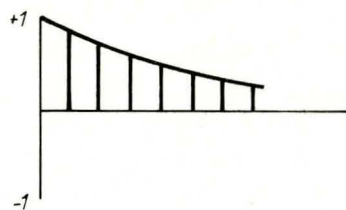
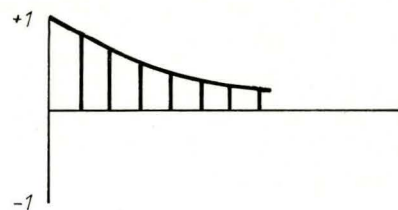


$\Theta < 0$



ARMA(1,1)

$\vartheta > 0, \Theta > 0$



Iterative Schätzung der Modellparameter

Nachdem anhand der geschätzten AKF und PAKF eine Modellvariante ausgewählt worden ist, sind die Parameter $\hat{\theta}$ und Θ zu schätzen. Im Prinzip geschieht dies durch Maximieren der Likelihoodfunktion

$$L(\hat{\theta}, \Theta, \sigma_a^2 | Y)$$

$$= (2\pi\sigma_a^2)^{-\frac{T}{2}} |M| \exp - \left(\sum_{t=-\infty}^T (a_t | Y, \hat{\theta}, \Theta)^2 / 2\sigma_a^2 \right),$$

mit $Y = \{y_1, \dots, y_T\}$ und $|M|$ = Determinante der Kovarianzmatrix von Y .

Praktisch gesehen beschränkt man sich jedoch darauf, die Quadratsumme der Residuen, als den dominierenden Faktor, zu minimieren, greift also auf eine Kleinste-Quadrate-Schätzung zurück. Dieser Ausdruck ist insbesondere bei moving-average Modellen eine nichtlineare Funktion der zu schätzenden Parameter. Das Auflösen nach diesen Parametern geschieht in dem verwendeten SPSS-Programm iterativ mit dem Marquardtalgorithmus.

Vor einer weiteren Verwendung wird das geschätzte Modell einer Überprüfung (diagnostic checking) unterzogen. Die Analyse setzt an den Residuen an, die sich als Differenz aus geschätzten und tatsächlichen Zeitreihenwerten ergeben. Ist der zeitliche Verlauf dieser empirischen Reste nicht rein zufällig, weist er also noch eine Struktur auf, wiederum gemessen als Autokorrelationsfunktion, so ist dies in der Regel als ein Hinweis auf eine Fehlspezifikation des Modells zu interpretieren. Darüber hinaus enthält die AKF der Residuen auch Informationen, in welcher Weise die Modellspezifikation ggf. abzuwandeln ist.

Das geschätzte Modell kann zur Prognose dienen

Zur Vorhersage der weiteren Entwicklung der Zeitreihe verwendet man die bedingten Erwartungswerte

$$\hat{y}_{t+l} = E[y_{t+l} | y_t, \dots, y_1]; \quad l = 1, 2, \dots$$

von denen bekannt ist, daß sie zum einen unverzerrt sind und zum anderen die kleinste mittlere quadratische Abweichung zu den sich tatsächlich ergebenden Werten aufweisen. (Das Symbol " ~ " deutet an, daß es sich um einen Schätzwert handelt.) Berücksichtigt man, daß gilt:

$$E[y_{t-j}] = y_{t-j} \text{ und } E[a_{t-j}] = y_{t-j} - \hat{y}_{t-j} \text{ für } j = 0, 1, 2, \dots$$

$$E[y_{t+j}] = \hat{y}_{t+j} \text{ und } E[a_{t+j}] = 0 \quad \text{für } j = 1, 2, \dots,$$

läßt sich der Prognosewert \hat{y}_{t+l} eines ARMA (p, q)-Modells rekursiv aus der Differenzengleichung

$$\hat{y}_{t+l} = \hat{\theta}_1 E[y_{t+l-1}] + \dots + \hat{\theta}_p E[y_{t+l-p}] + E[a_{t+l}] - \hat{\Theta}_1 E[a_{t+l-1}] - \dots - \hat{\Theta}_q E[a_{t+l-q}]$$

entwickeln.

Erweiterung des Modells: Trend und Saison

Die oben eingeführte Annahme eines stationären stochastischen Prozesses ist für ökonomische Zeitreihen selten erfüllt. Häufig weisen sie Trends, saisonale oder konjunkturelle Schwankungen auf. In diesen Fällen läßt

Geschätzte Korrelationsfunktionen

AKF für $(1-B^{12})y_t$

AUTOCORRELATION FUNCTION FOR VARIABLE MILCH
AUTOCORRELATIONS *
TWO STANDARD ERROR LIMITS .

LAG	AUTO. CORR.	STAND. ERR.	-1	-.75	-.5	-.25	0	.25	.5	.75	1
1	0.843	0.082					*	*****			
2	0.719	0.082					*	*****			
3	0.651	0.081					*	*****			
4	0.564	0.081					*	*****			
5	0.437	0.081					*	*****			
6	0.373	0.080					*	*****			
7	0.294	0.080					*	*****			
8	0.193	0.080					*	*****			
9	0.141	0.080					*	*****			
10	0.099	0.079					*	*****			
11	0.012	0.079					*	*****			
12	-0.112	0.079					*	*****			
13	-0.145	0.078					*	*****			
14	-0.175	0.078					*	*****			
15	-0.207	0.078					*	*****			
16	-0.215	0.077					*	*****			
17	-0.224	0.077					*	*****			
18	-0.242	0.077					*	*****			
19	-0.233	0.077					*	*****			
20	-0.219	0.082					*	*****			
21	-0.214	0.076					*	*****			
22	-0.205	0.076					*	*****			
23	-0.200	0.076					*	*****			
24	-0.193	0.075					*	*****			
25	-0.150	0.075					*	*****			

PAKF für $(1-B^{12})y_t$

PARTIAL AUTOCORRELATION FUNCTION FOR VARIABLE MILCH
PARTIAL AUTOCORRELATIONS *
TWO STANDARD ERROR LIMITS .

LAG	PR-AUT CORR.	STAND. ERR.	-1	-.75	-.5	-.25	0	.25	.5	.75	1
1	0.813	0.083					*	*****			
2	0.030	0.083					*	*****			
3	0.129	0.083					*	*****			
4	-0.073	0.083					*	*****			
5	-0.172	0.083					*	*****			
6	0.101	0.083					*	*****			
7	-0.107	0.083					*	*****			
8	-0.085	0.083					*	*****			
9	0.079	0.083					*	*****			
10	-0.044	0.083					*	*****			
11	-0.126	0.083					*	*****			
12	-0.245	0.083					*	*****			
13	0.127	0.083					*	*****			
14	0.000	0.083					*	*****			
15	0.043	0.083					*	*****			
16	0.033	0.083					*	*****			
17	-0.115	0.083					*	*****			
18	0.027	0.083					*	*****			
19	-0.003	0.083					*	*****			
20	-0.054	0.083					*	*****			
21	0.058	0.083					*	*****			
22	0.001	0.083					*	*****			
23	-0.062	0.083					*	*****			
24	-0.085	0.083					*	*****			
25	0.128	0.083					*	*****			

AKF für $y_t - \hat{y}_t$

RESIDUAL AUTOCORRELATION FUNCTION FOR VARIABLE MILCH
AUTOCORRELATIONS *
TWO STANDARD ERROR LIMITS .

LAG	AUTO. CORR.	STAND. ERR.	-1	-.75	-.5	-.25	0	.25	.5	.75	1
1	-0.046	0.082					*	*****			
2	-0.117	0.082					*	*****			
3	0.037	0.082					*	*****			
4	0.137	0.081					*	*****			
5	-0.165	0.081					*	*****			
6	0.079	0.081					*	*****			
7	0.022	0.080					*	*****			
8	-0.109	0.080					*	*****			
9	-0.011	0.080					*	*****			
10	0.122	0.080					*	*****			
11	0.179	0.079					*	*****			
12	0.089	0.079					*	*****			
13	-0.026	0.079					*	*****			
14	-0.077	0.078					*	*****			
15	-0.065	0.078					*	*****			
16	-0.001	0.078					*	*****			
17	-0.053	0.077					*	*****			
18	-0.084	0.077					*	*****			
19	-0.007	0.077					*	*****			
20	-0.048	0.076					*	*****			
21	0.015	0.076					*	*****			
22	0.048	0.076					*	*****			
23	0.086	0.076					*	*****			
24	-0.094	0.075					*	*****			
25	-0.063	0.075					*	*****			

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ

B

sich die Zeitreihe nicht unmittelbar durch ein ARMA-Modell beschreiben.

Bei Vorliegen eines Trends löst man das Problem, indem man anstelle der Originalwerte der Zeitreihe die Differenz aufeinanderfolgender Werte betrachtet. Diese sind bei entsprechendem Grad der Differenzbildung wieder stationär. Bei einem linearen Trend wählt man erste, bei einem quadratischen Trend zweite Differenzen. Man bildet also ein ARMA-Modell nicht für die y_t , sondern für w_t , wobei $w_t = (1 - B)^d y_t$ die d -te Differenz der Ausgangswerte ist. Dies ist äquivalent zu einem ARIMA (p, d, q) -Modell (autoregressive integrated moving-average) für die Ursprungsreihe:

$$\hat{\Phi}(B) w_t = \Theta(B) a_t \iff \hat{\Phi}(B) (1 - B)^d y_t = \Theta(B) a_t$$

Ein ARIMA $(1, 1, 1)$ -Modell lautet beispielsweise:

$$(1 - \hat{\Phi}_1 B) (1 - B) y_t = (1 - \Theta_1 B) a_t$$

$$\iff y_t - y_{t-1} - \hat{\Phi}_1 (y_{t-1} - y_{t-2}) = a_t - \hat{\Phi}_1 a_{t-1}.$$

Ob ein Trend vorliegt und welcher Gestalt er ist, läßt sich oft schon anhand eines Plots der Zeitreihe erkennen. Darüber hinaus gibt das Korrelogramm, d.h. die grafische Darstellung der AKF, Aufschluß über den erforderlichen Grad der Differenzbildung: Für nicht stationäre Zeitreihen nimmt die AKF auch für hohe Lags von Null verschiedene Werte an.

Eine weitere Form von Nichtstationarität liegt vor, wenn die Daten saisonalen Charakter haben, d.h. ein jährlich wiederkehrendes Muster aufweisen. Hier schlagen Box und Jenkins ein multiplikatives Modell vor, das sich gedanklich aus zwei Teilen zusammensetzt. Liegen etwa monatliche Beobachtungen vor, dann verknüpft das Modell

$$\Phi(B^{12}) (1 - B^{12})^D y_t = \varphi(B^{12}) a_t$$

die zu einem bestimmten Monat gehörenden Beobachtungen, also z.B. den April eines Jahres mit den Monaten April der vorausgegangenen Jahre. Gleiches gilt für alle weiteren Monate. Da aber die Ausprägung eines Monats auch von den direkten Vormonaten abhängen kann und demzufolge die Störgrößen a_t, a_{t-1}, \dots miteinander korreliert sein würden, setzt man für diese ein einfaches ARIMA-Modell an:

$$\hat{\Phi}(B) (1 - B)^d a_t = \Theta(B) a_t.$$

Darin sind die a_t wieder unkorrelierte Zufallsgrößen. Setzt man nun das zweite Modell in das erste ein, ergibt sich ein saisonales ARIMA $(p, d, q) \cdot (P, D, Q)^{12}$ -Modell:

$$\hat{\Phi}(B) \Phi(B^{12}) (1 - B)^d (1 - B^{12})^D y_t = \Theta(B) \varphi(B^{12}) a_t.$$

Dieses in seiner Allgemeinheit recht komplexe Modell vereinfacht sich zumeist bei konkreten Anwendungen.

Ein Anwendungsfall

Mit der skizzierten Methode soll die Entwicklung der monatlichen Milchlieferungen rheinland-pfälzischer Milchkuhhalter an Molkereien untersucht werden. Nachfolgend sollen kurz die Schritte erläutert werden, die zu der Entwicklung des Prognosemodells geführt haben. Eine Darstellung der Ergebnisse erfolgt in dem Beitrag „Entwicklungen im Zeichen der Milchmengenregelung“ in diesem Heft.

Da der Einfluß der Milchkontingentierung von Interesse war, wurden die zur Verfügung stehenden Daten in zwei Datensätze geteilt, wobei der erste den Zeitraum von Januar 1975 bis März 1984 umfaßt, der zweite den Zeitraum von April 1984 bis Januar 1988. Der erste Datensatz bildete die Grundlage für eine quasi-ex ante-Prognose, die zeigt, wie sich die Milchlieferung ohne Quotenregelung entwickelt hätte. Auf der Basis des zweiten Datensatzes wurde die Milchlieferung von Februar 1988 bis Januar 1989 prognostiziert. Wie sich herausstellte, war für beide Datensätze dieselbe Modellform adäquat, so daß im folgenden nicht zwischen den Datensätzen unterschieden wird.

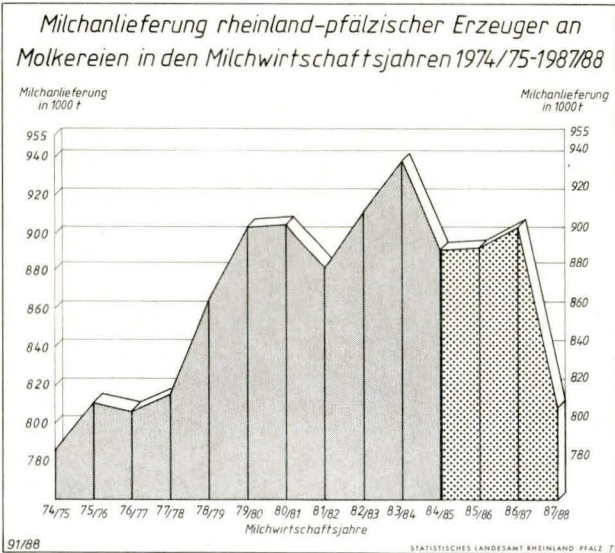
Zunächst war der Grad der saisonalen und nicht saisonalen Differenzbildung zu bestimmen. Sowohl die Vorkenntnisse über den jährlichen Verlauf der Milchproduktion als auch die Peaks der AKF der nicht transformierten Daten bei 12 und 24 legten eine saisonale Differenzbildung mit einer Verzögerung von zwölf Monaten nahe. Probesthalber wurden zusätzlich noch einfache Differenzen gebildet, ohne jedoch zu einer Verbesserung der Ergebnisse zu gelangen, so daß dieser Schritt wieder rückgängig gemacht wurde. Um den nichtsaisonalen Teil des Modells zu identifizieren, betrachtet man die kleinen Verzögerungen der AKF und PAKF von $(1 - B^{12}) y_t$. Das langsame Abnehmen der AKF und der abrupte Abbruch der PAKF nach Lag 1 deuten auf einen AR(1)-Prozeß hin. Zur Festlegung des saisonalen Teils sind die AKF und PAKF im Bereich von 12 und 24 von Interesse. Hier konnte allerdings kein eindeutiger Hinweis auf ein bestimmtes Modell gewonnen werden. Versuchsweise wurde daher ein MA(1)-Ansatz gewählt. Geschätzt wurde also ein ARIMA $(1, 0, 0) \cdot (0, 1, 1)^{12}$ -Modell.

Im Rahmen der Modellvalidierung ist die AKF der sich aus der Schätzung ergebenden Residuen zu überprüfen. Hier zeigt sich, daß alle Autokorrelationen mit Ausnahme von ρ_{11} innerhalb der Grenzen des zweifachen Standardfehlers liegen. Da das Modell auch durch einen Chi-Quadrat-Test (Portmanteau-Lack-of-Fit-Test) nicht zu falsifizieren war, wurde es beibehalten und den Prognosen zugrundegelegt.

Dr. Martin Odening

Auswirkungen der Garantiemengenregelung auf die Milchwirtschaft

Nachdem auf dem EG-Milchmarkt die zur Regulierung der Überschusssituation 1977 eingeführten Nichtvermarktungs- und Umstellungsregelungen bis zu ihrer Aussetzung 1980/81 nicht zum Ziel führten, sah man in einschneidenden Produktionsbegrenzungen die einzig gangbare Einflußnahme, ohne die Preise und damit die Einkommen der Erzeuger drastisch zu senken.



Auch in Rheinland-Pfalz zeigte die Milchanlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien inner- und außerhalb des Landes bis zur Einführung der Garantiemengenregelung einen ungebrochenen Aufwärtstrend. Die schon frühzeitig seitens der EG-Kommission geäußerten Absichten, einer sich weiter zuspitzenden Lage auf dem Milchmarkt mit drastischen Maßnahmen entgegenzutreten, blieb zwar im Wirtschaftsjahr 1981/82 offensichtlich nicht ohne Wirkung bei den Erzeugern, doch bereits 1982/83 wurde die Anlieferung sogar über das Niveau des Wirtschaftsjahres 1980/81 hinaus wieder gesteigert.

In dem folgenden Beitrag soll versucht werden, sowohl den Einfluß der Garantiemengenregelung auf die

Nationale Garantiemengen und Referenzmengen im Bundesgebiet und in Rheinland-Pfalz 1984/85 – 1987/88

Milch-wirtschafts-jahr	Bundesrepublik		Rheinland-Pfalz	
	Nationale Garantie-menge ¹⁾	Referenz-menge ¹⁾	Referenz-menge ²⁾	Vergleich zur Milchanlie-ferung 1983
	1 000 t	Mio t	t	%
1984/85	23 487	24,3	918 300	- 1,7
1985/86	23 423	24,4	915 600	- 2,0
1986/87	23 423	24,3	919 000	- 1,6
1987/88	22 988	22,2 ³⁾	835 400 ³⁾	- 10,5

1) Quelle: BML. – 2) Quelle: MLWF Rheinland-Pfalz. – 3) Einschließlich der ausgesetzten Mengen (5,5 %).

Milchanlieferung in Rheinland-Pfalz als auch die Entwicklung damit im Zusammenhang stehender Produktions- und Strukturdaten zu veranschaulichen. Zur Verdeutlichung der Auswirkungen der Produktionsbegrenzung wird zusätzlich die mit Hilfe des in diesem Heft beschriebenen Prognoseverfahrens geschätzte Anlieferungsmenge seit 1984 herangezogen, deren Ermittlung sich auf die monatlichen Daten seit Januar 1975 stützt.

Die Referenzmenge als Maßstab der Produktion

Die für die Bundesrepublik Deutschland festgelegte nationale Garantiemenge hätte bereits bis zum zweiten Quotenjahr 1985/86 eine Reduzierung der bundesweiten Milchanlieferung gegenüber 1983 um 6,8 % bedeutet. Am Ende lieferten die Erzeuger jedoch nur 5,6 % weniger. Zurückzuführen war die Überschreitung der Garantiemenge um 1,3 % auf die von den zuständigen Landesbehörden im Rahmen der Härtefall- und Ermessensregelung zuviel ausgegebenen Referenzmengen. Dieser hierdurch entstandene sogenannte „Bauchladen“ bereitete bekanntlich auch in den nachfolgenden Quotenjahren, bis die für 1988/89 von der EG vorgesehene Mengenkürzung (- 1 %) und -aussetzung (- 1,5 %) in der Bundesrepublik 1987/88 vorgezogen wurde, weitere Probleme.

Milchanlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger 1984/85 – 1987/88

Milch-wirtschafts-jahr	Insgesamt	Veränderung zu		Über- bzw. Unterlieferung der Referenz-menge
		Vorjahr	1983	
	t	%	%	%
1984/85	891 001	- 5,0	- 4,6	- 3,0
1985/86	891 987	+ 0,1	- 4,5	- 2,6
1986/87	902 528	+ 1,2	- 3,4	- 1,8
1987/88	808 589	- 10,4	- 13,4	- 3,2

Auch in Rheinland-Pfalz konnte bei der Vergabe der Referenzmengen, das heißt der den Erzeugern zugeteilten abgabefreien Liefermengen im Rahmen der von der EG zugestandenen nationalen Garantiemenge, das Ausmaß der Sonderregelungen nicht durch die Milchrentenaktion und die Abzüge bei Referenzmengenübertragungen aufgefangen werden. Allerdings gelang es den rheinland-pfälzischen Erzeugern – insbesondere im ersten Quotenjahr mit nur 97 %, aber auch im zweiten Jahr – nicht, ihre Referenzmenge voll auszunutzen. Obwohl nach der Gesamtreferenzmenge 1984/85 nur eine Reduzierung der Anlieferung von 1983 um 1,7 % erforderlich gewesen wäre, lieferten die Erzeuger 4,6 % weniger an.

Die stärksten Rückgänge waren im letzten Quartal des Wirtschaftsjahres 1984/85 mit - 6,8 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Erst Mitte 1985 änderte sich die Situation. Die Milchan-

Milchanlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger nach Quartalen in den Wirtschaftsjahren 1984/85 – 1987/88

Quartal	1984/85		1985/86		1986/87		1987/88	
	Anlieferung	Veränderung zum Vorjahr	Anlieferung	Veränderung zum Vorjahr	Anlieferung	Veränderung zum Vorjahr	Anlieferung	Veränderung zum Vorjahr
	t	%	t	%	t	%	t	%
April – Juni	252 243	- 3,4	243 681	- 3,4	250 772	+ 2,9	237 426	- 5,3
Juli – Sept.	228 293	- 4,7	232 762	+ 2,0	238 160	+ 2,3	211 432	- 11,2
Okt. – Dez.	200 076	- 5,5	204 201	+ 2,1	209 850	+ 2,8	178 338	- 15,0
Jan. – März	210 389	- 6,8	211 343	+ 0,5	203 746	- 3,6	181 393	- 11,0
Insgesamt	891 001	- 5,0	891 987	+ 0,1	902 528	+ 1,2	808 589	- 10,4

lieferungen nahmen gegenüber den vergleichbaren Vorjahresmonaten wieder zu, ohne jedoch das Niveau des Jahres 1983 zu erreichen. Dieser Trend setzte sich bis zum dritten Quartal des Wirtschaftsjahres 1986/87 fort und führte am Ende dieses dritten Quotenjahres zu einer deutlich besseren Annäherung der Lieferungen an die Referenzmenge (98,2 %). Sichtlich lernten die Erzeuger ihre Produktion der Quote besser anzupassen, zumal auch die Angst vor dem zu zahlenden nicht unbeträchtlichen Abgabebetrag bei Überlieferung durch die anfängliche Unterlieferung der Referenzmenge wohl ihren abschreckenden Effekt verlor.

Erneuter Anpassungsprozeß

Bereits Anfang 1987 zeigte die im Wirtschaftsjahr 1987/88 erforderliche drastische Drosselung der abgabefreien Anlieferungsmenge um insgesamt 8,5 % ihre Wirkung. Sie setzte sich zusammen aus der ohnehin für 1987/88 von der EG geforderten zweiprozentigen Kürzung und vierprozentigen Stilllegung der nationalen Garantiemenge, zum anderen aus der von der EG erst für 1988/89 – in der Bundesrepublik aber vorgezogenen – Kürzung bzw. Stilllegung von 1 bzw. 1,5 %. Die über diesen Prozentsatz von 8,5 hinausgehende Absenkung der Referenzmenge in Rheinland-Pfalz ergibt sich durch die 20prozentige Stilllegung bei Mengenübertragungen sowie freigesetzte Mengen im Rahmen der Milchrentenaktion.

Mit der bis dahin deutlichsten Reduktion ihrer Lieferungen von insgesamt 93 939 t – einer Veränderung binnen Jahresfrist um 10 %, die bisher, selbst als Steigerung, in keinem Zweijahreszeitraum erreicht wurde – reagierten die rheinland-pfälzischen Erzeuger auf diese Anforderung. Gut 13 % hatten sie damit im Vergleich zum Basisjahr 1983 weniger abgeliefert.

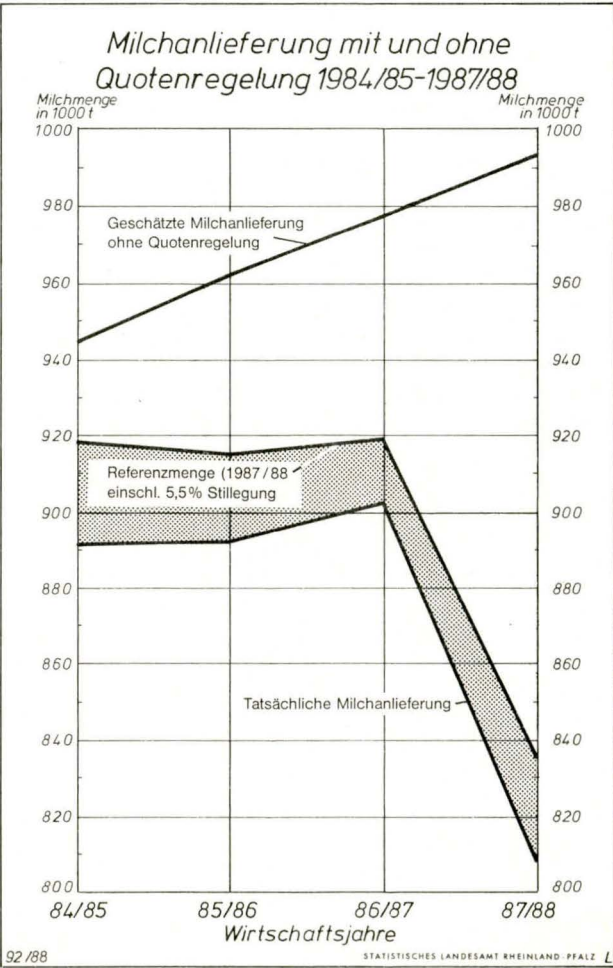
Bereits im letzten Quartal des Wirtschaftsjahres 1986/87 waren die Lieferungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zurückgegangen, eine Entwicklung, die sich in allen Quartalen des Wirtschaftsjahres 1987/88 fortsetzte. Der erneute drastische Einbruch brachte wiederum einen schlechteren Ausnutzungsgrad der zugeteilten Gesamtreferenzmenge mit sich und läßt erkennen, wie langwierig in der Praxis der Anpassungsprozeß an die Quoten verläuft.

„Quotenjahre“ mit und ohne Mengenregelung im Vergleich

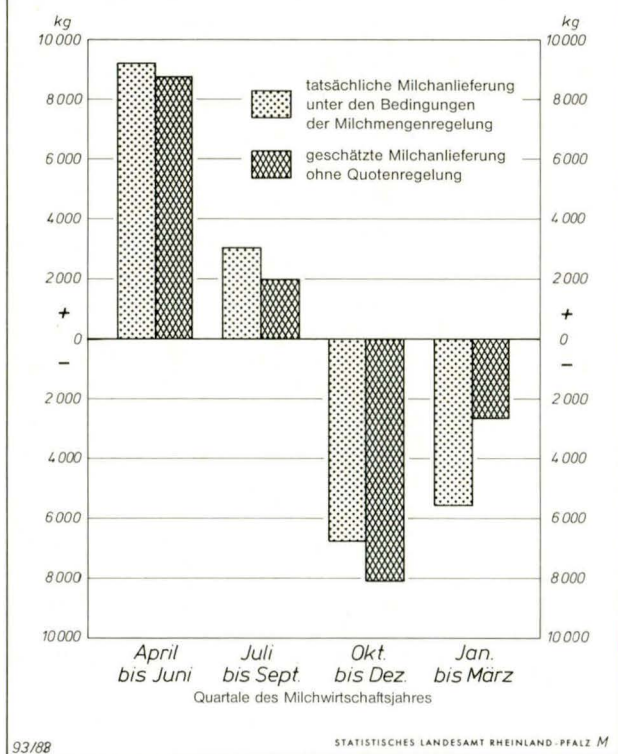
Der Einfluß der Garantiemengenregelung läßt sich insbesondere dann veranschaulichen, wenn man der

tatsächlichen Milchanlieferung ab April 1984 die geschätzte Entwicklung ohne Berücksichtigung der Einführung einer Garantiemengenregelung gegenüberstellt. Diese quasi-ex ante Prognose wurde auf der Basis der monatlichen Daten von Januar 1975 bis April 1984 vorgenommen. Nähere Ausführungen zur Methodik finden sich in dem Beitrag „Zeitreihenanalyse und Prognose mit der Box-Jenkins-Methode“ in diesem Heft.

In diesem Zeitraum zeigte die Milchanlieferung einen deutlich steigenden Trend, der lediglich in den Wirtschaftsjahren 1976/77 und 1981/82 unterbrochen wurde. Zum einen war dies überwiegend auf den trockenen Sommer 1976, zum anderen auf die bereits erwähnten Verbote der Garantiemengenregelung zurückzuführen.



Abweichung der durchschnittlichen monatlichen
Milchanlieferung in den Quartalen des
Milchwirtschaftsjahres vom Jahresdurchschnitt
(Mittel der Wirtschaftsjahre 1984/85 – 1987/88)



Unter der Voraussetzung weiterhin positiver Produktions- und Marktbedingungen wäre eine ungebrochene Fortsetzung dieses Trends zu erwarten gewesen. Nach den Schätzungen hätten die Erzeuger ihre Anlieferungen bis zum Wirtschaftsjahr 1987/88 auf rund 993 000 t gesteigert und damit über 6 % mehr anstatt 13 % weniger als 1983 an die Molkereien abgesetzt.

Im Vergleich mit der möglichen Anlieferungssteigerung läßt sich der tatsächliche Produktionsverzicht der rheinland-pfälzischen Erzeuger abschätzen, der in den ersten drei Quotenjahren zwischen 6 bis 8 %, 1987/88 sogar knapp 23 % der letztlichen Anlieferungsmenge betragen hat.

Saisonales Anlieferungsmuster verändert

Die Anpassungsprozesse an die Produktionsgrenzen haben vor allem auch die Anlieferungsschwankungen im Laufe eines Jahres verändert. Saisonal bedingt liegt die Milchanlieferung aufgrund des Futteranfalls von März bis August in der Regel über und von September bis Februar unter dem Durchschnitt des jeweiligen Wirtschaftsjahres. Diesen Anlieferungsverlauf spiegeln ebenfalls die Schätzwerte für die monatliche Liefermenge ohne Produktionsbeschränkung wider.

Im Vergleich hierzu zeigt der tatsächliche Verlauf insbesondere in den Monaten Februar und März, zurückzuführen auf die Anpassungszwänge bei drohender Überlieferung, deutliche Abweichungen. Die ohnehin im Februar geringe Liefermenge wurde zusätzlich zurückgefahren und die Anlieferung im März übertraf im ersten

und zweiten Quotenjahr nur noch wenig den Jahresdurchschnitt um dann im dritten und vierten Quotenjahr diesen sogar deutlich zu unterschreiten.

Betrachtet man den für die vier Quotenjahre gemittelten Wert, wie er sich aus den Abweichungen zwischen der quartalsweise berechneten durchschnittlichen monatlichen Milchanlieferung und dem jeweiligen Jahresdurchschnitt ergibt, läßt sich im Vergleich der Anlieferung ohne (Schätzwert) und mit Quotenregelung das veränderte Produktionsverhalten der Milcherzeuger zusammengefaßt veranschaulichen. Im ersten Quartal bemühten sich die Erzeuger in der Regel noch nicht, auf ihre Quote hinzuarbeiten, und produzierten deutlich über dem anzustrebenden Jahresdurchschnitt, während im letzten Quartal der Jahresdurchschnitt zur Einhaltung der Referenzmenge wesentlich deutlicher unterschritten werden mußte als dies ohne Mengenregelung (geschätzte Abweichung) der Fall gewesen wäre.

Weniger Kühe oder geringere Milchleistung ?

Auch bei den rheinland-pfälzischen Erzeugern setzte sich im Umgang mit der Quotenregelung erst allmählich die Erkenntnis durch, daß für den Einzelbetrieb auch unter den Bedingungen einer Mengenbegrenzung die Hochleistungskuh am wirtschaftlichsten ist.

Insbesondere im ersten Quotenjahr bestand die Reaktion offensichtlich darin, weniger Kraftfutter zu füttern und somit über eine Reduktion der Milchleistung die Erzeugung zu drosseln. Zwar wurde auch 1984 der Kuhbestand in Rheinland-Pfalz binnen eines Jahres um 1,2 % reduziert, doch war selbst im Juni 1984 noch eine geringfügige Erhöhung in Fortsetzung der seit Juni 1982 stetig steigenden Tierzahlen zu verzeichnen gewesen.

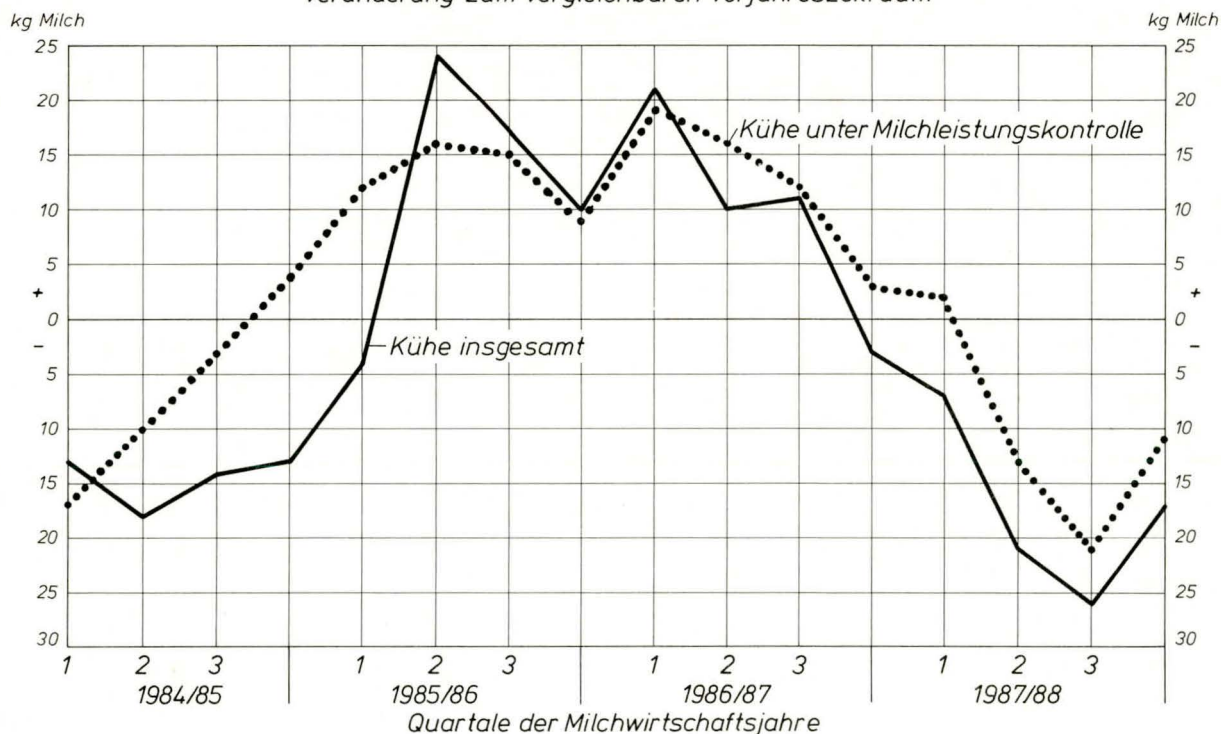
Erst in der ersten Jahreshälfte 1985 machte sich eine deutliche Verringerung des Bestandes um 2,2 % bemerkbar, die sich bis zum Dezember weiter um 1 % erhöhte. Parallel dazu stieg im zweiten Quartal des Wirtschaftsjahres 1985/86 bis Ende 1986 die durchschnitt-

Kuhbestand und Milchleistung

Jahr Monat	Kuhbestand		Milchleistung im Kalenderjahr
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahr	
	Anzahl	%	kg
1982 Juni Dez.	222 602 227 983	- 2,5 + 2,4	4 123
1983 Juni Dez.	228 900 230 306	+ 0,4 + 0,6	4 292
1984 Juni Dez.	231 803 227 428	+ 0,7 - 1,9	4 172
1985 Juni Dez.	222 330 219 960	- 2,2 - 1,1	4 239
1986 Juni Dez.	220 773 216 081	+ 0,4 - 2,1	4 395
1987 Juni Dez.	208 825 201 649	- 3,4 - 3,4	4 223
1988 Juni ^p	201 072	- 0,3	-

Veränderung der durchschnittlichen monatlichen Milchleistung je Kuh und Quartal der Wirtschaftsjahre 1984/85 bis 1987/88

Veränderung zum vergleichbaren Vorjahreszeitraum



94/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ M

liche Milchleistung je Kuh und Monat gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum wieder an, so daß die Jahresmilchleistung 1986 mit 4 395 kg je Kuh das Niveau von 1983 erreichte. Offensichtlich waren die Erzeuger wieder dazu übergegangen, das genetische Leistungspotential des Einzeltieres vermehrt auszuschöpfen, um die Anpassung an die Quote durch einen reduzierten Bestand bei optimierter Produktivität zu erreichen. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Erzeuger, deren Bestand unter Milchleistungskontrolle stand, bereits eher bemüht waren, die Milchleistung wieder zu steigern.

Der Anstieg in der Milchleistung wurde jedoch nicht vollständig durch den Abbau der Kuhbestände in 1985 aufgefangen. Hinzu kam, daß im ersten Halbjahr 1986, sicherlich zurückzuführen auf die bisher nicht ausgenutzte Referenzmenge, eine weitere Verringerung des Kuhbestandes ausblieb. So nahm die Milchanlieferung ab dem zweiten Quartal 1985/86 bis Ende 1986 wieder zu.

Erneute Rückwirkung auf Tierbestand und Milchleistung durch drastische Kürzungen

Die Lage für die Milcherzeuger hatte sich im zweiten und dritten Quotenjahr bei zunehmend besserer Ausnutzung der Referenzmenge vorübergehend stabilisiert. Doch bereits im Dezember 1986 war erneut ein um 2,1 % geringerer Kuhbestand zu verzeichnen. Dieser Abbau, der zum einen mit dem auslaufenden Wirtschaftsjahr und der im letzten Quartal rückläufigen Milchmenge,

zum anderen wohl auch mit den umfangreichen Garantiemengenkürzungen des kommenden Wirtschaftsjahres zusammenhing, setzte sich bis Dezember 1987 mit einem drastischen Rückgang um insgesamt 14 432 Tiere (- 6,7 %) fort. Selbst in einem mehrjährigen Zeitraum wurde ein solcher Bestandsabbau bisher nicht erreicht.

Nimmt man für das Wirtschaftsjahr 1987/88 einen durchschnittlichen Kuhbestand von rund 206 000 Kühen an, wären rein rechnerisch allein aufgrund der Bestandsentwicklung bei gleichbleibender durchschnittlicher Milchleistung von 365 kg je Kuh und Monat (Wirtschaftsjahr 1986/87) die an die Milcherzeuger gestellten Kürzungsanforderungen nicht erfüllt worden. Bei 94,2 % Ablieferung der Erzeugung an die Molkereien hätte sich eine Überlieferung der Referenzmenge von annähernd 2 % anstatt der deutlichen Unterlieferung von 3,2 % ergeben.

Eine erneute Absenkung der Milchleistung blieb daher nicht aus. Dabei mögen die Gründe zur Aufrechterhaltung eines bestimmten Kuhbestandes vielschichtig sein. In ausgeprägten Grünlandbetrieben hängt dies sicherlich auch mit dem zur Flächennutzung erforderlichen Tierbesatz zusammen. Schon im vierten Quartal des Wirtschaftsjahres 1986/87 senkten die Erzeuger zur Erfüllung der Bedingungen parallel zu dem Bestandsabbau die Milchleistung unter das Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Dieser Trend setzte sich verstärkt im vierten Quotenjahr fort.

Bezogen auf das Wirtschaftsjahr wurden im Schnitt 347 kg je Kuh und Monat erzielt. Ohne die Referenz-

Rinder nach Kategorien im Dezember 1983 – 1987

Jahr	Insgesamt	Kühe	Kälber	weibl. Rinder zum Schlachten		weibl. Rinder zur Zucht und Nutzung	Ammen- und Mutterkühe
				Färsen und weibl. Rinder über 1 Jahr	Schlacht- und Mastkühe		
1983	638 156	230 306	86 033	21 329	3 840	106 809	6 953
1984	637 259	227 428	86 725	24 806	4 843	102 156	9 299
1985	631 833	219 960	85 228	23 651	5 015	106 917	9 192
1986	604 321	216 081	76 046	23 011	4 163	103 130	11 039
1987	578 933	201 649	73 430	22 986	5 235	101 452	13 427

menge zu überschreiten, hätten die Erzeuger jedoch 138 kg mehr je Kuh im gesamten Wirtschaftsjahr abliefern können.

Auswirkungen auf den Rinderbestand

Mit dem Abbau der Kuhbestände vollzogen sich auch entsprechende Veränderungen in den anderen Kategorien des Rinderbestandes, der insgesamt seit Dezember 1985 jährliche Abnahmeraten von über 4 % aufweist. Einige Viehhalter haben alternative Formen der Grünlandbewirtschaftung aufgenommen. Hierzu bot sich die Ammen- und Mutterkuhhaltung an. Sie zeigt seit 1983 einen eindeutig steigenden Trend. Die Zahl der Halter nahm bis Dezember 1987 um mehr als das Doppelte auf rund 2 600 zu, während die Tierzahl in dieser Zeit von knapp 7 000 auf rund 13 000 stieg. Diese Entwicklung dürfte sich in Grünlandbetrieben, in denen selbst bei verstärktem Grundfuttereinsatz der Kuhbesatz zur Flächennutzung nicht ausreichte oder aber in Betrieben, die die Milchkuhhaltung aufgaben, vollzogen haben. Im übrigen war auch bei den Schafen, einer weiteren möglichen Alternative der Grünlandbewirtschaftung, ein Anstieg der Bestandszahlen seit 1983 um rund 28 % auf 117 879 Tiere feststellbar.

Die seit 1984 rückläufige Kuhzahl blieb erwartungsgemäß nicht ohne Folgen auf den Kälberanfall, der seither, abgesehen von den saisonalen Schwankungen, kontinuierlich rückläufig war. Im Dezember 1987 wurden 15 % weniger Kälber gezählt als 1984.

Die Zahl der Mast- und Schlachtkühe zeigte seit 1983 insbesondere in den beiden folgenden Jahren im Zuge der ersten Anpassung der Kuhbestände einen Anstieg. Dies mag unter anderem auch darauf zurückzuführen sein, daß die Erzeuger 1983 zur Verbesserung ihrer Ausgangslage im Hinblick auf die Verteilung der Referenzmengen Kühe, die normalerweise eher zur Schlachtung gekommen wären, zunächst weiter hielten.

1984 Höhepunkt der Kuh- und Färsenschlachtungen

Der deutlichste Anstieg der Kuhschlachtungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum lag in der zweiten Hälfte des Jahres 1984. Insgesamt wurde in diesem Jahr mit 70 000 Kuhschlachtungen (+ 15 %) ein Umfang erreicht, der lediglich 1970 und annähernd 1981 registriert wurde.

Auch im ersten Quartal 1985 war noch ein leichtes Plus gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Nach der vorübergehenden Beruhigung der Bestandsreduzierung zwischen Juni 1985 und Juni 1986, währenddessen die Zahl der Kuhschlachtungen auch wieder rückläufig war, geht der nachfolgende Abbau der Kuhbestände wieder Hand in Hand mit einer Erhöhung der Schlachtungen, ohne daß jedoch sowohl 1986 als auch 1987 mit unter 65 000 Schlachtungen das Niveau des Jahres 1984 erreicht wurde.

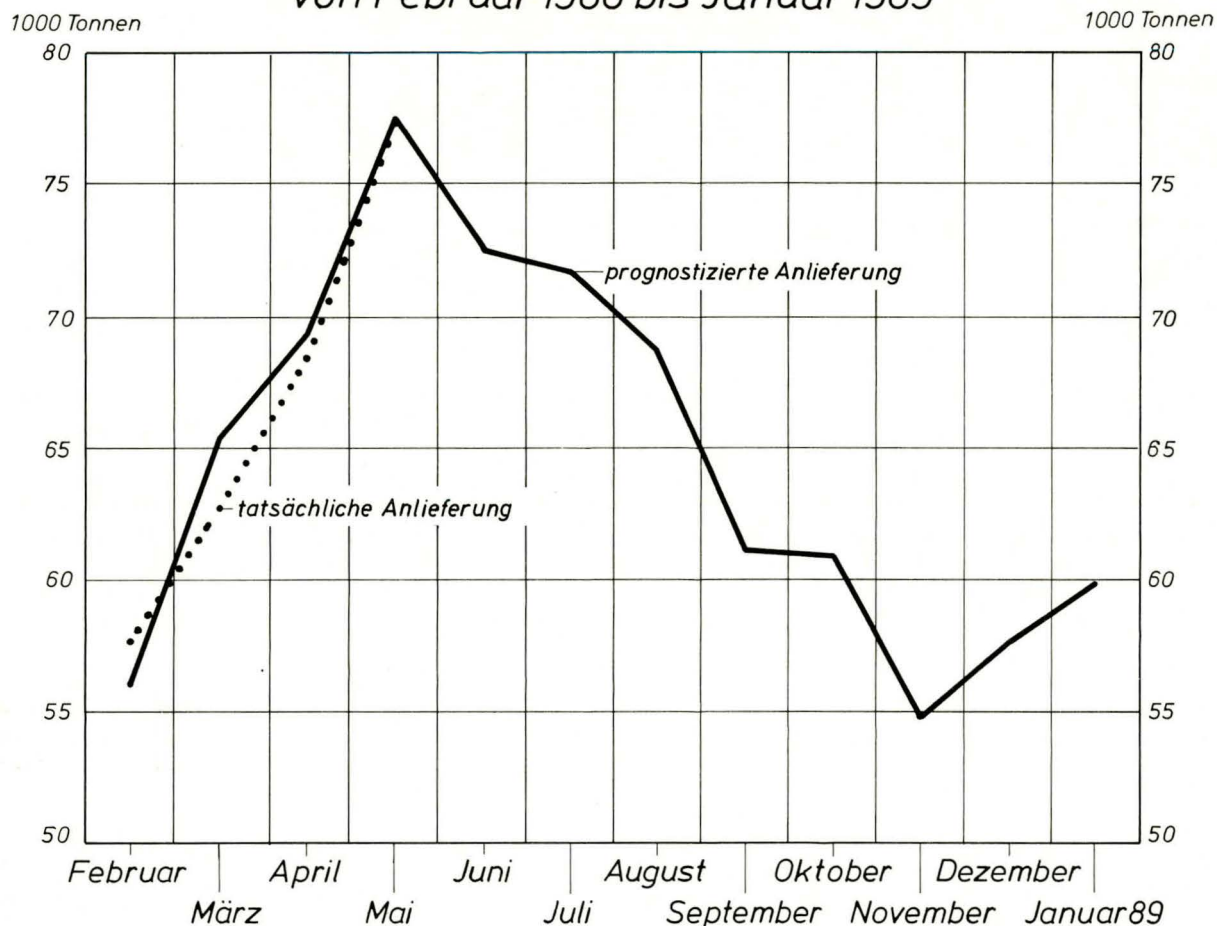
Abgesehen davon, daß zur Anpassung an die Quotenregelung vermehrt ertragsschwächere Kühe geschlachtet wurden, stellten die Erzeuger ebenso weniger Tiere zur Bestandsergänzung auf. Bei der Viehzählung zählen gedeckte oder dafür vorgesehene weibliche Rinder über ein Jahr als Nutz- und Zuchttiere, auch wenn feststeht, daß sie nach dem ersten Kalb geschlachtet werden. Daher steht die Entwicklung dieser Bestandskategorie wie auch die der Jungrinder zum Schlachten trotz der erwähnten Annahme, je nach dem Umfang der Färsenmast mit Vornutzung, weniger deutlich im Zusammenhang mit der Veränderung der Kuhbestände. Dennoch war vor allem im Dezember 1984 im Vergleich mit dem Vorjahr ein hoher Bestand an Färsen und Jungrindern zur Schlachtung und gleichzeitig niedriger Bestand an zur Zucht und Nutzung vorgesehenen Tieren feststellbar. Von Oktober 1984 bis Juni 1985 erreichte auch der Anstieg der Schlachtungen von weiblichen Rindern gegenüber dem vergleichbaren Vor-

Strukturentwicklung in der Milchkuhhaltung 1982 – 1986

Jahr	Betriebe mit ... Kühen											
	unter 20						40 und mehr					
	Betriebe			Tiere			Betriebe			Tiere		
	Anzahl	Ver- änderung % ¹⁾	Anteil % ²⁾	Anzahl	Ver- änderung % ¹⁾	Anteil % ²⁾	Anzahl	Ver- änderung % ¹⁾	Anteil % ²⁾	Anzahl	Ver- änderung % ¹⁾	Anteil % ²⁾
1982	16 295	- 15,8	81,6	115 792	- 13,6	50,8	617	+ 33,3	3,1	31 533	+ 34,6	13,8
1984	13 456	- 17,4	77,1	96 561	- 16,6	42,5	936	+ 51,7	5,4	47 986	+ 52,2	21,1
1986	11 062	- 17,8	73,4	82 689	- 14,4	38,3	977	+ 4,4	6,5	50 168	+ 4,5	23,2

1) Gegenüber dem zurückliegenden Zweijahreszeitraum. - 2) Von den Betrieben bzw. Tieren insgesamt in Rheinland-Pfalz.

Milchanlieferung an Molkereien von Februar 1988 bis Januar 1989



95/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

jahreszeitraum seinen Höhepunkt. Im Jahr 1984 wurde mit 37 000 Schlachtungen ein neuer Spitzenwert seit 1975 erreicht.

Weiterhin positive strukturelle Entwicklung

Eine Abnahme der milchkuhhaltenden Betriebe mit Anstieg der durchschnittlichen Bestandsgröße ist ein seit Jahren – auch vor Inkrafttreten der Garantienregelung – gegebener Trend. Vergleicht man die Entwicklung zwischen 1973 und 1980 mit den darauffolgenden sieben Jahren, ist, anders als bei der Zahl der gehaltenen Tiere, eine auffällige Beschleunigung des Rückgangs der Kuhhalter insgesamt nicht feststellbar. Während die Halter vor 1980 um rund 43 % und nach 1980 um rund 41 % zurückgingen, belief sich der Bestandsabbau in diesen Zeiträumen auf 6,3 bzw. 14 %.

Die Tatsache, daß die Quotenregelung einen deutlichen Abbau der Kuhbestände erforderlich machte und auch zu einer zeitweisen Absenkung der Milchleistung führte, schließt dennoch einen weiteren Anstieg der

durchschnittlichen Bestandsgröße und Milchlieferungen je Betrieb nicht aus. Bei fortgesetztem Strukturwandel, in begrenztem Umfang unterstützt durch die Milchrente, sind die Bestandsrückgänge nicht nur auf Abstockungen, sondern maßgeblich auch auf Bestandsaufgaben kleinerer Erzeuger zurückzuführen.

Dies läßt sich durch die Ergebnisse einer bereits in einem früheren Beitrag veröffentlichten Analyse der einzelbetrieblichen Entwicklung der kuhhaltenden Betriebe zwischen 1984 und 1986 belegen¹⁾. Demnach fielen allein fast 97 % der insgesamt 2 849 Bestandsaufgaben in diesem Zeitraum auf Betriebe mit weniger als 20 Kühen.

Von Dezember 1982 bis Dezember 1984 und ebenso im Zweijahreszeitraum bis 1986 lag der prozentuale Rückgang der Halter in diesen Kleinbeständen bei mehr als 17 % und damit vergleichsweise höher als in früheren Jahren. Die Zahl der gehaltenen Tiere ging insbesondere von 1982 bis 1984 zurück (– 17 %), weniger jedoch in den beiden Jahren danach, so daß die durchschnittliche Herdengröße sogar leicht anstieg.

Hinzu kommt, daß der Strukturwandel hin zu größeren Beständen sich zwischen 1982 und 1984 zunächst beschleunigte. Mit einem gut 50 %igen Anstieg der Halter und Tiere in Beständen mit 40 und mehr Kühen wur-

1) Vgl. B. Hübbers: Strukturwandel der Rinder- und Schweinehaltung. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 40. Jahrgang, Heft 7, Juli 1987

den Anteile von 5,4 % der Halter und 21 % der Tiere erreicht, die 1982 noch bei 3,1 % bzw. 14 % gelegen hatten.

Danach bewirkte die Quotenregelung eine extrem gebremste strukturelle Verschiebung zu Beständen dieser Größenordnung, die zur Zeit für die heutige und künftige Entwicklung eines Milchviehbetriebes im Vollerwerb als untere Grenze anzusehen sind. Der Zuwachs an Betrieben belief sich von 1984 bis 1986 lediglich auf 4,4 %. In ähnlicher Größenordnung verlief auch die Veränderung der Kuhzahl. In Anbetracht der in Rheinland-Pfalz weitgehend kleinbetrieblichen Produktionsstrukturen scheint die Quotenregelung in der jetzigen Form hier einer weiteren Entwicklung zu Betrieben mit größeren Beständen entgegenzustehen.

Ausblick

Nach dem vorläufigen Ergebnis der Junizählung 1988 scheint sich die Lage in den milcherzeugenden Betrieben unter den nun seit April 1987 gestellten und im letzten Wirtschaftsjahr mit 3,2 % Unterlieferung der Referenzmenge erfüllten Produktionsanforderungen stabilisiert zu haben. Der Kuhbestand weist seit Dezember 1987 keine nennenswerte Veränderung auf. Die Milchleistung je Kuh stieg im Mai im Gegensatz zu den vorhergehenden Monaten wieder auf das Niveau des Vorjahres. Insgesamt lieferten die Erzeuger jedoch mit 145 863 t aufgrund des 1987 zu dieser Zeit noch höheren Kuhbestandes im April und Mai dieses Jahres 8,4 % weniger Milch an.

Nach den mit dem Verfahren „Box-Jenkins“ geschätzten Werten der monatlichen Anlieferung, denen die Daten von April 1984 bis Januar 1988 zugrunde gelegt wurden, hätte die Anlieferung im April und Mai nur 912 t höher gelegen. Die weiteren monatlichen Vorhersagen nach diesem Verfahren bis Ende dieses

Jahres liegen ebenfalls unter den Vorjahreswerten, so daß von Juni bis Dezember die Lieferungen im entsprechenden Zeitraum 1987 um 4,4 % unterschritten werden dürften. Zu bedenken ist hierbei jedoch, daß es sich bei der angewandten Methode um ein Zeitreihenverfahren handelt, das die Entwicklung eines Merkmals aus sich selbst heraus erklärt und fortschreibt. Erklärungsgrößen, wie sie die Kuhbestandsentwicklung oder administrative Eingriffe in die Produktionsentwicklung bilden, werden nicht explizit in die Analyse einbezogen. Obgleich kurzfristige Voraussagen mit Hilfe des Verfahrens zutreffen, scheinen längerfristige Prognosen für die Milchanlieferung nicht unbedingt zuverlässig, wenn sich die Struktur der Zeitreihe im Prognosezeitraum durch institutionelle Einflüsse ändert.

Zum einen ist nicht damit zu rechnen, daß die Erzeuger ihre Referenzmenge 1988/89 weit über den bisherigen Rahmen hinaus unterschreiten werden, zum anderen läßt die Zusammensetzung des Rinderbestandes im Juni 1988 nach den vorläufigen Ergebnissen eher eine positive Entwicklung des Kuhbestandes erwarten. Die Zahl der Kühe und Färsen zum Schlachten ist rückläufig, während der Bestand an Nutz- und Zuchtfärsen zugenommen hat. Zu erwarten wäre aufgrund der bisherigen Entwicklung im Zeichen der Garantiemengenregelung zumindest eine ähnliche Ausschöpfung der Referenzmenge, die 1988/89 zum Beispiel aufgrund von Abzügen bei Übertragungen oder Rentenansprüchen nur unwesentlich niedriger liegen dürfte.

Weitere Informationen über den Fortgang der strukturellen Entwicklung werden die Ergebnisse der Viehzählung 1988 liefern. Sicherlich hatte die Quotenregelung auch regional unterschiedliche Auswirkungen in Rheinland-Pfalz, von denen anzunehmen ist, daß sie im Wirtschaftsjahr 1987/88 bei den drastischen Kürzungsanforderungen am deutlichsten wurden.

Dr. Birgit Hübbers

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 1987

Die in größeren zeitlichen Abständen durchgeführten Volks- und Berufszählungen sind die wesentlichen Datenquellen über den Bereich der Bevölkerung und des Erwerbslebens. In den Jahren zwischen den Großzählungen werden laufend aktuelle Daten über die Bevölkerung und die Erwerbstätigkeit benötigt. Seit 1957 ermöglicht der Mikrozensus die Bereitstellung solcher Daten. Es handelt sich hierbei um eine Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens, bei der jährlich 1 % aller bundesdeutschen Haushalte befragt wird. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Durchführung einer Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus) vom 10. Juni 1985 (BGBl. I Seite 955).

Auswahlgrundlage für den Mikrozensus sind die Zählbezirke der Volks- und Berufszählung 1970, ergänzt um die nach der Volkszählung bebauten Flächen. Davon wird nach einem mathematisch-statistischen Zufallsverfahren eine 1 %-Stichprobe gezogen. In Rheinland-Pfalz wurden 1987 in den so gebildeten Auswahlbezirken rund 15 000 Haushalte befragt.

Die Ergebnisse dieser Stichprobe sind hochgerechnet und in Tausend dargestellt. Da der Mikrozensus wie alle Repräsentativerhebungen mit Stichprobenfehlern behaftet ist, werden Werte unter 5 000 (weniger als 50 Personen in der Stichprobe) nicht ausgewiesen. Werte von 5 000 bis 10 000 (50 bis 100 Fälle in der Stichprobe) sind wegen ihrer eingeschränkten Aussagekraft in Klammern gesetzt.

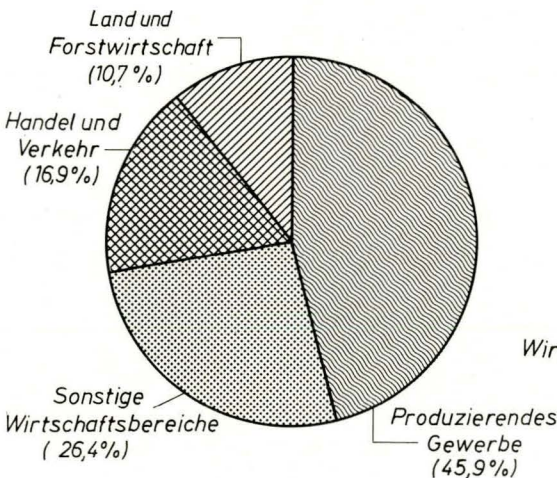
Immer mehr Einpersonenhaushalte

Obwohl die rheinland-pfälzische Bevölkerungszahl von April 1986 bis März 1987 um fast 3 000 Personen zurückgegangen ist, stieg die Zahl der Privathaushalte um mehr als 34 000 auf 1 531 000. Dieser Anstieg ist auf die ständig wachsende Anzahl der Einpersonenhaushalte zurückzuführen, die in knapp einem Jahr um über 28 000 oder nahezu 7 % zugenommen haben. Sie machen jetzt fast 30 % aller Haushalte aus. Die häufigste Haushaltsform ist mit 30 % der Zweipersonen-Haushalt, während drei und vier Personen in 19 % und 15 % der

Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen

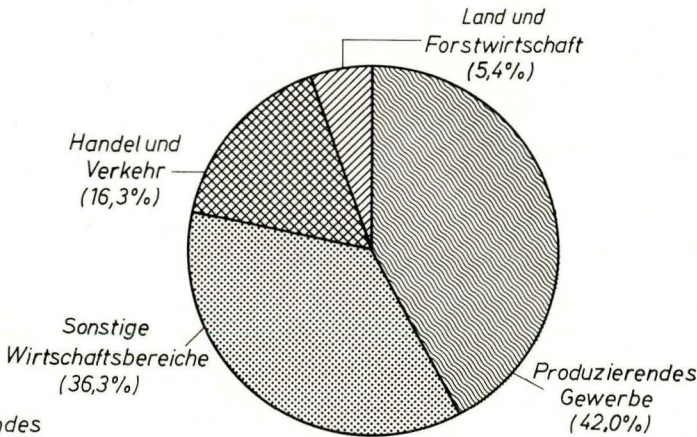
1970

(1,523 Mill. Erwerbstätige)



1987

(1,584 Mill. Erwerbstätige)



88/88

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND - PFALZ T

Haushalte leben. Nur in jedem 16. Haushalt wohnten im März 1987 fünf und mehr Personen. Bei der Volkszählung 1970 hatte noch jeder sechste Haushalt diese Haushaltsgröße.

Entsprechend ist der Anteil der alleinlebenden Personen seit 1970 um gut 10 Prozentpunkte von 238 000 auf 453 600 Einpersonenhaushalte gestiegen. Zwei Drittel davon sind Frauen. Diese Entwicklung ist überwiegend auf die 20- bis 30jährigen Singles zurückzuführen, deren Anteil bei der Volkszählung 1970 erst 9 % betragen hatte und nun auf fast 17 % gestiegen ist. Dagegen ist die Gruppe der 60jährigen und älteren, die am häufig-

sten alleine leben, von 62 % im Jahre 1970 auf 56 % im März 1987 zurückgegangen.

Knapp die Hälfte der alleinlebenden Personen ist verwitwet, davon über zwei Drittel im Alter von 70 und mehr Jahren. Unter diesen 222 100 verwitweten alleinlebenden Personen sind 86 % Frauen, auch sie zu über zwei Dritteln 70 und mehr Jahre alt. Unverheiratet, und zwar Frauen und Männer zu gleichen Anteilen, sind 35 % der Alleinlebenden, die meisten davon (43 %) zwischen 20 und 30 Jahre alt. Geschieden sind gut 10 % der Alleinlebenden, verheiratet bzw. getrennt lebend 5 %. Bei den geschiedenen Singles liegt der Männeranteil gering

Privathaushalte und Bevölkerung in Privathaushalten nach Haushaltsgrößen im März 1987

Altersgruppe Geschlecht	Privathaushalte						Bevölkerung in Privathaushalten						Durchschnittliche Haus- halts- größe
	ins- gesamt	mit ... Person(en)					ins- gesamt	mit ... Person(en)					
		1	2	3	4	5 und mehr		1	2	3	4	5 und mehr	
1 000													
unter 20 Jahre	(-)	(-)	(-)	(-)	-	-	(-)	(-)	(-)	(-)	-	-	1,2
20 — 25 "	67,6	39,1	20,7	(6,7)	(-)	-	105,0	39,1	41,4	20,1	(-)	-	1,6
25 — 30 "	116,9	36,3	40,3	26,7	10,6	(-)	254,9	36,3	80,6	80,1	42,4	15,5	2,2
30 — 35 "	125,5	23,3	27,3	35,3	31,0	(8,6)	352,2	23,3	54,6	105,9	124,0	44,4	2,8
35 — 40 "	139,1	20,8	21,6	35,7	44,5	16,5	434,3	20,8	43,2	107,1	178,0	85,2	3,1
40 — 45 "	112,7	16,0	16,9	28,8	34,7	16,3	361,4	16,0	33,8	86,4	138,8	86,4	3,2
45 — 50 "	162,8	17,8	33,0	42,4	44,8	24,8	522,0	17,8	66,0	127,2	179,2	131,8	3,2
50 — 55 "	139,1	17,5	38,1	38,1	30,9	14,5	408,6	17,5	76,2	114,3	123,6	77,0	2,9
55 — 60 "	132,3	24,6	48,7	33,3	17,0	(8,7)	336,8	24,6	97,4	99,9	68,0	46,9	2,5
60 — 65 "	131,8	37,6	62,8	20,5	(7,7)	(-)	272,9	37,6	125,6	61,5	30,8	17,4	2,1
65 — 70 "	102,4	40,5	47,4	10,5	(-)	(-)	184,0	40,5	94,8	31,5	12,4	(-)	1,8
70 — 75 "	104,8	56,2	40,4	(6,6)	(-)	(-)	164,1	56,2	80,8	19,8	(-)	(-)	1,6
75 u. mehr "	192,0	120,4	63,2	(6,9)	(-)	(-)	274,2	120,4	126,4	20,7	(-)	(-)	1,4
Insgesamt	1 531,1	453,6	460,9	291,6	227,4	97,6	3 675,2	453,6	921,8	874,8	909,6	515,4	2,4
männlich	1 113,0	151,9	386,5	263,5	217,8	93,3	3 079,1	151,9	773,0	790,5	871,2	492,5	2,8
weiblich	418,1	301,7	74,4	28,1	(9,6)	(-)	596,1	301,7	148,8	84,3	38,4	22,9	1,4

Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen nach Altersgruppen im März 1987

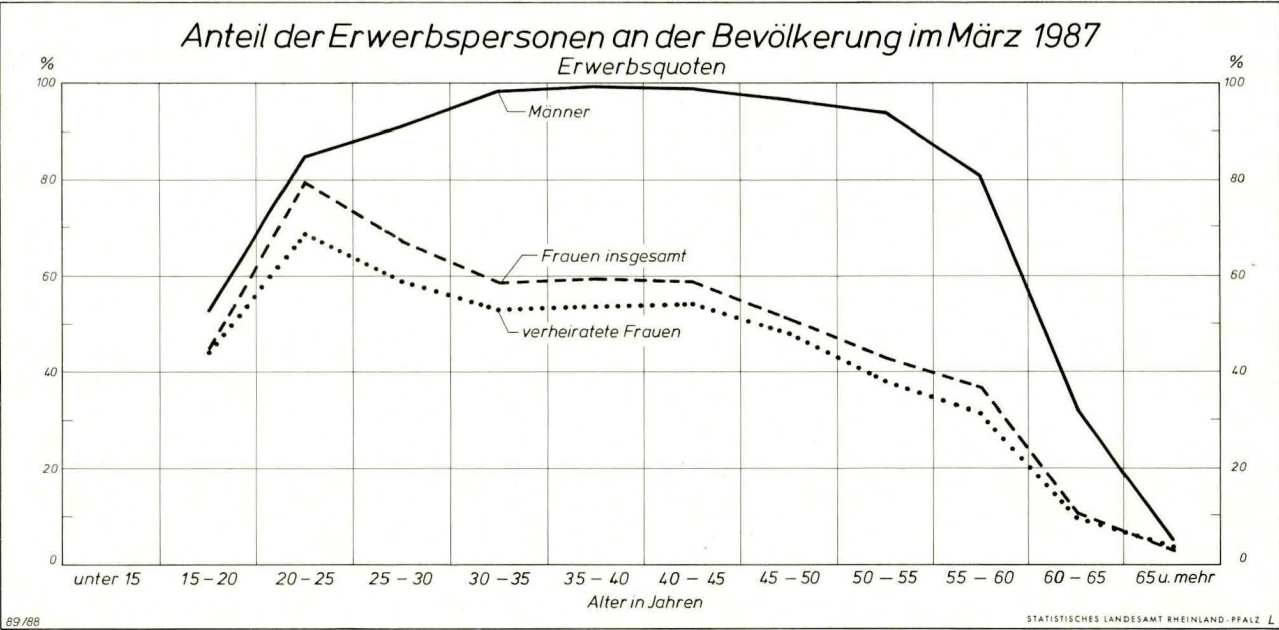
Altersgruppe	Erwerbspersonen				Nichterwerbspersonen			
	insgesamt	männlich	weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
			zusammen	verheiratet			zusammen	verheiratet
1 000								
unter 15 Jahre	–	–	–	–	525,0	269,9	255,1	–
15 – 25 "	374,0	201,4	172,6	28,7	182,6	85,3	97,3	14,1
25 – 35 "	411,7	250,1	161,6	108,6	110,8	15,1	95,7	87,3
35 – 45 "	361,7	229,5	132,2	101,7	95,3	(·)	93,0	88,6
45 – 55 "	379,7	260,3	119,4	92,8	148,5	13,7	134,8	123,0
55 – 65 "	170,7	116,7	54,0	33,8	265,2	82,8	182,4	130,6
65 u. mehr "	18,4	(9,5)	(8,9)	(·)	564,7	194,2	370,5	110,8
I n s g e s a m t	1 716,2	1 067,5	648,7	368,9	1 892,1	663,3	1 228,8	554,4
In % der Bevölkerung	47,6	61,7	34,6	40,0	52,4	38,3	65,4	60,0

über dem entsprechenden Anteil der Frauen, bei den Verheirateten bzw. Getrenntlebenden ist er doppelt so hoch.

Für den zunehmenden Trend der jüngeren Ledigen-Haushalte gibt es vielfältige Gründe. Einer davon könnte die gestiegene Zahl der Studenten an Universitäten und Fachhochschulen, das heißt der Fern- und Wochenendpendler mit Hauptwohnsitz (Einpersonen-Haushalt) am Studienort, sein. Weiterer Grund sind die längeren und somit qualifizierteren schulischen und beruflichen Ausbildungszeiten der Jugendlichen. Diese Entwicklung fällt bei den weiblichen Jugendlichen mehr ins Gewicht, da in den letzten Jahren generell die Anzahl der in einer Ausbildung befindlichen Frauen gestiegen ist. Eine große Rolle spielt auch die veränderte Lebenseinstellung der jüngeren Generation. Als Single zu leben ist „in“, was in den relativ niedrigen Eheschließungszahlen und dem ansteigenden durchschnittlichen Heiratsalter zum Ausdruck kommt.

Aber nicht nur die Zahl der Einpersonen-Haushalte ist gestiegen, es ist generell zu beobachten, daß kleinere Haushaltsformen an Beliebtheit gewonnen haben. Entscheidenden Einfluß hat hierbei natürlich auch der in den letzten Jahren festgestellte Trend zu geringeren

Kinderzahlen in den Familien. Im Jahre 1987 lebten nur in 47 % der insgesamt 1 389 700 Familien ledige Kinder. Von diesen hatten über die Hälfte nur ein Kind, 37 % der Familien hatten zwei Kinder und nur in 13 % der Familien gab es drei oder mehr Kinder. Auch hier zeigen sich veränderte Lebenseinstellungen der jüngeren Bevölkerung. Falls Ehe- und Kinderwünsche realisiert werden, wird dies häufig auf spätere Altersjahre verschoben. Nicht ohne Bedeutung darf außerdem die veränderte Position der Frau in der Gesellschaft gesehen werden. Erwerbstätige Frauen bleiben oft auch nach Eheschließung und trotz Kindererziehung, die heute immer noch in erster Linie der Mutter zukommt, in ihrem Beruf. Von 419 200, überwiegend verheirateten Müttern mit Kindern unter 18 Jahren waren 1987 über 40 % erwerbstätig. Mit wachsendem Alter der Kinder nimmt auch die Teilnahme der Mütter am Erwerbsleben zu. Von Müttern mit Kindern unter sechs Jahren sind 37 % erwerbstätig, mit schulpflichtigen Kindern im Alter von sechs bis 15 Jahren 40 % und mit Kindern von 15 bis 18 Jahren fast 44 %. Die Erwerbstätigkeit der Mütter hängt natürlich – abgesehen von ihrer sozialen Stellung – von der Kinderzahl ab. So haben zwei Drittel der erwerbstätigen Mütter nur ein Kind, aber knapp 70 % der nichterwerbstätigen drei und mehr Kinder.



Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Wirtschaftsbereichen im März 1987

Stellung im Beruf	Insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel und Verkehr	Sonstige Wirtschaftsbereiche
	1 000				
Insgesamt					
Selbständige	153,8	33,9	33,3	36,2	50,4
Mithelfende					
Familienangehörige	48,2	32,6	(·)	(·)	(6,6)
Beamte, Angestellte (einschl. Auszubildende)	760,5	(·)	204,7	153,0	398,7
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	621,5	15,4	422,4	64,0	119,7
I n s g e s a m t	1 584,0	86,0	665,2	257,4	575,4
Anteil in %	100,0	5,4	42,0	16,3	36,3
Männlich					
Selbständige	115,8	29,9	30,3	23,0	32,6
Mithelfende					
Familienangehörige	(6,3)	(·)	(·)	(·)	(·)
Beamte, Angestellte (einschl. Auszubildende)	407,2	(·)	133,5	69,8	201,3
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	471,8	11,4	356,7	45,9	57,8
Zusammen	1 001,1	47,8	521,3	139,0	293,0
Anteil in %	100,0	4,8	52,1	13,9	29,3
Weiblich					
Selbständige	38,0	(·)	(·)	13,2	17,8
Mithelfende					
Familienangehörige	41,9	28,7	(·)	(·)	(5,3)
Beamte, Angestellte (einschl. Auszubildende)	353,3	(·)	71,2	83,2	197,4
Arbeiter (einschl. Auszubildende)	149,7	(·)	65,7	18,1	61,9
Zusammen	582,9	38,2	143,9	118,4	282,4
Anteil in %	100,0	6,6	24,7	20,3	48,4

Fast 48 % der Bevölkerung sind Erwerbspersonen

Im März 1987 waren von den 3,608 Mill. Rheinland-Pfälzern 1,716 Mill. Erwerbspersonen. Daraus errechnet sich eine Erwerbsquote (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung) von 47,6 %. Über 62 % der Erwerbspersonen sind Männer, knapp 38 % Frauen, von denen jede zweite verheiratet ist.

Die entsprechenden Erwerbsquoten der Männer liegen bei 62 %, für Frauen bei 35 % bzw. für verheiratete Frauen bei 40 %. In den letzten zehn Jahren ist sowohl die Gesamterwerbsquote als auch die geschlechtsspezifische Erwerbsquote ständig gestiegen, die Frauenerwerbsquote allerdings etwas mehr. Beeinflußt wurde diese Entwicklung durch den Altersaufbau der Bevölkerung und das unterschiedliche Erwerbsverhalten.

Die Berechnung altersspezifischer Erwerbsquoten zeigt bei den 25- bis 55jährigen Männern einen Wert von über 90 %, bei den 35- bis 40jährigen liegt die Erwerbsquote sogar bei 99 %. Bei den Frauen errechnet sich die höchste Erwerbsquote mit 79 % für die 20- bis 25jährigen, Werte zwischen 67 % und 50 % ergeben sich bei den 25- bis 50jährigen Frauen.

Von den Erwerbspersonen sind 1,584 Millionen oder 92 % erwerbstätig, die übrigen 132 200 Personen gehören der Gruppe der Erwerbslosen an. Im Rahmen des

Mikrozensus versteht man unter Erwerbstätigen die Personen, die haupt- oder nebenberuflich eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben ohne Rücksicht auf deren Dauer und Bedeutung für den Lebensunterhalt. Auch die mithelfenden Familienangehörigen zählen zu den Erwerbstätigen wie Arbeitskräfte mit sehr niedrigen Arbeitszeiten in der Berichtswoche. Auch diejenigen Arbeitslosen (im Sinne der Arbeitslosenstatistik der Arbeitsämter), die geringfügige Nebentätigkeiten ausüben, werden nicht zu den Erwerbslosen, sondern zu den Erwerbstätigen gerechnet. Auf der anderen Seite ist der Begriff der Erwerbslosen umfassender als der der Arbeitslosen, da er auch die beim Arbeitsamt nicht gemeldeten Arbeitssuchenden enthält.

Mehr Angestellte als Arbeiter

Im März 1987 waren von den Erwerbstätigen 760 500 als Angestellte oder Beamte tätig (48 %) und 621 500 als Arbeiter (39 %). Der Anteil von Männern und Frauen hält sich bei den Angestellten etwa die Waage, von den Arbeitern sind drei Viertel Männer.

Als Selbständige arbeiten 153 800 Personen oder 9,7 % der Erwerbstätigen, davon nur knapp ein Viertel Frauen. Hinzu kommen 48 200 mithelfende Familienangehörige, das sind Personen, die ohne Entgelt im Betrieb eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungspflichtbeiträge entrichten. Es sind überwiegend Frauen.

Bevölkerung nach Beteiligung am Erwerbsleben, Stellung im Beruf
und überwiegendem Lebensunterhalt im März 1987

Beteiligung am Erwerbsleben Stellung im Beruf	Männlich				Weiblich			
	ins- gesamt	mit überwiegendem Lebensunterhalt durch			ins- gesamt	mit überwiegendem Lebensunterhalt durch		
		Erwerbs- tätigkeit	Rente, eigenes Vermögen u. dgl. ¹⁾	Angehörige		Erwerbs- tätigkeit	Rente, eigenes Vermögen u. dgl. ¹⁾	Angehörige
	1 000	%			1 000	%		
Erwerbstätige	1 001,1	96,8	(0,8)	2,4	582,9	88,3	1,7	10,0
Selbständige	115,8	96,9	(-)	(-)	38,0	87,1	(-)	(-)
Mithelfende								
Familienangehörige	(6,3)	(-)	(-)	(-)	41,9	68,7	(-)	25,1
Beamte	124,4	100,0	-	-	26,6	99,2	-	(-)
Angestellte								
(einschl. Auszubildende)	282,8	97,6	(-)	(1,9)	326,7	91,2	(-)	8,1
Arbeiter								
(einschl. Auszubildende)	471,8	96,1	(-)	3,6	149,7	85,6	(-)	12,4
Nichterwerbstätige	729,7	-	49,6	50,4	1 294,6	-	34,3	65,7
I n s g e s a m t	1 730,8	56,0	21,4	22,6	1 877,5	27,4	24,2	48,4

1) Einschl. Arbeitslosengeld/-hilfe, Pension, Sozialhilfe, sonstige Unterstützungen und private Zahlungen.

Während 1970 noch jeder elfte Erwerbstätige (163 700 Personen) in der Land- und Forstwirtschaft arbeitete, waren es im März 1987 nur noch 86 000 Personen oder 5,4 % aller Erwerbstätigen. Mit 42 % oder 665 200 Personen sind im Bereich des produzierenden Gewerbes die meisten Erwerbstätigen beschäftigt. In Handel und Verkehr sind 257 400 (16 %) und in den sonstigen Wirtschaftsbereichen 575 400 Personen (36 %) tätig. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich bei der prozentualen Verteilung der Erwerbstätigen auf die vier Wirtschaftsbereiche keine wesentliche Änderung ergeben.

Erwerbstätigkeit als häufigste Quelle des Lebensunterhalts

Zur Frage nach den Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts unterscheidet der Mikrozensus nach Erwerbstätigkeit und weiteren Einkommens- und Unterhaltsquellen. Ein Teil der Bevölkerung hat mehrere Einkommensquellen, wobei die vorherrschende Einkommensquelle nicht unbedingt identisch ist mit der ausgeübten Erwerbstätigkeit.

Rund 41 % der Bevölkerung leben überwiegend von ihrer Erwerbstätigkeit, und zwar 56 % der Männer und 27 % der Frauen. Von Rente, Pension, eigenem Vermögen, Arbeitslosengeld, -hilfe, Sozialhilfe oder sonstigen Unterstützungen leben fast 23 % der Bevölkerung. 36 %, davon zwei Drittel Frauen, werden von Angehörigen, in der Regel von den Eltern oder dem Ehegatten, unterstützt. Der Anteil dieser Personengruppe ist in den

letzten Jahren zurückgegangen, während sich die Prozentsätze der Personen, die von eigener Erwerbstätigkeit und von ihrer Rente, Pension und dergleichen leben, erhöht haben. Zu dieser Entwicklung hat neben dem durch sinkende Geburtenzahlen bedingten geringeren Anteil der Kinder und Jugendlichen an der Gesamtbevölkerung überwiegend die zunehmende Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben beigetragen.

Allerdings spielt die Bedeutung der Erwerbstätigkeit als vorherrschende Unterhaltsquelle bei den weiblichen Erwerbstätigen mit 88 % eine geringere Rolle als bei den männlichen Erwerbstätigen mit fast 97 %. Zum einen liegt dies daran, daß viele Frauen teilzeitbeschäftigt sind, zum anderen, daß es sich bei den einkommenslosen mithelfenden Familienangehörigen überwiegend um Frauen handelt. Entsprechend niedriger ist mit 2,4 % der Anteil der männlichen Erwerbstätigen mit Unterhalt durch Angehörige gegenüber dem Anteil der erwerbstätigen Frauen mit 10 %, die zwar mit ihrer Erwerbstätigkeit zum Familieneinkommen beitragen, den überwiegenden Lebensunterhalt jedoch durch die Angehörigen, in der Regel durch den Ehemann, bestreiten.

Für die Bevölkerung insgesamt ist die Erwerbstätigkeit mit einem gegenüber dem Vorjahr fast unveränderten Wert von 41 % die wichtigste Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts. Vor zehn Jahren kam der Erwerbstätigkeit als Einkommensquelle mit 37,5 % eine geringere Bedeutung zu. Vorherrschend war damals mit fast 44 % der Unterhalt durch die Angehörigen.

Diplom-Verwaltungswirtin (FH) Gisela Diesler

Einkommensstruktur der freien Berufe

Die Einkommensteuerstatistik weist in Abständen von drei Jahren sämtliche steuerlich erklärten Einkünfte in tiefer Gliederung nach. Von Nachteil ist, daß die Ergebnisse erst zu einem recht späten Zeitpunkt präsentiert

werden können, weil die Frist für die Abgabe der Steuererklärung sehr weit hinausgeschoben werden kann und die Durchführung der Veranlagung eine gewisse Zeit beansprucht. Aufgewogen wird dies aber durch die Tat-

**Einkünfte aus selbständiger Arbeit und Gesamtbetrag der Einkünfte
der freiberuflich tätigen unbeschränkt Einkommensteuerpflichtigen¹⁾ 1983**

Art der freiberuflichen Tätigkeit	Insgesamt	Steuerpflichtige mit Einkünften aus selbständiger Arbeit von ... DM					
		1	25000	50000	75000	100000	250000
		— 25000	— 50000	— 75000	— 100000	— 250000	und mehr
Steuerpflichtige							
Rechtsanwälte und Patentanwälte	973	122	155	274	340	82	
Notare	152	—	3	4	46	99	
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte ²⁾	1 464	174	239	231	188	523	109
Ärzte	3 263	130	199	220	268	1 592	854
Zahnärzte	1 189	46	63	84	81	486	429
Tierärzte	135	20	38	27	22	28	
Heilpraktiker und sonstige Heilberufe	853	308	292	149	63	41	
Architekten und Bauingenieure ³⁾	1 775	361	439	307	201	373	94
Sonstige Ingenieure und Techniker ⁴⁾	441	92	105	79	63	83	19
Künstlerische Berufe	405	240	88	37	16	17	7
Sonstige	2 827	1 524	622	343	140	171	27
Insgesamt	13 477	3 017	2 243	1 628	1 169	3 696	1 724
Außerdem: Zusammenveranlagte Ehe- gatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit	946	248	100	72	59	243	224
Einkünfte aus selbständiger Arbeit in 1000 DM							
Rechtsanwälte und Patentanwälte	109 096	1 696	5 784	20 102	52 594	28 920	
Notare	58 863	—	110	290	8 907	49 556	
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte ²⁾	160 761	2 510	8 889	14 239	16 212	79 536	39 375
Ärzte	634 553	1 859	7 147	13 872	23 375	271 502	316 798
Zahnärzte	281 168	708	2 399	5 351	7 142	82 032	183 536
Tierärzte	9 173	286	1 350	1 674	1 937	3 926	
Heilpraktiker und sonstige Heilberufe	35 652	4 374	10 446	9 150	5 474	6 208	
Architekten und Bauingenieure ³⁾	156 235	4 921	16 374	19 008	17 546	55 109	43 277
Sonstige Ingenieure und Techniker ⁴⁾	35 057	1 268	3 967	4 798	5 393	12 021	7 610
Künstlerische Berufe	15 194	2 587	3 129	2 229	1 334	2 288	3 627
Sonstige	106 557	14 327	22 487	20 988	12 011	23 857	12 887
Insgesamt	1 602 309	34 536	82 082	100 693	101 432	596 566	687 000
Außerdem: Zusammenveranlagte Ehe- gatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit	158 118	2 242	3 688	4 457	5 155	41 166	101 410
Gesamtbetrag der Einkünfte in 1000 DM							
Rechtsanwälte und Patentanwälte	112 095	4 265	7 437	21 545	50 712	28 136	
Notare	54 183	—	138	385	8 715	44 945	
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte ²⁾	160 729	6 497	12 663	15 421	15 572	73 736	36 840
Ärzte	641 970	6 582	10 539	16 831	26 845	277 772	303 401
Zahnärzte	259 921	1 386	2 995	6 099	7 557	79 920	161 964
Tierärzte	12 132	790	2 102	2 375	2 560	4 305	
Heilpraktiker und sonstige Heilberufe	45 830	11 583	13 449	9 979	5 232	5 587	
Architekten und Bauingenieure ³⁾	167 553	10 771	20 552	20 793	18 126	53 226	44 085
Sonstige Ingenieure und Techniker ⁴⁾	39 738	3 445	4 955	5 451	5 700	12 397	7 790
Künstlerische Berufe	19 421	5 797	3 752	2 628	1 283	2 550	3 411
Sonstige	155 447	53 581	28 259	22 871	12 640	25 038	13 058
Insgesamt	1 669 019	104 697	106 841	113 070	106 823	592 508	645 080
Außerdem: Zusammenveranlagte Ehe- gatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit	174 189	14 843	7 477	6 483	6 521	43 532	95 333

1) Ohne zusammenveranlagte Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus selbständiger Arbeit, die gesondert nachgewiesen werden. — 2) Einschl. vereidigte Buchprüfer und sonstige Wirtschaftsberater. — 3) Einschl. Garten- und Landschaftsarchitekten, Innenarchitekten sowie Vermessungsingenieure, aber ohne Film- und Bühnenarchitekten. — 4) Einschl. Chemiker und Chemotechniker.

sache, daß die Angaben von nahezu allen Steuerpflichtigen in die Statistik einfließen. Deshalb ist die Einkommensteuerstatistik eine gute Grundlage, detailliert die Einkommensstruktur einzelner Gruppen von Steuerpflichtigen darzustellen und ihre Einkommenssituation mit der anderer zu vergleichen. Die letzten Ergebnisse basieren auf dem Jahr 1983. Inzwischen hat sich das Einkommensniveau erheblich verändert. Die Struktur der einzelnen Bereiche ist im wesentlichen wohl geblieben.

2 % der Steuerpflichtigen freiberuflich tätig

Gemessen an der Gesamtzahl der Einkommensteuerpflichtigen sind die Angehörigen freier Berufe eine kleine Gruppe. 1983 stellten sie 2 % der Steuerpflichtigen. Aufgrund ihrer Stellung im Erwerbsleben und ihres hohen Qualifikationsniveaus, welches durch eine lange dauernde und aufwendige Ausbildung erworben wird, sind sie eine einkommensstarke Gruppe, die 6 % des Gesamtbetrags der Einkünfte auf sich vereinigte.

Ihre durchschnittlichen jährlichen Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit beliefen sich 1983 auf 122 100 DM. Jeder Zweite verdiente jedoch weniger als 75 000 DM, gut ein Viertel erzielte Einkünfte zwischen 100 000 DM und 250 000 DM. Verglichen mit den Steuerpflichtigen insgesamt ist ihre Einkommenssituation als günstig zu bezeichnen, denn von diesen haben fast 90 % weniger als 75 000 DM zur Verfügung und nur 4 % verdienen zwischen 100 000 DM und 250 000 DM.

Freiberuflich Tätige haben häufig mehrere Einkommensquellen

Viele Angehörige der freien Berufe haben neben ihren Einkünften aus selbständiger Tätigkeit noch andere Einkunftsquellen. Besonders häufig ist das in den unteren Einkommensgruppen der Fall. Wenn die Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit unter 12 000 DM liegen, sind sie als Nebeneinkünfte zu bezeichnen, denn sie tragen nur zu 14 % zum Gesamtbetrag der Einkünfte bei. Auch bei einem Einkommen zwischen 12 000 DM und 25 000 DM aus freiberuflicher Tätigkeit erzielt der Freiberufler aus anderen Quellen erhebliche Beträge hinzu. In der überwiegenden Zahl der Fälle resultieren die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, die die Haupterwerbsquelle darstellt.

Mit zunehmenden Einkünften aus selbständiger Arbeit nimmt die Bedeutung anderer Einkommensquellen ab. Bei Einkünften aus selbständiger Tätigkeit von 25 000 DM bis 50 000 DM verdient der Freiberufler im Schnitt noch 25 % seiner Gesamteinkünfte aus anderen Quellen hinzu. Erwirtschaftet er mit seiner Praxis einen Gewinn von 75 000 bis 100 000 DM, sinkt der Hinzuerdienst aus anderen Quellen auf 6 %.

Darüber hinaus nutzen die Angehörigen der freien Berufe mit steigenden Einkünften die Möglichkeit, Einkünfte und Verluste miteinander zu verrechnen. Diese ausgeglichenen Verluste resultieren ganz überwiegend aus Vermietung und Verpachtung, die sich im Schnitt auf 28 100 DM belaufen. Bei Einkünften aus selbständiger Tätigkeit bis 50 000 DM belaufen sich die geltend gemachten Verluste aus Vermietung und Verpachtung auf 11 500 DM. Sie steigen dann in den jeweiligen Größenklassen auf 14 200 DM, 19 500 DM, 29 700 DM und bei Einkünften von mindestens 250 000 DM betragen sie 59 600 DM.

Große Einkommensunterschiede

In den einzelnen Berufsgruppen ist das Einkommen unterschiedlich hoch. Da die Struktur sich in der Vergangenheit jedoch relativ stabil gezeigt hat, kann davon ausgegangen werden, daß sie auch heute noch gegeben ist. In der Schichtung nach der Höhe der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit weisen Ärzte, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Steuerbevollmächtigte, Rechtsanwälte und Patentanwälte einen deutlichen Schwerpunkt bei einem Einkommen zwischen 100 000 DM und 250 000 DM auf. Trotz dieser Gemeinsamkeit zeigen diese Berufsgruppen einige typische Unterschiede.

Ein Viertel der Ärzte verdient weniger als 100 000 DM, fast die Hälfte erwirtschaftet aber zwischen 100 000 DM

und 250 000 DM. In den unteren Einkommensgruppen sind die Einkünfte der Ärzte aus selbständiger Tätigkeit als Nebeneinkünfte zu qualifizieren, da die Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit überwiegen. Daneben dürfen hier auch Ärzte mit einer kleinen Praxis zu finden sein, deren Zahl sich aber nicht quantifizieren läßt. Wie Kostenstrukturuntersuchungen belegen, steigt der Reinertrag einer Arztpraxis, je mehr Personal eingesetzt wird und je mehr technische Apparate die Behandlung unterstützen, so daß aus diesem Grund die Besetzung in den oberen Einkunftsgruppen sehr stark ist. Auch die materielle Lage der Zahnärzte kann als günstig bezeichnet werden, denn hier ist noch ausgeprägter als bei den Ärzten eine Konzentration auf die obersten Einkommensgruppen festzustellen.

Gut ein Drittel der wirtschafts-, steuer- und rechtsberatenden Berufstätigen erzielt Einkünfte zwischen 100 000 DM und 250 000 DM, und jeder 13. kann in seiner Praxis einen noch höheren Überschuß erwirtschaften. Diesen relativ gut verdienenden Steuerpflichtigen stehen jedoch viele gegenüber, die deutlich weniger zur Verfügung haben. Etwa in jeder vierten Praxis liegt der Gewinn zwischen 50 000 und 100 000 DM. Die gleiche Quote errechnet sich für die Einkunftsgruppe unter 50 000 DM. Hieraus kann nicht auf unzureichende Verdienstmöglichkeiten geschlossen werden, da zu diesem Personenkreis viele gehören, die neben ihren Einkünften aus der selbständigen Beratertätigkeit auch andere Einkunftsquellen, und zwar insbesondere aus nichtselbständiger Arbeit, haben. Die selbständige Beratung wird also häufig nebenberuflich oder auch als Teilzeittätigkeit ausgeübt.

Ähnliches gilt für die Architekten, Bauingenieure, sonstigen Ingenieure und Techniker, von denen jeder Zweite weniger als 50 000 DM mit der selbständigen Tätigkeit verdient. Wegen ihrer großen Zahl prägen sie zwar das Bild dieser Berufsgruppen, verzerren aber die Einkommenssituation erheblich, weil in diesem Bereich die Einkünfte aus nichtselbständiger Tätigkeit zum Teil ein wesentlich größeres Gewicht haben. Kennzeichnend für diese Berufsgruppen sind die kleinen und mittleren Praxen, in denen ein Gewinn zwischen 50 000 DM und 100 000 DM erreicht wird; von etwa 30 % der Praxisinhaber wird das realisiert. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Büros, in denen ein höherer Gewinn erwirtschaftet wird. 21 % der Architekten und Bauingenieure verdienen zwischen 100 000 DM und 250 000 DM, 5 % erzielen ein noch höheres Einkommen. Die Einkommenssituation der sonstigen Ingenieure und Techniker ist nicht so günstig. Sie sind in den oberen Einkunftsgruppen relativ selten vertreten.

Die freiberuflichen Tätigen in künstlerischen Berufen bleiben mit ihren durchschnittlichen Einkünften aus selbständiger Arbeit deutlich hinter den in anderen freien Berufen erzielten Einkommen zurück. Fast 60 % erklärten dem Finanzamt gegenüber Einkünfte von weniger als 25 000 DM, weitere 22 % verdienten zwischen 25 000 DM und 50 000 DM. Neben den Einkünften aus selbständiger Arbeit bezieht ein großer Teil der Künstler auch Einkünfte aus einer nichtselbständigen Beschäftigung, die fast ein Viertel zu den gesamten Einkünften beitragen.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 612	3 608	3 608	3 605
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 901	1 992 ^p	1 344 ^p	1 854 ^p	2 944 ^p	1 018 ^p	1 689 ^p	1 477 ^p	3 025 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,6 ^p	4,4 ^p	6,3 ^p	9,6 ^p	3,6 ^p	5,5 ^p	5,0 ^p	9,9 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 098	3 148 ^p	3 094 ^p	2 986 ^p	2 978 ^p	3 103 ^p	3 558 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,3	10,5 ^p	10,1 ^p	10,1 ^p	9,7 ^p	10,8 ^p	11,6 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 601	3 501 ^p	3 938 ^p	3 489 ^p	3 100 ^p	3 490 ^p	3 887 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	11,6 ^p	12,8 ^p	11,8 ^p	10,1 ^p	12,2 ^p	12,7 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	27	29 ^p	32 ^p	29 ^p	20 ^p	27 ^p	23 ^p
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	8,8	9,1 ^p	10,3 ^p	9,7 ^p	6,5 ^p	9,2 ^p	6,8 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 503	- 353 ^p	- 844 ^p	- 503 ^p	- 122 ^p	- 387 ^p	- 329 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,2 ^p	- 2,5 ^p	- 1,7 ^p	- 0,4 ^p	- 1,4 ^p	- 1,1 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 416	...	5 405	5 819	6 941
* Fortgezogene	Anzahl	6 215	...	5 726	5 843	9 554
* Wanderungssaldo	Anzahl	202	...	- 321	- 24	- 2 613
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 379	...	8 519	9 863	11 781
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	119 432	116 602	131 605	116 238	107 029	132 802	124 213	111 963	104 845
* Männer	Anzahl	63 608	61 911	76 289	62 513	55 625	75 447	69 175	58 222	52 653
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 332	.	14 026	.	.	.	11 380	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	40 978	.	47 238	.	.	.	43 594	.	.
Arbeitslosenquote	%	8,3	8,1	9,2	8,1	7,5	9,2	8,6	7,7	7,2
Offene Stellen	Anzahl	7 144	8 317	9 091	8 865	8 847	8 342	9 518	9 204	9 555
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	798	.	.	.	952	.	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	2 840	.	.	.	2 722	.	.
Kurzarbeiter	Anzahl	11 261	11 005	20 425	14 970	9 900	19 721	17 441	13 828	8 266
Männer	Anzahl	8 689	8 803	17 103	11 836	7 471	16 819	14 677	11 069	6 199
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 792	14 684	15 195	14 737	14 302	13 635	15 088	13 120	14 714
* Rinder	t	4 937	4 695	5 048	4 764	4 468	3 875	4 788	3 772	4 170
* Kälber	t	30	32	31	49	27	20	39	21	29
* Schweine	t	9 712	9 832	10 012	9 769	9 686	9 630	10 089	9 196	10 367
Milch										
* Milcherzeugung	1000 t	80	73	76	80	88	61	67	72	81
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	93,6	94,7	95,3	94,1	93,3	94,5	95,3
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 614	2 584	2 586	2 588	2 585	2 577	2 585	2 598	2 604
* Beschäftigte	1000	367	365	363	363	363	363	364	364	364
* Arbeiter ⁸⁾	1000	253	250	249	249	248	247	248	248	248
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 393	34 730	35 815	35 550	34 414	34 340	37 635	34 464	34 453
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 307	1 357	1 222	1 260	1 255	1 233	1 297	1 313	1 309
* Löhne	Mill. DM	760	783	704	721	727	704	751	737	758
* Gehälter	Mill. DM	547	574	518	539	528	529	546	576	551
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 028	1 007	1 040	983	970	998	1 108	1 021	1 043
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 782	6 913	7 133	7 041	6 778	6 894	7 924	7 214	7 465
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 408	2 495	2 611	2 559	2 424	2 729	3 001	2 765	2 786

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	101	102	96	106	107	100	101	111	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	103	104	101	106	107	106	106	114	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	102	103	99	105	107	104	104	113	113 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	107	110	107	111	113	113	112	126	123 ^p
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	85	76	55	85	92	56	67	94	95 ^p
Chemische Industrie	1980 = 100	117	123	121	121	126	131	125	135	130 ^p
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	98	95	89	98	101	96	97	103	107 ^p
Maschinenbau; Büro-maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	100	99	88	92	102	104	103	104	117 ^p
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	94	87	87	98	99	84	85	95	99 ^p
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	97	96	101	100	97	101	104	100 ^p
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	82	74	83	74	74	77	79	73	68 ^p
* Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	106	111	95	111	105	99	102	107	117 ^p
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	87	87	57	103	107	59	67	90	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	410	642	419	379	398	1 066	1 133	945	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 294	2 053	2 489	2 153	2 162	1 618	1 730	1 692	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	865	822	897	747	752	772	930	819	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 839	1 873	2 011	1 784	1 808	1 912	1 934	1 818	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	338	386	468	347	342	460	452	344	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	96	95	91	.	.	.	88	.	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	146	148	117	.	.	.	125	.	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 864	60 061	57 432	60 161	61 002	55 101	55 824 ^p	57 352 ^p	58 445 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 338	30 687	28 765	30 336	30 869	28 105	28 561 ^p	29 146 ^p	29 852 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 347	15 097	13 942	15 248	15 686	13 321	13 485 ^p	14 418 ^p	14 818 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	7 109	6 993	5 895	8 034	7 921	4 712	5 934 ^p	6 549 ^p	7 364 ^p
Privater Bau	1000	4 371	4 234	3 742	4 726	4 767	3 200	3 781 ^p	3 938 ^p	4 435 ^p
Wohnungsbau	1000	2 651	2 433	1 630	2 680	2 795	1 843	2 098 ^p	2 294 ^p	2 577 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1000	34	41	14	42	58	22	1 131 ^p	18 ^p	29 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 686	1 760	1 630	2 004	1 914	1 335	1 552 ^p	1 626 ^p	1 829 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 738	2 759	1 683	3 308	3 154	1 512	2 153 ^p	2 611 ^p	2 929 ^p
Hochbau	1000	670	608	400	622	595	408	534 ^p	557 ^p	567 ^p
Tiefbau	1000	2 068	2 151	1 283	2 686	2 559	1 104	1 619 ^p	2 054 ^p	2 362 ^p
Straßenbau	1000	1 134	1 271	685	1 575	1 561	579	836 ^p	1 082 ^p	1 274 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	176	174	127	180	181	131	146 ^p	164 ^p	184 ^p
* Löhne	Mill. DM	146	143	99	150	151	102	117 ^p	134 ^p	153 ^p
* Gehälter	Mill. DM	30	31	28	30	30	29	29 ^p	30 ^p	31 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	511	532	442	401	520	334	446 ^p	442 ^p	522 ^p

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	742	713	849	925	814	653	770	789	857
* mit 1 Wohnung	Anzahl	536	584	718	756	681	528	648	653	715
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	161	98	98	138	109	84	100	106	107
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	45	31	33	31	24	41	22	30	35
* Umbauter Raum	1000 m ³	720	669	734	874	762	641	731	745	801
* Wohnfläche	1000 m ²	119	109	120	145	120	106	116	121	128
Wohnräume	Anzahl	5 567	5 041	5 609	6 701	5 545	4 869	5 383	5 489	5 887
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	232	216	238	279	243	208	237	240	259
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	1	2	2	1	2	–	–	–
Unternehmen	Anzahl	120	115	157	113	103	100	107	134	111
Private Haushalte	Anzahl	621	597	690	810	710	551	663	655	746
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	160	181	133	157	135	158	168	136
* Umbauter Raum	1000 m ³	638	659	1 353	427	593	465	710	771	482
* Nutzfläche	1000 m ²	109	110	181	81	111	83	115	131	86
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	147	133	300	89	173	79	113	146	112
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	32	32	49	28	34	12	26	53	15
Unternehmen	Anzahl	127	125	126	102	118	122	127	110	118
Private Haushalte	Anzahl	5	3	6	3	5	1	5	5	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 308	1 108	1 175	1 413	1 211	1 105	1 115	1 150	1 283
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 443	2 484	2 545	2 584	2 450
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 300	1 371	1 384	1 483	1 350
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	196	209	194	233	207
Dänemark	Mill. DM	52	50	50	64	44
Frankreich	Mill. DM	326	337	346	354	331
Griechenland	Mill. DM	21	23	24	24	24
Großbritannien	Mill. DM	224	235	227	238	216
Irland	Mill. DM	9	8	10	9	9
Italien	Mill. DM	221	236	252	261	243
Niederlande	Mill. DM	175	183	191	207	190
Spanien	Mill. DM	63	74	72	77	72
Portugal	Mill. DM	13	16	18	16	16
USA und Kanada	Mill. DM	180	164	171	168	160
Japan	Mill. DM	51	48	48	43	45
Entwicklungsländer	Mill. DM	310	299	336	299	278
Staatshandelsländer	Mill. DM	120	118	115	115	126
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 441	1 464	1 565	1 533	1 358
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	857	882	984	952	841
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	174	164	182	185	157
Dänemark	Mill. DM	22	22	25	26	23
Frankreich	Mill. DM	204	200	230	222	172
Griechenland	Mill. DM	7	10	9	8	13
Großbritannien	Mill. DM	75	83	97	94	75
Irland	Mill. DM	5	3	2	3	3
Italien	Mill. DM	140	146	178	147	144
Niederlande	Mill. DM	182	205	214	223	215
Spanien	Mill. DM	39	40	36	36	34
Portugal	Mill. DM	8	9	12	8	7
USA und Kanada	Mill. DM	87	82	79	84	79
Japan	Mill. DM	69	83	67	86	84
Entwicklungsländer	Mill. DM	184	172	163	169	141
Staatshandelsländer	Mill. DM	46	45	44	44	36

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	95	101	101	101	100	99	100
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	112	103	97	108	99	89	110
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	117
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	105	101	98	102	106	95	98
Teilbeschäftigte	1986 = 100	115	104	102	107	112	101	104
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	112	99	87	100	112	84	86
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	130	100	79	95	116	79	84
Gaststättengewerbe	1986 = 100	101	98	92	105	109	87	87
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	437	453	275	396	575	248	279	399	...
* Ausländer	1000	105	108	51	85	127	46	50	84	...
* Fremdenübernachtungen	1000	1 565	1 607	964	1 427	1 874	863	997	1 361	...
* Ausländer	1000	342	355	161	260	365	161	143	243	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1 533	1 520	1 563	1 651	1 555	1 514	1 100	1 684	...
* Güterversand	1000 t	944	950	876	1 019	963	894	710	1 095	...
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 402	15 420	19 132	20 779	18 134	12 249	20 285	18 558	17 215
Krafträder	Anzahl	518	499	1 030	1 781	865	229	1 190	1 379	1 144
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	14 067	14 048	17 024	17 766	16 277	11 276	17 889	16 139	15 016
* Lastkraftwagen	Anzahl	512	579	621	728	609	462	738	650	628
Zugmaschinen	Anzahl	209	218	325	300	256	186	236	287	277
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl	Anzahl	10 354	10 608	9 948	9 496	11 423	9 957	11 303	9 938	11 550 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 657	1 617	1 297	1 594	1 856	1 358	1 519	1 677	2 025 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 697	8 991	8 651	7 902	9 567	8 599	9 784	8 261	9 525 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 177	1 743	2 074	2 553	1 857	2 004	2 272	2 808 ^p
* Getötete	Anzahl	48	42	51	40	46	40 ^p	26	39	48
Pkw-Insassen	Anzahl	28	22	35	20	26	21 ^p	22	22	27
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	8	7	3	10	7	3 ^p	1	7	13
Radfahrer	Anzahl	3	3	2	2	3	1 ^p	–	4	3
Fußgänger	Anzahl	8	8	5	8	6	15 ^p	3	6	4
Schwerverletzte	Anzahl	658	617	459	566	753	519	497	646 ^p	780 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	340	342	287	244	393	344	309	344	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	149	118	41	163	177	54	64	139	...
Radfahrer	Anzahl	62	55	29	72	64	22	21	70	...
Fußgänger	Anzahl	86	83	85	74	105	89	79	74	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	82	80	83	84	100	69	88	61	75
Angemeldete Forderungen	1000 DM	51 034	45 767	74 415	73 970	40 068	43 064	19 571	42 740	39 223
* Vergleichsverfahren	Anzahl	–	0	2	–	1	–	–	–	1
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	699	587	709	535	584	529	538	512	632
* Wechselsumme	1000 DM	5 812	4 146	4 532	3 681	3 639	6 670	4 738	3 736	3 574

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	82 106	84 531	82 115	82 521	82 656	84 505	85 004	85 361	85 712
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	80 239	82 443	80 218	80 612	80 720	82 457	82 944	83 290	83 612
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 794	14 189	14 627	14 631	14 414	13 947	14 188	14 197	14 009
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 343	13 909	14 224	14 105	13 933	13 673	13 850	13 906	13 791
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	451	280	403	525	482	274	338	290	218
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 811	7 135	7 482	7 444	7 401	6 976	7 028	6 981	7 226
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 624	6 235	6 384	6 405	6 380	6 078	6 109	6 074	6 326
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 187	900	1 098	1 038	1 021	898	919	907	900
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	57 634	61 119	58 109	58 537	58 905	61 534	61 727	62 112	62 377
* an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	47 201	50 266	47 598	47 868	48 117	50 478	50 814	51 128	51 273
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 434	10 853	10 511	10 670	10 788	11 056	10 913	10 984	11 105
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	74 877	79 944	75 092	75 330	76 676	80 067	79 095	79 536	80 877
* Sichteinlagen	Mill. DM	10 448	11 013	9 628	10 020	10 697	11 103	10 290	10 705	11 295
* Termingelder	Mill. DM	26 136	28 315	26 756	26 641	27 297	28 112	28 016	28 064	28 849
* Spareinlagen	Mill. DM	38 293	40 617	38 707	38 668	38 682	40 852	40 789	40 767	40 734
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 846	1 847	1 720	1 583	1 586	1 852	1 783	1 543	1 525
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 635	1 657	1 644	1 621	1 572	1 761	1 846	1 564	1 558
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1000 DM	1 350 174	1 455 533	1 452 022	818 678	1 389 907	1 564 215	1 605 775	962 208	1 390 424
* Steuern vom Einkommen	1000 DM	975 488	1 013 291	1 120 981	430 552	926 274	1 036 905	1 246 297	477 242	937 751
* Lohnsteuer	1000 DM	676 863	710 348	449 303	480 128	861 533	1 012 934	472 528	509 568	860 770
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	1000 DM	123 189	128 269	—	—	348 043	489 536	—	—	340 787
* Veranlagte Einkommensteuer	1000 DM	123 887	123 070	360 474	— 67 343	— 31 095	— 9 668	405 418	— 53 513	— 39 039
* Kapitalertragsteuer	1000 DM	27 068	29 130	10 374	17 528	13 968	9 341	7 339	6 933	21 529
* Körperschaftsteuer	1000 DM	147 670	150 743	300 830	239	81 868	24 298	361 012	14 254	94 491
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	1000 DM	42 721	33 271	—	—	75 812	35 515	—	—	59 333
* Steuern vom Umsatz	1000 DM	374 686	442 243	331 041	388 126	463 633	527 310	359 478	484 966	452 673
* Umsatzsteuer	1000 DM	226 169	296 547	192 294	226 373	320 669	388 106	219 619	303 062	300 792
* Einfuhrumsatzsteuer	1000 DM	148 517	145 696	138 747	161 753	142 964	139 204	139 859	181 904	151 881
* Bundessteuern	1000 DM	128 372	131 998	150 303	110 445	125 542	159 105	160 867	116 095	118 253
* Zölle	1000 DM	10 164	10 975	8 409	11 955	12 280	10 984	11 610	16 398	11 969
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1000 DM	114 805	117 493	137 149	96 050	109 998	144 869	143 124	96 551	103 910
* Landessteuern	1000 DM	87 446	86 069	82 127	81 024	114 767	117 022	87 231	89 044	121 331
* Vermögensteuer	1000 DM	14 509	17 520	4 284	5 677	43 082	46 917	6 654	10 973	48 202
* Kraftfahrzeugsteuer	1000 DM	48 972	43 680	54 021	55 993	47 919	40 194	53 281	52 432	50 564
* Biersteuer	1000 DM	6 142	6 164	5 368	5 025	6 359	4 647	5 388	5 987	5 749

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
* Gemeindesteuern ¹⁾	1000 DM	507 992	504 330	466 186	.	.	.	530 461	.	.
* Grundsteuer A	1000 DM	7 970	8 139	6 423	.	.	.	6 970	.	.
* Grundsteuer B	1000 DM	92 789	93 871	79 466	.	.	.	88 671	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1000 DM	357 652	353 821	332 443	.	.	.	382 169	.	.
Grunderwerbsteuer	1000 DM	36 489	35 193	36 642	.	.	.	39 688	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1000 DM	809 251	872 582	865 241	571 439	828 377	945 569	951 852	663 578	820 142
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	427 688	444 139	499 757	184 318	400 854	443 207	557 304	204 416	407 245
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	243 552	287 463	215 182	252 286	301 367	342 756	233 666	315 232	294 242
* Steuereinnahmen des Landes	1000 DM	698 834	746 669	812 883	470 206	731 022	804 200	833 211	563 873	767 436
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1000 DM	425 346	441 524	498 584	182 689	398 126	441 910	554 964	199 680	401 911
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1000 DM	176 403	210 094	232 173	182 103	217 515	244 767	191 001	247 314	243 792
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1000 DM	814 965	826 186	768 690	.	.	.	893 673	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1000 DM	304 361	300 720	282 434	.	.	.	325 701	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1000 DM	360 265	374 957	352 513	.	.	.	419 680	.	.
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	120,7	121,0	120,7	121,0	121,1	121,8	121,9	122,2	122,4
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	117,4	117,9	118,3	117,1	116,9	117,4	117,6
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	116,2	118,6	.	.	118,5	119,7	.	.	120,9
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	16,72	17,48	.	17,32	.	.	.	18,12	.
* Männliche Arbeiter	DM	17,57	18,34	.	18,17	.	.	.	19,02	.
* Facharbeiter	DM	18,46	19,27	.	19,09	.	.	.	20,01	.
Angelernte Arbeiter	DM	16,87	17,58	.	17,41	.	.	.	18,13	.
Hilfsarbeiter	DM	14,93	15,55	.	15,40	.	.	.	16,21	.
* Weibliche Arbeiter	DM	12,48	12,95	.	12,85	.	.	.	13,33	.
* Hilfsarbeiter	DM	12,21	12,72	.	12,65	.	.	.	13,21	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,7	40,6	.	40,6	.	.	.	40,7	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,0	40,9	.	40,9	.	.	.	41,1	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,2	39,0	.	39,0	.	.	.	39,1	.
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 219	4 368	.	4 321	.	.	.	4 545	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 776	3 907	.	3 883	.	.	.	4 083	.
* männlich	DM	4 495	4 651	.	4 623	.	.	.	4 860	.
* weiblich	DM	2 946	3 053	.	3 029	.	.	.	3 173	.
Technische Angestellte	DM	4 609	4 772	.	4 701	.	.	.	4 939	.
* männlich	DM	4 714	4 883	.	4 812	.	.	.	5 058	.
* weiblich	DM	3 277	3 399	.	3 336	.	.	.	3 514	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 868	3 008	.	2 985	.	.	.	3 043	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 858	2 997	.	2 970	.	.	.	3 030	.
* männlich	DM	3 452	3 596	.	3 581	.	.	.	3 637	.
* weiblich	DM	2 373	2 487	.	2 449	.	.	.	2 525	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	61 066	61 143	61 149
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	31 001	31 825 ^p	15 362 ^p	21 906 ^p	29 759 ^p	11 818 ^p	15 600 ^p	25 453 ^p	...
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	52 164	53 396 ^p	48 231 ^p	51 885 ^p	51 103 ^p	52 477 ^p	53 812 ^p	59 995 ^p	...
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 491	57 170 ^p	56 251 ^p	61 431 ^p	56 392 ^p	56 219 ^p	56 759 ^p	61 739 ^p	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 327	- 3 774 ^p	- 8 020 ^p	- 9 546 ^p	- 5 289 ^p	- 3 742 ^p	- 2 947 ^p	- 1 744 ^p	...
Arbeitslose	1000	2 228	2 229	2 488	2 412	2 216	2 519	2 517	2 440	2 262
Männer	1000	1 200	1 207	1 454	1 396	1 216	1 427	1 434	1 382	1 219
Arbeitslosenquote	%	9,0	8,9	10,0	9,6	8,8	9,9	9,9	9,6	8,9
Offene Stellen	1000	154	171	165	180	179	161	174	190	193
Kurzarbeiter	1000	197	278	382	463	302	310	350	424	261
Männer	1000	164	231	333	406	246	266	298	370	211
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalen-derunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	105	103	106	106	104	97	100	111	105
ohne Baugewerbe	1980 = 100	107	102	112	108	103	98	102	112	104
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	107	102	110	107	104	97	101	112	104
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1980 = 100	99	99	100	101	101	99	100	108	105
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	118	105	122	112	107	93	104	115	107
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	97	103	103	111	104	103	104	116	105
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1980 = 100	105	100	105	97	98	98	94	102	95
Baugewerbe	1980 = 100	87	106	46	73	120	77	72	84	114
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1000	7 063	7 054	7 038	7 045	7 035	6 988	6 993	7 006	6 993
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	645	653	654	667	618	654	711	641
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	122 358	123 074	115 903	126 630	123 124	110 693	121 165	139 085	126 656
Auslandsumsatz	Mill. DM	36 359	36 518	35 285	38 822	36 987	32 836	37 627	43 168	37 621
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	28 814	29 549	31 516	33 385	27 692	33 600 ^p	32 450 ^p	34 470 ^p	...
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 676	2 790	2 761	2 904	2 804	3 044	2 935	3 475	...
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1000	1 003	985	889	935	988	914	894	903	955
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	107	103	56	74	117	72	73	86	106
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	8 711	8 841	4 290	5 369	7 121	5 656	5 698	7 011	7 478
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	9 668	9 121	6 693	9 838	9 918	6 644	8 016	10 131	11 337
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 022	8 568	6 280	9 322	9 367	6 157	7 526	9 570	10 708
Wohnfläche	1000 m ²	1 583	1 450	1 069	1 524	1 565	1 094	1 281	1 594	1 802
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 517	2 536	1 662	2 357	2 359	1 846	2 043	2 424	2 679
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	18 264	15 897	12 280	16 407	16 726	12 427	13 828	16 738	18 876
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	117,3	120,3	103,0 ^p	116,5	129,3	109,2	110,0 ^p	131,6 ^p	125,6 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1986	1987				1988			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	43 864	43 918	42 561	47 064	43 919
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	22 286	23 123	22 299	25 204	23 673
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 098	3 240	3 261	3 566	3 352
Frankreich	Mill. DM	5 194	5 301	4 993	5 964	5 577
Großbritannien	Mill. DM	3 716	3 845	3 601	4 013	3 813
Italien	Mill. DM	3 573	3 838	3 714	4 283	3 955
Niederlande	Mill. DM	3 788	3 841	3 820	4 138	3 890
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	34 517	34 123	32 113	36 926	35 030
EG-Länder insgesamt ¹⁾	Mill. DM	18 023	17 955	16 560	19 998	18 886
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 455	2 427	2 210	2 781	7 214
Frankreich	Mill. DM	3 924	3 958	3 718	4 241	4 456
Großbritannien	Mill. DM	2 481	2 434	2 179	2 641	2 514
Italien	Mill. DM	3 175	3 267	3 090	3 666	3 144
Niederlande	Mill. DM	3 984	3 746	3 293	4 347	3 908
Geld und Kredit ²⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 069 ^r	2 145	2 050	2 053	2 052	2 143	2 146	2 158	2 161 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 592 ^r	1 643	1 578	1 582	1 581	1 635	1 638	1 649	1 651 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	478 ^r	502	472	471	471	507	508	509	510 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 481 ^r	1 583	1 475	1 477	1 476	1 572	1 580	1 573	1 580 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	670 ^r	707	676	677	678	710	713	712	713 ^p
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	28 196	29 448	22 316	34 183	21 036	27 953	23 417	35 251	22 788
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	18 545	19 171	10 940	25 947	11 053	16 547	11 752	26 534	11 679
Lohnsteuer	Mill. DM	12 686	13 681	11 309	10 862	11 316	14 708	11 549	11 335	11 867
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 490	2 558	- 293	7 732	- 1 305	433	- 211	7 861	- 839
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 262	9 900	11 329	8 228	9 175	11 370	11 628	8 713	10 194
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 882	5 615	7 454	3 931	4 661	7 316	7 587	4 036	5 255
Bundessteuern	Mill. DM	4 696	4 772	4 621	4 760	4 257	1 082	4 819	4 928	4 650
Zölle	Mill. DM	437	462	413	473	477	439	425	540	626
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 910	3 964	3 338	3 941	3 492	395	3 502	4 041	3 715
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1980 = 100	108,4	103,9	104,6	104,8	104,8	103,7	103,8	103,9	104,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1980 = 100	97,2	93,9	94,5	95,7	95,3	94,6	94,1	94,2	92,3 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1985 = 100	97,5	95,1	94,9	94,9	94,6	95,4	95,4	95,5	95,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	116,8	119,2	118,0	.	.	.	120,2	.	.
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1980 = 100	116,2	118,6	117,4	.	.	.	119,7	.	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	104,8	105,8	105,0	.	.	.	106,4	.	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	120,7	121,0	120,7	120,7	121,0	121,5	121,8	121,9	122,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	117,6	117,0	117,6	117,4	117,9	116,6	117,1	116,9	117,4
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	120,6	122,2	121,7	121,9	122,0	123,0	123,2	123,3	123,5
Wohnungsmieten	1980 = 100	126,4	128,7	127,9	128,1	128,3	130,0	130,4	130,7	130,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	116,4	106,1	106,7	106,0	105,1	103,9	103,2	102,4	103,4
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	119,1	120,5	120,0	120,1	120,3	121,1	121,4	121,6	121,7
Güter für										
Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	121,5	122,8	122,4	122,5	122,6	123,2	123,4	123,7	123,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	118,3	119,5	118,3	118,5	119,7	119,7	120,0	120,5	121,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	117,8	119,1	119,5	119,5	119,2	121,4	121,3	121,1	121,0
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	130,1	132,6	131,5	131,5	131,5	134,8	135,5	136,0	135,9

1) Nach dem Stand vom 1.1.1986. – 2) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 4) Ohne Baunebenleistungen.

Auftragseingänge im Mai 1988 um 13 % über Vorjahr

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz lagen im Mai 1988 um 13 % über dem Ergebnis vom Mai 1987. Die Inlandsbestellungen erhöhten sich um 9,7 %, die Auslandsorder sogar um 19 %. Die höchste Zuwachsrate verzeichnete das Investitionsgüter produzierende Gewerbe mit 17 %, wozu der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 37 %) maßgeblich beitrug. Kräftige Auftragszunahmen, meist aufgrund gestiegener Auslandsorder, hatten die Chemie (+ 16 %), die eisenschaffende Industrie (+ 8,5 %), die Kunststoffwarenhersteller (+ 12 %) und die Schuhindustrie (+ 37 %).

In den ersten fünf Monaten des Jahres 1988 lagen die Neuaufträge um 8,3 % über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Einer um 3,2 % höheren Inlandsnachfrage standen auch hier beträchtlich gestiegene Auslandsbestellungen (+ 17 %) gegenüber. fu

Im Mai wurden 9,5 % mehr produziert

Die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz war im Mai 1988 um 9,5 % höher als ein Jahr zuvor. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe verzeichnete unter den industriellen Hauptgruppen mit + 17 % die höchste Zunahme. Günstige Ergebnisse erzielten auch der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen (+ 20 %), die Kunststoffwarenherstellung (+ 11 %), der Steine- und Erdensektor (+ 7,7 %), die Chemie (+ 4,8 %) und der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 4,7 %). fu

10 % Umsatzsteigerung im Mai 1988

Die rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe konnten im Mai 1988 ihren Gesamtumsatz im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um über 10 % ausweiten. Die Exporte nahmen um 15 % zu, die Inlandsumsätze um 7,6 %. Überdurchschnittliche Zunahmen des Gesamtumsatzes verzeichneten der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (+ 16 %) und die chemische Industrie (+ 13 %). Auch im Vergleich zum April 1988 stiegen die Umsätze um 3,6 % (Inland + 5,3 %, Ausland + 0,7 %).

Für den Zeitraum Januar bis Mai 1988 errechnet sich gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Plus von 7 %. Die Entwicklung bei den Exporten trug hierzu maßgeblich bei (+ 13,5 %). gn

kurz + aktuell

Einzelhandel und Gastgewerbe im Plus

Im ersten Vierteljahr 1988 war der Umsatz der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte um 6,7 % höher als im gleichen Zeitraum des Jahres 1987. Für die Gastgewerbe-Betriebe errechnet sich ein Umsatzplus von 2,2 %. Die Zahl der Beschäftigten in diesen Wirtschaftsbereichen nahm um 0,8 bzw. 1,2 % zu. sr

Nach Ostern die üblichen Umsatzrückgänge im Einzelhandel und im Gastgewerbe

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte waren im April 1988 saisonbedingt um 4,5 % niedriger als im April 1987. Besonders im Absatz von Textilien, Bekleidung, Schuhen und Lederwaren wirkte sich aus, daß die Ostereinkäufe der privaten Verbraucher in diesem Jahre bereits in den März fielen. Der Umsatzrückgang lag zwischen 13 % in Geschäften mit Damenoberbekleidung und 19 % im Schuhhandel. Lediglich im Tabakwarenhandel nahmen die Erlöse stärker zu (+ 6,8 %). Etwas geringer waren die Zuwachsraten bei Apotheken (+ 5,1 %) und bei Möbeln (+ 2,5 %).

Die Betriebe des Gastgewerbes hatten ebenfalls niedrigere Einnahmen als im April 1987. Der Rückgang entspricht mit minus 5 % etwa dem des Einzelhandels. Während Schank- und Speisewirtschaften, Bars und Tanzlokale zum Teil erhebliche Umsatzeinbußen registrierten, berichteten Gasthöfe und Hotels von höheren Erlösen als im April 1987.

In den ersten vier Monaten des Jahres 1988 stiegen die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsgeschäfte um 4,1 % gegenüber dem Zeitraum des Jahres 1987. Im Gastgewerbe veränderten sich die Umsätze nicht, in den einzelnen Wirtschaftszweigen verlief die Entwicklung dagegen unterschiedlich. Die Zahl der Beschäftigten nahm im Einzelhandel um 1 % und im Gastgewerbe um 0,2 % zu. sr

Leicht gestiegener Bauüberhang

Im Laufe des Jahres 1987 stieg die Zahl der genehmigten, aber noch nicht abgeschlossenen Bauvorhaben um 2,4 % auf rund 24 500 Fälle. Dies erklärt sich dadurch, daß die Summe der im Jahre 1987 erteilten Baugenehmigungen mit rund 15 100 Einheiten die Zahl der im gleichen Zeitraum fertiggestellten bzw. erloschenen Bauvorhaben (13 700 bzw. 800) um 600 Fälle übersteigt. Der Genehmigungszeitpunkt der noch nicht abgeschlossenen Bauvorhaben liegt etwa in der Hälfte der Fälle im Jahre 1987 und jeweils zu einem Viertel im Jahre 1986 bzw. davor.

Im Bauüberhang sind rund 23 800 genehmigte Neubauwohnungen ausgewiesen, das sind 10 % weniger als am Vorjahresstichtag. Davon waren 47 % rohbaufertig und 22 % im Bau. In 31 % der Fälle war mit dem Bau noch nicht begonnen worden. In der Bauabwicklung befanden sich weitere 2 414 Wohneinheiten, die im Zuge von Um-, Aus- oder Erweiterungsbaumaßnahmen am vorhandenen Wohnungsbestand zusätzlich geschaffen werden sollen.

Das Volumen der zum Neubau genehmigten, aber noch nicht vollendeten Nichtwohngebäude lag mit rund 14,2 Mill. m³ umbauten Raumes um 13 % über dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Von den 2 939 Nichtwohngebäuden waren 38 % unter Dach, für 23 % stand das Richtfest noch aus und 39 % waren noch nicht begonnen worden. ju

Zahl der Verkehrstoten samstags am höchsten

Von Januar bis März 1988 wurden im rheinland-pfälzischen Straßenverkehr 106 Personen getötet, 1 529 schwer und 4 097 leicht verletzt. Jedes vierte Unfallopfer (26) starb an einem Samstag. Weitere Unfallhäufungstage sind der Montag (20) und der Freitag (17). An Sonntagen starben zwölf Verkehrsteilnehmer, an Montagen elf, dienstags und mittwochs mußten je zehn Personen auf der Straße ihr Leben lassen.

Eine entsprechende Häufung zeigt sich bei den Schwer- und Leichtverletzten. Auch hier lagen die Zahlen der an einem Montag, Freitag oder Samstag verunglückten Personen deutlich höher als an den Wochentagen von Dienstag bis Donnerstag. gr

Steigende Umschlagsleistung in der Binnenschifffahrt

Im April 1988 wurden in den Rhein- und Moselhäfen des Landes 2,8 Mill. t Güter umgeschlagen. Das sind 109 000 t oder 4,1 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Der Warenversand stieg um 7,4 %, der Empfang um 2 %. Die Zahl der be- und entladenen Schiffe erhöhte sich um 110 auf 2 725.

Für den Umschlag von landwirtschaftlichen Produkten (+ 54 %), von chemischen Erzeugnissen (+ 28 %) und von Mineralölerzeugnissen (+ 9,7 %) errechnen sich positive Veränderungsraten. Erze und Metallabfälle – 57 %, feste mineralische Brennstoffe – 31 %, Düngemittel – 4,7 %, Steine und Erden – 1,4 % sowie Eisen, Stahl und NE-Metalle – 0,6 % wurden weniger umgeschlagen. schm

Einkommensstruktur der freien Berufe

Gemessen an der Gesamtzahl der Einkommensteuerpflichtigen sind die Angehörigen der freien Berufe eine kleine Gruppe. Aufgrund ihrer Stellung im Erwerbsleben und ihres hohen Qualifikationsniveaus, welches durch eine lange dauernde und aufwendige Ausbildung erworben wird, sind sie eine einkommensstarke Gruppe.

Ihre durchschnittlichen jährlichen Einkünfte aus selbständiger Arbeit beliefen sich 1983 auf 122 100 DM. Mehr als die Hälfte verdiente jedoch weniger als 75 000 DM, gut ein Viertel erzielte Einkünfte zwischen 100 000 und 250 000 DM. Verglichen mit den Steuerpflichtigen insgesamt ist ihre Einkommenssituation als günstig zu bezeichnen, denn von ihnen haben fast 90 % weniger als 75 000 DM zur Verfügung und nur vier Prozent zwischen 100 000 DM und 250 000 DM.

In den einzelnen Berufsgruppen ist das Einkommen unterschiedlich hoch. Da die Struktur sich in der Vergangenheit relativ stabil gezeigt hat, kann davon ausgegangen werden, daß sie auch heute noch gegeben ist.

Ein Viertel der Ärzte verdient weniger als 100 000 DM, fast die Hälfte erwirtschaftet aber zwischen 100 000 und 250 000 DM. Auch die materielle Lage der Zahnärzte kann als günstig bezeichnet werden, denn hier ist noch ausgeprägter als bei den Ärzten eine Konzentration auf die obersten Einkommensgruppen festzustellen.

Gut ein Drittel der wirtschafts-, steuer- und rechtsberatenden Berufstätigen erzielt Einkünfte zwischen 100 000 DM und 250 000 DM. Nur jeder Dreizehnte kann in seiner Praxis noch einen höheren Überschuß erreichen. Die Einkommen der Architekten und Bauingenieure liegen nicht so hoch. Kennzeichnend für diese Berufsgruppen sind die kleinen und mittleren Praxen, in denen der Gewinn zwischen 50 000 DM und 100 000 DM liegt. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 248

Über 6 500 Personen nahmen an Fortbildungsprüfungen im Rahmen der beruflichen Bildung teil

An den Fortbildungsprüfungen im Rahmen der beruflichen Bildung haben in Rheinland-Pfalz im Jahre 1987 insgesamt 6 526 Personen teilgenommen. Das sind 934 Personen oder 17 % mehr als im Jahr zuvor. Unter den 6 526 Teilnehmern befanden sich 2 020 (31 %) Frauen.

Die meisten Teilnehmer wurden mit jeweils 45 % im Handwerk sowie in Industrie und Handel verzeichnet. 7,3 % der Prüfungsteilnehmer wurden in der Landwirt-

kurz + aktuell

schaft, 1,5 % in der städtischen Hauswirtschaft, 0,8 % im öffentlichen Dienst und 0,5 % bei den freien Berufen registriert. Die Erfolgsquote lag mit 74 % um 1 Prozentpunkt unter der Quote des Vorjahres.

4 029 (62 %) der Teilnehmer hatten sich für die Meisterprüfung angemeldet. Das sind 529 Personen oder 15 % mehr als im vorigen Jahr. 10,5 % (423) der Teilnehmer waren Frauen.

Insgesamt konnten 2 937 Prüflinge (73 %) den Meisterbrief erlangen, das sind 1 % mehr als 1986. we

Studentenzahl weiter gestiegen

Für das Sommersemester 1988 melden die Hochschulen in Rheinland-Pfalz über 60 000 Immatrikulierte (ohne Beurlaubte, Gasthörer und Studienkollegiaten). Das sind rund 2 000 Studenten (+ 3,4 %) mehr als im Sommersemester des Vorjahres. Von den Studenten sind über 24 000 Frauen und 3 200 Ausländer. Während der Frauenanteil mit rund 40 % an der Gesamtstudentenzahl nahezu gleich geblieben ist, hat sich der Ausländeranteil leicht (+ 0,4 Prozentpunkte) auf 5,3 % erhöht.

Die drei Universitäten stellen mit über 38 600 Studenten (64 %) zahlenmäßig die weitaus größte Hochschulgruppe. Sie verzeichnen einen Anstieg um 1 340 Studenten oder 3,6 %. Rund 15 700 Studenten besuchen die Fachhochschulen; das sind 1,5 % mehr als im vorherigen Sommersemester. Den prozentual höchsten Anstieg (+ 7,6 %) verzeichnen die sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen (Erziehungswissenschaftliche Hochschule Rheinland-Pfalz, Theologische Hochschulen Trier und Vallendar, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer und Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung Koblenz). Auch an den Verwaltungsfachhochschulen ist die Studentenzahl mit + 7,2 % überproportional angestiegen.

Knapp 1 800 Studenten haben zum Sommersemester 1988 erstmals ein Studium begonnen, darunter 42 % Frauen und 9 % Ausländer. we

15 % des wissenschaftlichen Personals an Hochschulen sind Frauen

An den Hochschulen in Rheinland-Pfalz einschließlich des Universitätsklinikums in Mainz waren im Oktober 1987 insgesamt 11 839 Personen hauptberuflich und 2 439 Personen nebenberuflich tätig.

Von den hauptberuflichen Mitarbeitern gehörten 37 % zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal und 63 % zum Verwaltungs-, technischen und sonstigen

Personal. Drei von vier Personen des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals waren an den Universitäten des Landes (einschließlich Klinikum) tätig, 15 % arbeiteten an den Fachhochschulen, 7,5 % an den sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen und knapp 2 % an den Verwaltungsfachhochschulen.

Jeder dritte Mitarbeiter (1 464) gehörte zur Gruppe der Professoren, 109 Personen (2,5 %) waren Hochschulassistenten, 2 533 (58 %) zählten zu den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern. 286 (6,5 %) Personen waren Lehrkräfte für besondere Aufgaben.

Der Frauenanteil des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals lag bei 15,1 %. Er hat sich damit gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozentpunkte erhöht. Von den 664 im Hochschulbereich tätigen Frauen waren 71 Professorinnen, 10 Hochschulassistentinnen, 523 wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen und 60 Lehrkräfte für besondere Aufgaben. we

Themen der letzten Hefte

Heft 4 / April 1988

Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2001
Reale Arbeitseinkommen der Industriebeschäftigten 1972 bis 1986
Ausstattung und Größe der Fremdenverkehrsbetriebe am 1. Januar 1987
Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes
Insolvenzen 1987
Regionale Entwicklung des Getreidebaus

Heft 5 / Mai 1988

Neues Wahlsystem bei Kommunalwahlen
Beschäftigtenzahlen aus der Statistik im produzierenden Gewerbe
Ausländer 1987

Heft 6 / Juni 1988

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt 1983 bis 1987
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1987/88
Außenhandel mit Wein 1983 bis 1987
Stromversorgung

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	D = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
· = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Felddbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSCHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1. - 8. Jahrgang 1948 - 1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 3,-, Jahresabonnement DM 30,- zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Postfach, Mainzer Straße 14 - 16, Fernruf (02603) 71245, Telex 869 033 stle d, Telefax (02603) 71315, Btx * 47077 # oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplares gestattet. ISSN 0174-2914.